



ASoK

Arbeits- und SozialrechtsKartei

Alexander Leitner

Gesetzliche Leistungsgrenzen in der Mindestsicherung

Thomas Rauch

Aktuelle Judikatur zum Sperrrecht des Betriebsrats

Claudius Determann/Wolfram Hitz

Die private Nutzung von Internet und E-Mail

Andreas Gerhartl

Ausländerbeschäftigung: Aktuelle Entwicklungen

Karl Lang

Personalentwicklung 4.0

Praxisinformationen

News aus SV-, LSt- und Arbeitsrecht

Judikatur der Arbeits- und Sozialgerichte

ARBEITS- UND SOZIALRECHTSKARTEI

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold, Dr. Roman Krammer
1210 Wien, Scheydgasse 24, Telefon: 01/24 630, Fax: 01/24 630/51,
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

INHALTSVERZEICHNIS

ALEXANDER LEITNER	42
Möglichkeiten zur Regelung gesetzlicher Leistungsgrenzen in der Mindestsicherung	
Sperren von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe 2018 erneut gestiegen	48
THOMAS RAUCH	49
Aktuelle Judikatur zum Sperrrecht des Betriebsrats	
CLAUDIUS DETERMANN / WOLFRAM HITZ	53
Die private Nutzung von Internet und E-Mail	
ANDREAS GERHARTL	57
Aktuelle Entwicklungen im Ausländerbeschäftigungsrecht	
KARL LANG	64
Personalentwicklung 4.0	
ALFRED SHUBSHIZKY	70
Praxis-News aus Sozialversicherungs-, Lohnsteuer- und Arbeitsrecht in Kurzform	
EDITH MARHOLD-WEINMEIER	76
Aus der aktuellen Rechtsprechung	
● EuGH: Karfreitagsfeiertag/Diskriminierung aufgrund der Religion	● OGH: Motivkündigung/ Entlassungsanfechtung
● OGH: Voraussetzungen des Verfalls- einwands	● OGH: Kollektivvertragliche, eine Lohnerhöhung substituierende Einmalzahlung
● OGH: Fahrzeiten als Arbeitszeiten	
● OGH: Abwerbverbot/Solidarhaftung für Konventionalstrafe	
Impressum	80

NZS

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z243

Zeiwohenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Ulrich Becker
Dr. Jürgen Brand
Prof. Dr. Dagmar Felix
Prof. Dr. Stefan Greiner
Prof. Dr. Thorsten Kungreen
Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof
Dr. Gerhard Knorr
Prof. Dr. Kararina von Koppenfels-Spies
Dr. h. c. Peter Masuch
Prof. Dr. Hermann Plagemann
Prof. Dr. Christian Rolfs
Prof. Dr. Franz Ruland
Prof. Dr. Rainer Schlegel
Prof. Dr. Helge Sodan
Prof. Dr. Wolfgang Spellbrink
Prof. Dr. Raimund Waltermann
Prof. Dr. Peter Wigge

www.nzs.beck.de



C.H. BECK

3/2019

1. Februar 2019

28. Jahrgang S. 81–120

Aus dem Inhalt

M. Fuchs

NZS-Jahresrevue 2018: Die Rechtsprechung des
Gerichtshofs der Europäischen Union zum Sozialrecht 81

H. S. Maaß

NZS-Jahresrevue 2017/2018: Vertragsarztrecht (Teil 2) 88

A. Flötotto-Düsing

Das Beitragsrecht der gewerblichen Berufs-
genossenschaften 96

BSG

Keine Berechtigung zur Gründung eines Medizinischen
Versorgungszentrums (MVZ) durch ein MVZ
(Anm. K. Chandna-Hoppe) 101

BSG

Minderung der Erwerbsfähigkeit in der landwirtschaft-
lichen Unfallversicherung (Anm. W. J. Kainz) 106

BSG

Rücknahme eines anfänglich rechtswidrigen begünstigen-
den Rentenbescheids bei Bewilligung einer vorrangigen
Rente (Kurzkommentierung D. Matlok) 111

BSG

Sperrzeit bei verspäteter Arbeitsuchendmeldung
(Kurzkommentierung M. Schnell) 117

BSG

Anforderungen an die Anschlussberufung und an
das Grundurteil im Sozialprozessrecht
(Kurzkommentierung M. Kellner) 120



6950201903

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zeiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

3/2019



NZS aktuell

<i>Gesetzgebung</i>	Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil stellen das Starke-Familien-Gesetz vor	VI
<i>Rechtsprechung</i>	BVerfG: Kein Verstoß der Kriterien für die Gewährung von Berufsausbildungsbeihilfe gegen Art. 3 Abs. 1 GG	VI
	BVerfG: Zur Aufwandspauschale bei der Prüfung von Krankenhausabrechnungen	VII
<i>Mitteilungen</i>	BA: Jahresrückblick 2018. Arbeitsmarkt entwickelte sich weiter sehr gut	IX
	Weniger Widersprüche und Klagen in der Grundsicherung	IX
<i>Personalia</i>	Prof. Dr. Claudia Schmidtke wird neue Patientenbeauftragte der Bundesregierung	X
<i>Veranstaltungen</i>	2. Speyerer Sozialrechtstage	X
	Veranstaltungshinweise der DeutschenAnwaltAkademie	X

Aufsätze und Berichte

<i>Maximilian Fuchs</i>	NZS-Jahresrevue 2018: Die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zum Sozialrecht	81
<i>Helen S. Maaß</i>	NZS-Jahresrevue 2017/2018: Vertragsarztrecht (Teil 2)	88
<i>Anette Flötotto-Düsing</i>	Das Beitragsrecht der gewerblichen Berufsgenossenschaften: Welche Regelungen hat der Gesetzgeber für eine Korrektur zu hoch abgeführter Beiträge nach § 160 Abs. 2 SGB VII vorgesehen?	96

Rechtsprechung

Rechtsprechung im Volltext

Krankenversicherungsrecht

BSG 16.05.2018 – B 6 KA 1/17 R	Keine Berechtigung zur Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) durch ein MVZ (mit Anm. Katja Chandna-Hoppe)	101
-----------------------------------	--	-----

Unfallversicherungsrecht

BSG 20.03.2018 – B 2 U 11/17 R	Minderung der Erwerbsfähigkeit in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (mit Anm. Willi Johannes Kainz)	106
-----------------------------------	---	-----

Kommentierte Rechtsprechung

Rentenversicherungsrecht

- BSG
25.05.2018 – B 13 R 33/15 R Rücknahme eines anfänglich rechtswidrigen begünstigenden Rentenbescheids bei Bewilligung einer vorrangigen Rente (*Dana Matlok*) 111
- LSG Berlin-Brandenburg
11.10.2018 – L 22 R 588/15 Urlaubsabgeltung und Beschäftigung; von der Behörde zu vertretende verzögerte Berücksichtigung von Hinzuverdienst (*Rüdiger Mey*) 112

Grundsicherungsrecht

- BSG
05.07.2018 – B 8 SO 21/16 R Elternunterhalt trotz tiefgreifender Entfremdung? – Isolierte Klage auf Feststellung einer unbilligen Härte nach § 94 Abs. 3 Nr. 2 SGB XII unzulässig (*Edna Rasch*) 113
- LSG Baden-Württemberg
05.06.2018 – L 7 AS 178/16 Ersatzanspruch wegen sozialwidrigen Verhaltens (*Stefan Schifferdecker*) 114
- LSG Berlin-Brandenburg
16.04.2018 – L 23 SO 358/15 Fahrtkosten zum Besuch einer Werkstatt für behinderte Menschen (*Tobias Mushoff*) 115
- LSG Sachsen-Anhalt
21.09.2017 – L 2 AS 575/17 B ER Keine vorläufige Bewilligung von Leistungen nach § 41 a Abs. 7 SGB II für ausgeschlossene Unionsbürger (*Gunnar Formann*) 116

Arbeitsförderungsrecht

- BSG
30.08.2018 – B 11 AL 2/18 R Sperrzeit bei verspäteter Arbeitsuchendmeldung (*Matthias Schneil*) 117

Vertragsarztrecht

- BSG
16.05.2018 – B 6 KA 16/17 R Sachlich-rechnerische Richtigstellung der Abrechnung von Duplexsonographien (*Stefanie Vogl*) 118

Beitragsrecht

- LSG Bayern
24.01.2018 – L 14 R 820/14 Der Synchronregisseur als Gesamtverantwortlicher für den Film als Gesamtkunstwerk (*Henning Müller*) 119

Verfahrensrecht

- BSG
27.09.2018 – B 9 V 16/18 B Anforderungen an die Anschlussberufung und an das Grundurteil im Sozialprozessrecht (*Martin Kellner*) 120

SOZIALE SICHERHEIT

FACHZEITSCHRIFT DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNG



Kinder- und Jugendgesundheit

Influencer werden Markenbotschafter der Sozialversicherung

Professionelle Mundhygiene für Kinder und Jugendliche

Verantwortung lernen – gesund leben. Die österreichische Sozialversicherung setzt bei der schulischen Gesundheitsförderung erstmals auf Peer-Education

Interview – Schüler können nur dann lernen, wenn es ihnen gut geht

5. Kinder- und Jugendgesundheitssymposium – Inklusion bei chronischer Erkrankung

„Lost in Transition“ – oder gelungener Brückenschlag?

Zur Situation von Kindern mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in der Schule

Kinder- und Jugendrehabilitation in der Rentenversicherung

Sozialversicherungs-Zuordnungsgesetz

Neue verfahrensrechtliche Lösungsansätze



FACHZEITSCHRIFT DER
ÖSTERREICHISCHEN
SOZIALVERSICHERUNG



Liebe Leserinnen und Leser!

Die erste Ausgabe der *Sozialen Sicherheit* im neuen Jahr ist fast zur Gänze dem Schwerpunkt „Kinder und Jugendgesundheit“ gewidmet.



Im aktuellen Berichterstattungsteil wird über die Verleihung von Ehrenzeichen durch den Hauptverband an verdiente Funktionäre und Mitarbeiter/-innen im vergangenen Jahr 2018 berichtet, über den durch das Wirtschaftsforschungsinstitut alljährlich im Hauptverband präsentierten Fehlzeitenreport, über die 12. Sozialstaatsenquete zur Selbstverwaltung, über Direktverrechnung bei Ergotherapie-Angeboten durch die SV und schließlich über das 12. CCIV-Symposium zur Telemedizin und Digitalisierung in der integrierten Versorgung.

Dem Schwerpunkt „Kinder- und Jugendgesundheit“ Rechnung tragend, wird über die Kampagne „Fit & Strong“ – speziell zugeschnitten auf jugendliche und *social media* – berichtet, über professionelle Mundhygiene für Kinder und Jugendliche sowie über Jugendgesundheits-Coaches und Peer-Education. Ein Interview mit dem Dr. Josef Zollneritsch, einem Schulpsychologen, rundet diesen einleitenden Teil ab.

Viktoria-Maria Schiefert (Hauptverband) gibt einen sehr ausführlichen Überblick vom 5. Kinder- und Jugendsymposium, das Ende November in der PVA stattgefunden hat, jedoch vom Hauptverband zum Thema „Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit chronischer Erkrankung“ veranstaltet wurde.

Die beiden Psychologinnen Mag. Caroline Culen und Sophia Wörndl (Österr. Liga für Kinder- und Jugendgesundheit) befassen sich ebenso wie die Ärztin Mag. Dr. Irene Promussas (Lobby4Kids) in ihren beiden Beiträgen mit chronisch erkrankten Kindern und Jugendlichen. Zum einen über den Übergang von der pädiatrischen Versorgung in die Erwachsenenmedizin und zum anderen über deren Probleme, die sich aus der Schule und der Ausbildung ergeben können.

Manfred Glombik (Hildesheim) erläutert abschließend die Neuregelung der Kinder- und Jugendrehabilitation durch die deutsche Rentenversicherung, wie sie seit dem Dezember 2016 im Flexirentengesetz aufzufinden ist.

Einem völlig anderen Thema, nämlich der Abgrenzungsproblematik zwischen einer selbständigen und unselbständigen Tätigkeit und wie deren Lösungsansätze in dem am 1. Juli 2017 in Kraft getretenen Sozialversicherungs-Zuordnungsgesetz (SV-ZG) im Verfahren ausgeführt wurden, widmen sich Direktor-Stv. Dr. Gerhard Mayr und Dr. Harald Lidauer (beide ÖÖGKK) im letzten Beitrag dieser Ausgabe.

Dr. Wilhelm Donner

Nr. 1, herausgegeben im Jänner 2019



Aktuell

- 2 Ehrenzeichen der österreichischen Sozialversicherung
- 3 Fehlzeitenreport 2018 – Krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten in Österreich
Mag. Martin Block
- 5 12. Sozialstaatsenquete im Hauptverband – hat die Selbstverwaltung als Governance-Modell Zukunft?
- 7 Die Sozialversicherung stärkt Ergotherapie-Angebote
- 8 12. CCIV-Symposium der WGKK – Integrierte Versorgung im Licht digitaler Chancen
Kerstin Schütze
- 9 Offenlegung gemäß Mediengesetz

Kinder- und Jugendgesundheit

- 10 Influencer werden Markenbotschafter der Sozialversicherung
Mag. Astrid Kleber
- 11 Professionelle Mundhygiene für Kinder und Jugendliche
Mag. Sven-Arne Plass
- 13 Verantwortung lernen – gesund leben und ein Interview mit Dr. Josef Zollneritsch
Mag. Astrid Kleber
- 16 5. Kinder- und Jugendgesundheitssymposium – Inklusion bei chronischer Erkrankung
Viktoria-Maria Schiefert MA
- 23 „Lost in Transition“ – oder gelungener Brückenschlag?
Mag. Caroline Culen, Sophia Wörndl BSc
- 30 Zur Situation von Kindern mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in der Schule
Mag. pharm. Dr. Irene Promussas
- 35 Kinder- und Jugendrehabilitation in der Rentenversicherung
Manfred Glombik

Fachbeitrag

- 40 Abgrenzungsproblematik zwischen selbständiger und unselbständiger Tätigkeit
Dr. Gerhard Mayr, Dr. Harald Lidauer

Jahresrückblick

- 47 Inhalt 2018

Soweit in diesem Heft personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Bezeichnung bestimmter Personen oder Personengruppen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.

Impressum

Soziale Sicherheit, 72. Jahrgang • Fachzeitschrift für die Sozialversicherung, hrsg. gem. § 31 Abs. 3 Z. 7 ASVG • ISSN 0038-6065 • Medieninhaber und Verleger: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger • Redaktion: Mag. Bernhard Würzer; 1030 Wien, Haidlingergasse 1, E-Mail: presse@sozialversicherung.at, Tel.: (01) 71 32-11 20 Dv. • Fotos: Cover: Nik Frey - Fotolia.com, Innen: Archiv „Soziale Sicherheit“, istockphoto.com, Fotolia.com • Cover-Layout & Innenentwurf: Manfred Fürst (www.manfredfuerst.at) Layout und Produktion: Atelier Indra Heim, 1020 Wien (Büro) • Hersteller: Gutenberg-Werbering GmbH, Anastasius-Grün Straße 6, 4020 Linz • Abonnementpreis € 28,00 jährlich inkl. 10 % MwSt. und Inlandsporto; Ausland: zuzüglich Porto • Für namentlich gezeichnete Artikel trägt der Autor die Verantwortung, sie müssen nicht mit der Meinung des Hauptverbandes übereinstimmen. • Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlegers oder Autors ausgeschlossen ist. Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt der Autor

dem Verleger für den Fall der Annahme das überträgt, zeitlich und örtlich unbeschränkte ausschließliche Vervielfältigungsrecht (§ 21 Urheber der Veröffentlichung in dieser Zeitschrift mit, einschließlich des Rechtes der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren (Druck, Mikrofilm und so weiter) und der Verbreitung (Verlagsrecht) sowie der Vervielfältigung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des Rechtes der Vervielfältigung auf Datenbanken jeder Art, der Speicherung in und der Ausgabe durch Datenbanken, der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der Sendung (§ 17. Urheber, der sonstigen öffentlichen Wiedergabe (§ 18 Urheber) sowie der öffentlichen Zurverfügungstellung, insbesondere über das Internet (§ 19 Urheber). Gemäß § 20 Abs. 2 Urheber erlischt die Ausschließlichkeit des oben genannten Vervielfältigungs- mit Ablauf des dem Erscheinen des Beitrags folgenden Kalenderjahres, dies gilt für die Vervielfältigung durch Datenbanken nicht.

Soziale Sicherheit

ZEITSCHRIFT FÜR ARBEIT UND SOZIALE



WU
D3-Z248
+ Beil

D 6364

1|2019

2019



Arbeit, Alterssicherung, Soziales

Was in 2019 neu ist

BETRIEBSRENTE Abschaffung der Doppelverbeitragung rückt näher
UNFALLVERSICHERUNG Warum psychisch Erkrankte meist leer ausgehen
ARMUT Lebenssituation von Armen und Nicht-Armen – ein Vergleich

INKLUSIVE
RECHTSPRECHUNG

SoSi plus



BUND
VERLAG

Titelthema

Soziales



**Arbeit, Alterssicherung, Soziales:
Was in 2019 neu ist**

VON ROLF WINKEL UND HANS NAKIELSKI

Gesetz zur Einführung einer Brückenteilzeit, Qualifizierungschancengesetz, Teilhabechancengesetz, Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung, GKV-Versichertenentlastungsgesetz, Familienentlastungsgesetz, SGB-XI-Beitragsanpassungsgesetz, Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2019 und, und, und ... Anfang 2019 sind so viele neue sozialpolitische Gesetze und Verordnungen in Kraft getreten wie in kaum einem Jahr zuvor. Weitere bereits beschlossene Neuerungen werden im Laufe dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres folgen. Die Soziale Sicherheit sorgt für einen Überblick. Hier werden die wichtigsten neuen Regelungen in den Bereichen Arbeit, Alterssicherung und Grundsicherung erklärt. Dabei geht es nicht nur um die Erläuterung der neuen Gesetzesbestimmungen, sondern auch um Tipps für die Praxis. Sie sollen Betroffenen dazu verhelfen, die (neuen) Rechte so zu nutzen, dass sie ihre Ansprüche optimal geltend machen.

- Arbeit** 9 **Arbeit, Alterssicherung, Grundsicherung**
Was sich 2019 für Arbeitnehmer, Versicherte und Rentner ändert
- 9 **Neues im Bereich Arbeit**
- 14 **Qualifizierungschancengesetz in Kraft:
Mehr Weiterbildungsförderung für Beschäftigte**
- 18 **Weitere Änderungen bei der Arbeitslosenversicherung und Hartz IV
Leichter Zugang zum Arbeitslosengeld und Verbesserungen für Langzeitarbeitslose**
- Alterssicherung** 21 **Altersgrenzen, Haltelinien, Mütterrente, Betriebsrente, Besteuerung
Was sich 2019 bei der Alterssicherung ändert(e)**
- 25 **Erwerbsminderungsrente erneut verbessert**
EM-Rente für Ältere mit Handicaps jetzt besser als vorgezogene Altersrente
- 28 **Bei Todesfällen des Ehepartners vor der Rente:
Verbesserung der Rente für Hinterbliebene**
- 29 **Was sich 2019 bei der Grundsicherung ändert(e)**
Höhere Regelsätze – aber wieder nicht für Asylbewerber/innen

- Position** 4 **HANS-JÜRGEN MÜLLER**
Doppelverbeitragung auf Betriebsrenten:
Abschaffen, wenn die Kompensation stimmig ist!

- Magazin** 5 **Zusatzbeitrag in der GKV:
Im Durchschnitt aller Kassen weiter bei 1,0 Prozent**
- 6 **Personalien**
- 7 **Aus der Gesetzgebung**
- 8 **Termine**

- Recht Arbeitsschutz** 32 **WOLFGANG SPELLBRINK**
Psychische Erkrankungen und gesetzliche Unfallversicherung:
Warum die Anerkennung als Berufskrankheit oder Arbeitsunfall so schwierig ist

- Soziales** 39 **GRETA SCHABRAM**
Armut reicht tief
Ein Vergleich der Lebenssituation zwischen Armen und Nicht-Armen

- 42 **Impressum**

Obwohl immer mehr Beschäftigte an psychischen Krankheiten leiden, bestehen in der gesetzlichen Unfallversicherung hohe Hürden für die Anerkennung einer psychischen Erkrankung als Berufskrankheit oder Arbeitsunfall. Hier wird gezeigt, welche Hürden es gibt und dass die Schwierigkeiten nach der gegenwärtigen Rechtslage kaum vermeidbar sind.

Arzneimittelrecht

Zulassung durch nationale Krankenversicherungssysteme

EuGH, Urteil vom 12. 11. 2018 – C-29/17, Novartis Farma

Prof. Ulrich Wenner

Wichtige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH): Ein nationales Krankenversicherungssystem darf ein Arzneimittel auch für Anwendungen zulassen, die nicht von seiner arzneimittelrechtlichen Zulassung gedeckt sind.

Lucentis und Avastin

Für die Behandlung der feuchten altersbedingten Makuladegeneration (AMD) steht in Deutschland und den anderen EU-Staaten das von der Firma Novartis produzierte Arzneimittel Lucentis zur Verfügung. Im deutschen Sachleistungssystem können Ärzte dieses Mittel zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen verordnen, im italienischen Kostenerstattungssystem steht Lucentis auf der Liste der Medikamente, deren Kosten vom nationalen Gesundheitsdienst erstattet werden.

Das Arzneimittel Avastin ist ebenfalls arzneimittelrechtlich zugelassen, aber nur zum Einsatz gegen verschiedene Krebsarten. Forschungen haben vor mehreren Jahren die Vermutung nahegelegt, dass Avastin sinnvoll auch gegen die AMD eingesetzt werden kann. Dazu muss das Mittel allerdings seiner Originalflasche entnommen, in Spritzen zur einmaligen intravitrealen Verwendung aufgeteilt und mittels Injektion in das Auge eingeführt werden.

Einsatz von Avastin gegen AMD

Weil Avastin sehr viel günstiger ist als Lucentis und auch jüngste Untersuchungen keinen Unterschied hinsichtlich der Wirksamkeit ergeben haben, sind in den Gesundheitssystemen der EU unterschiedliche Wege beschritten worden, Avastin flächendeckend zur Behandlung der AMD einzusetzen. 2014 nahm die italienische Arzneimittelagentur (AIFA), die dem deut-

schen Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) vergleichbar ist, Avastin mit der Indikation AMD in die Listen der erstattungsfähigen Arzneimittel auf. Dagegen klagte Novartis vor italienischen Gerichten.

Der italienische Staatsrat hat das bei ihm anhängige Verfahren ausgesetzt und dem EuGH in Luxemburg die Frage vorgelegt, ob es mit europäischem Recht vereinbar ist, dass nach italienischem Recht die Zulassungsbehörde ein Medikament außerhalb der Verkehrsgenehmigung – nach deutschem Recht: Indikation – zur Anwendung zulassen und – nach der erforderlichen Umverpackung in Einzeldosen – auch zur Kostenübernahme im nationalen Gesundheitssystem freigeben darf. Der EuGH hat die Frage mit Urteil vom 21. 11. 2018 eindeutig bejaht und auf die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Festlegung von Arzneimittelpreisen und für die Einbeziehung von Arzneimitteln in die Kostenerstattung durch die nationalen Versicherungssysteme verwiesen.

Das Urteil enthält wichtige Aussagen, die auch für das deutsche Recht Bedeutung haben. Unionsrecht steht danach weder der Verschreibung eines Arzneimittels außerhalb seiner arzneimittelrechtlichen Zulassung entgegen noch verbietet es die Umverpackung eines Arzneimittels, soweit das Arzneimittel verkehrsfähig bleibt und die Umverpackung von einer Erlaubnis gedeckt ist, also etwa durch eine Apotheke

Inhalt

- 1 Arzneimittelrecht
EuGH: Zulassung durch nationale Krankenversicherungssysteme
- 2 Krankenversicherung
BSG: Krankengeld und Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung
- 3 Krankenversicherung
BSG: Info über Einschaltung des MDK erforderlich
- 4 Unfallversicherung
BSG: Auch Spaß kann unter Unfallversicherungsschutz stehen
- 5 Arbeitslosenversicherung im EU-Kontext
BSG: Umstrittene Bemessung des Arbeitslosengeldes
- 6 Rentenversicherung
BSG: Beamte: Keine Anrechnung von Kindererziehungszeiten
- 7 Grundsicherung
LSG Niedersachsen-Bremen: Muss das Jobcenter für teure Wohnungen zahlen?
- 8 Schwerbehindertenrecht
BSG: Belehrungspflicht vor Sozialleistungsentzug
- 8 Impressum

erfolgt. Durch die Umverpackung in Einzeldosen verliert Avastin nach Auffassung des EuGH nicht seine Verkehrsfähigkeit, soweit das Mittel selbst nicht verändert wird, die Umverpackung durch einen Apotheker auf einer individuellen ärztlichen Verordnung beruht und die Verabreichung an den Patienten im Wege der Injektion im Krankenhaus erfolgt.

Unterschiede im Krankenversicherungsrecht

Gleichwohl kann Avastin mit der Indikation »Behandlung der AMD« in Deutschland nicht so für die Versorgung der Versicher-

6635

7. Februar 2019

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z236

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Redaktionsteam: Manfred Lindmayr, Birgit Bleyer, Bettina Sabara,
Sabine Sadlo, Barbara Tuma

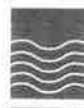
THEMA

» **Bernhard Renner:** Angemessene Höhe einer Schmutzzulage

RECHTSPRECHUNG

- » Anfechtung einer Kündigung wegen einer Behinderung
- » Verzicht auf Arbeitsleistung während Gerichtsverfahren nach Entlassung – schlüssige Urlaubsvereinbarung?
- » Versetzung eines Betriebsratsmitglieds in einen anderen Betrieb
- » Verschlechternde Versetzung von Requisiteuren zum Bühnenpersonal
- » VfGH: Einschleifregelung bei Überschreitung der Kinderbetreuungsgeld-Zuverdienstgrenze nicht unsachlich
- » Kinderbetreuungsgeld: Reduzierter Anspruch bei Anrechnung einer ausländischen Leistung – Bescheidpflicht
- » BFG: Angestellte als Beitragstätlerin bei Abgabenhinterziehung durch Dienstgeber
- » USt-Ermäßigung für Zeitungsabo inklusive Gratis-E-Paper



**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA – STEUERRECHT**Bernhard Renner: Angemessene Höhe einer Schmutzzulage – Entscheidungsbesprechung zu VwGH 22. 11. 2018, Ra 2017/15/0025**

3

Kürzlich hat der VwGH klargestellt, dass im Rahmen der gemäß § 68 Abs 1 und 5 EStG bei einer (steuerfreien) Schmutzzulage vorzunehmenden Angemessenheitsprüfung eine Kürzung dann vorzunehmen ist, wenn die Vereinbarung durch die Kollektivvertragspartner außerhalb jener Bandbreite liegt, die jeder Schätzung immanent ist. Übersteigt eine Schmutzzulage (hier: für Rauchfangkehrer in Tirol) die in anderen Kollektivverträgen derselben Branche vorgesehene Zulage um mehr als das Doppelte, ist die Abweichung erheblich und die Zulage somit unangemessen. Die nähere Begründung des VwGH analysiert Mag. *Bernhard Renner* in seinem aktuellen Beitrag.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Anfechtung einer Kündigung wegen einer Behinderung	6
Verspätete Verrechnung von Bonuszahlungen – unberechtigter Austritt	7
Verzicht auf Arbeitsleistung während Gerichtsverfahren nach Entlassung – schlüssige Urlaubsvereinbarung?	7
Fürsorgepflicht des Arbeitgebers bei Mobbingverdacht	8
Versetzung eines Betriebsratsmitglieds in einen anderen Betrieb	8
Unwirksamkeit einer angekündigten verschlechternden Versetzung?	10
Verschlechternde Versetzung von Requisiteuren zum Bühnenpersonal	10
Weitersenden von geschäftlichen E-Mails an private Mail-Adresse	12
Lohnpfändung – unzureichende Drittschuldnererklärung	12

» SOZIALRECHT

VfGH: Einschleifregelung bei Überschreitung der Kinderbetreuungsgeld-Zuverdienstgrenze nicht unsachlich	13
Rückforderung der Beihilfe zum pauschalen Kinderbetreuungsgeld	14
Kinderbetreuungsgeld: Reduzierter Anspruch bei Anrechnung einer ausländischen Leistung – Bescheidpflicht	15

» STEUERRECHT

BFG: Angestellte als Beitragstätlerin bei Abgabenhinterziehung durch Dienstgeber	16
BFG: Sanierungskosten für Badezimmer bei anerkanntem Arbeitszimmer abzugsfähig	18
USt-Ermäßigung für Zeitungsabo inklusive Gratis-E-Paper	19

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

20

Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Katharina Beckemper
Prof. Dr. Jens Bülte
Prof. Dr. Gerhard Dannecker
Dr. Gina Greeve
Anke Hadamitzky
Prof. Dr. Markus Jäger
Thomas C. Knierim
Dr. Astrid Lilie-Hutz
Prof. Dr. Andreas Mosbacher
Prof. Dr. Tido Park
Prof. Dr. Andreas Ransiek, LL.M.
Prof. Dr. Thomas Rönnau
Stefan Rolletschke
Kai Sackreuther
Prof. Dr. Christian Schröder
Prof. Dr. Jürgen Taschke

<i>S. Jansen</i>	Die Pflichtverletzung im Rahmen der „Geschäfts- herrenvariante“ des § 299 StGB	41
<i>N. Madauß</i>	Vermögensabschöpfung und Steuerstrafrecht – weiter- streitige Einzelaspekte	49
<i>C. Andorfer/F. Rimpf</i>	Die Einziehung und die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung – Zur Bestimmung der verbotenen Vermögensmehrung	54
<i>F. Bollacher</i>	Die neue „Beitragsanspruchstheorie“ zu § 266 a StGB – Ein Irrtum zu viel?	59
<i>F. Bach</i>	Das erlangte Etwas i. S. v. § 73 Abs. 1 StGB bei einer Steuerhinterziehung	62
<i>I. Ullrich</i>	Der Schutz von Whistleblowern aus strafrechtlicher Perspektive – Rechtslage de lege lata und de lege ferenda	65
	Vorsteueransatz zur Minderung des Verkürzungs- umfangs bei Umsatzsteuerhinterziehung BGH, Urteil vom 13. September 2018 – 1 StR 642/17 – LG Darmstadt (m. Anm. Görlich/Roggendorff)	71
	Besonders schwerer Fall der Steuerhinterziehung, Strafverfolgungsverjährung, Berufungsbeschränkung auf das Strafmaß OLG Bamberg, Urteil vom 22. Juni 2018 – 3 OLG 110 Ss 38/18, NZWiSt 2018, 489 (m. Anm. Gehm)	75
	Einziehung auch trotz sozialrechtlicher Ausschlussfrist OLG München, Urteil vom 20. Juli 2018 – 5 OLG 15 Ss 96/18 (m. Anm. Rettke)	77



2/2019

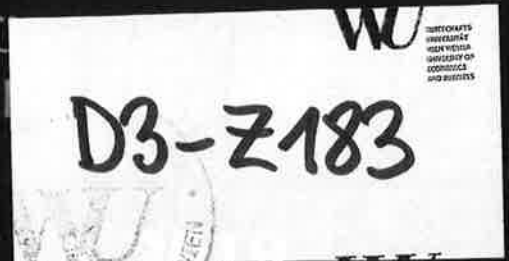
8. Februar 2019
8. Jahrgang S. 41–80



NZWiSt-Inhaltsverzeichnis 2/2019

Editorial	<i>Dr. Matthias Peukert</i> Das (Wirtschafts-)Strafrecht und der Datenschutz	III
Aufsätze	<i>Dr. Scarlett Jansen</i> Die Pflichtverletzung im Rahmen der „Geschäftsherrenvariante“ des § 299 StGB	41
	<i>Norbert Madauß</i> Vermögensabschöpfung und Steuerstrafrecht – weiter streitige Einzelaspekte	49
	<i>Christian Andorfer/Florian Rimpf</i> Die Einziehung und die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung – Zur Bestimmung der verbotenen Vermögensmehrung	54
	<i>Dr. Florian Bollacher</i> Die neue „Beitragsanspruchstheorie“ zu § 266 a StGB – Ein Irrtum zu viel?	59
	<i>Dr. Florian Bach</i> Das erlangte Etwas i. S. v. § 73 Abs. 1 StGB bei einer Steuerhinterziehung	62
	<i>Ines Ullrich</i> Der Schutz von Whistleblowern aus strafrechtlicher Perspektive – Rechtslage de lege lata und de lege ferenda	65
Rechtsprechung	Steuerstrafrecht/Steuerrecht	
	Vorsteueransatz zur Minderung des Verkürzungsumfangs bei Umsatzsteuerhinterziehung BGH, Urteil vom 13. September 2018 – 1 StR 642/17 – LG Darmstadt (m. Anm. <i>Görlich/Roggendorff</i>)	71
	Besonders schwerer Fall der Steuerhinterziehung, Strafverfolgungsverjährung, Berufungsbeschränkung auf das Strafmaß OLG Bamberg, Urteil vom 22. Juni 2018 – 3 OLG 110 Ss 38/18, NZWiSt 2018, 489 (m. Anm. <i>Gehm</i>)	75
	Wirtschaftsstrafrecht	
	Einziehung auch trotz sozialrechtlicher Ausschlussfrist OLG München, Urteil vom 20. Juli 2018 – 5 OLG 15 Ss 96/18 (m. Anm. <i>Rettke</i>)	77
Impressum		IV

ZEITSCHRIFT FÜR
BANK- UND



FEBRUAR 2019

67. Jahrgang

Aus dem Inhalt

SANIERUNGSTREUHAND

ZADIG 2018/PSD II

ONLINE-IDENTIFIKATION
VON BANKKUNDEN

FIXED- AND
VARIABLE-RATE LOANS

FINANZMÄRKTE

HERAUSGEGEBEN VON DER
ÖSTERREICHISCHEN BANKWISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFT

Linde

Bank
Verlag

BANKARCHIV

Newsline		
<i>Franz Rudorfer</i>	_____	79
Neues in Kürze		
<i>Florian Studer</i>	_____	94
Börseblick – „Ampel auf Gelb“		
<i>Stefan Maxian</i>	_____	96

ABHANDLUNGEN

Das Instrument der Sanierungstreuhand in der Unternehmenskrise		
<i>Florian Dollenz / Georg Wielinger</i>	_____	97
Prüfung und Bearbeitung eines Überweisungsauftrags durch den beauftragten Zahlungsdienstleister nach ZaDiG 2018/PSD II		
<i>Bernhard Koch</i>	_____	106
Online-Identifikation von Bankkunden – Geldwäscherechtliche Voraussetzungen und Risiken		
<i>Jeannette Gorzala</i>	_____	120
How to choose between fixed- and variable-rate loans		
<i>Edwin O. Fischer / Lisa-Maria Kampl</i>	_____	125

BERICHTE UND ANALYSEN

Die Finanzmärkte im zweiten Halbjahr 2018		
<i>Monika Rosen-Philipp</i>	_____	136
Was ist eigentlich ... Attention Economy?		
<i>Ewald Judt / Claudia Klausegger</i>	_____	139

RECHTSPRECHUNG DES OGH

2543. Datenschutz: Beginn der Präklusivfrist für Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche bei Dauerzustand. OGH 29. 5. 2017, 6 Ob 217/16d (mit Anm von <i>St. Foglar-Deinhardstein</i>)	_____	141
2544. Wechselprozess: kein vertraglicher Ausschluss von Einwendung aus dem Grundgeschäft. OGH 28. 8. 2018, 8 Ob 147/17a	_____	148
2545. ZaDiRL II: Online-Sparkonten sind keine Zahlungskonten. OGH 27. 11. 2018, 4 Ob 207/18x	_____	149
2546. FX-Kredit: keine Pflicht zur Aufklärung über das „Stützungsrisiko“. OGH 25. 9. 2018, 4 Ob 176/18p	_____	150
2547. FX-Kredit: Mitverschulden des fehlberatenen Kunden wegen unterlassener Konvertierung? OGH 25. 9. 2018, 4 Ob 59/18g	_____	151

2548. FX-Kredit: Verjährung des Anspruchs wegen unterlassener Aufklärung über die fehlende Eignung zur Pensionsvorsorge. OGH 26. 9. 2018, 1 Ob 153/18h _____	151
2549. Zur Konvertierung von Verbraucher-FX-Krediten. OGH 26. 9. 2018, 7 Ob 155/18x _____	152

ERKENNTNISSE DES VwGH

231. Die Obergrenzen für Großkredite sind sowohl auf Einzelbasis als auch auf konsolidierter Basis einzuhalten. VwGH 22. 10. 2018, Ra 2017/02/0208 _____	153
232. VwGH verneint mehrere Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung im Börserecht. VwGH 29. 10. 2018, Ra 2018/02/0213 (ebenso Ra 2018/02/0211, Ra 2018/02/0212) _____	154
233. VwGH zur Derogationswirkung zweier aufeinander folgender Vorstellungsbescheide der FMA. VwGH 27. 11. 2018, Ra 2018/02/0162 _____	154

In diesem Heft inserieren: Linde Verlag, S. 105; OeKB, U 2; Raiffeisen Bank International, U 3.

Die Inhalte des Österreichischen BankArchivs sind in folgenden Fachdatenbanken verfügbar:

LexisNexis® Online – www.lexisnexus.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2002);
Lindeonline – www.lindeonline.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2009);
RDB Rechtsdatenbank – www.rdb.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2003);
RIDA Rechts-Index-Datenbank – www.rida.at (Beiträge und Rsp als Volltext ab 2003).

IMPRESSUM

Das Bank-Archiv ist eine unabhängige Fachzeitschrift für das gesamte Geld-, Bank- und Börsenwesen mit dem Ziel der Veröffentlichung einschlägiger Informationen für Wissenschaft und Praxis. Es wurde 1953 von o. Univ.-Prof. Dr. h.c. Dr. *Hans Krasensky* als Österreichisches Bank-Archiv begründet und wird seit 1988 als Bank-Archiv geführt (Zitierweise ÖBA). Für den Inhalt der einzelnen Beiträge tragen ausschließlich die Autoren die wissenschaftliche Verantwortung. Das Bank-Archiv veröffentlicht ausschließlich Originalmanuskripte. Manuskripte sind an die Redaktion, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien, zu senden. Die Autoren verpflichten sich mit der Einsendung der Manuskripte, diese bis zur Entscheidung über die Annahme nicht anderweitig zur Veröffentlichung anzubieten. Für unaufgefordert eingereichte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Für die Manuskriptrichtlinien siehe <http://www.bwg.at> > BankVerlag > ÖBA > Autoren-Richtlinien – Als Abhandlungen gekennzeichnete Beiträge unterliegen ausnahmslos dem international üblichen Double-Blind-Review-Verfahren.

Eigentümer und Herausgeber: Österreichische Bankwissenschaftliche Gesellschaft, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien, Tel.: +431 / 533 50 50, Fax: +431 / 533 50 50 33, e-mail: office@bwg.at – Schriftleitung: Dr. *Markus Bunk* – Herausgeber: RA Univ.-Prof. Dr. *Raimund Bollenberger*; Univ.-Prof. Dr. *Peter Bydlinksi*; Univ.-Prof. Dr. *Markus Dellinger*; Univ.-Prof. Dr. *Susanne Kalsz*; Prof. (FH) Mag. *Otto Lucius*; ao. Univ.-Prof. Dr. *Roland Mestel*; RA Priv.-Doz. MMag. Dr. *Martin Oppitz*; Univ.-Prof. Dr. *Stephan Paul*; Univ.-Prof. Dr. *Stefan Pichler*; RA Univ.-Prof. Dr. *Christian Rabl*; Univ.-Prof. Dr. *Alexander Schopper*; Univ.-Prof. Dr. *Martin Spitzer*; Univ.-Prof. Dr. *Peter Steiner*; Univ.-Prof. Dr. *Karl Stöger* – Herausgeberbeirat: Univ.-Prof. Dr. *Matthias Bank*, CFA; Hofrätin des OGH Hon.-Prof. Dr. *Wilma Dehn*; Prof. Dr. *Andreas Dombret*; Präsidentin des OGH i.R. Hon.-Prof. Dr. *Irmgard Griss*; Dir. Univ.-Prof. Dr. *Andreas Grünbichler*; Univ.-Prof. Dr. *Michael Hanke*; Vizegouverneur Mag. *Andreas Ittner*; RA Dr. *Markus Kellner*; Hon.-Prof. Dir. Dr. *Bernhard Koch*; o. Univ.-Prof. i.R. Dr. Dr. h.c. *Helmut Koziol*; Univ.-Prof. Dr. *Brigitta Lurger*.

Verleger: (Offenlegung gem. § 25 Abs 1 bis 3 Mediengesetz) LINDE VERLAG Ges.m.b.H., Scheydgasse 24, A 1210 Wien, Tel.: +43 1 24 630 Serie. Gesellschafter: Die Verlassenschaft nach Herrn *Axel Jentsch* (mit 99%) und Mag. *Andreas Jentsch* (mit 1%). Geschäftsführer: Mag. *Klaus Kornherr* / BankVerlagWien, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien. Unternehmensgegenstand: Verlag wissenschaftlicher Bücher und Zeitschriften, insb. der Zeitschrift BankArchiv, der Bankwissenschaftlichen Schriftenreihe und der Diskussionsreihe Bank & Börse. Der Bank Verlag Wien ist eine Abteilung der Österreichischen Bankwissenschaftlichen Gesellschaft, gemeinnütziger Verein. Geschäftsführer: Dr. *Markus Bunk*, Frankgasse 10/7, A 1090 Wien, Tel.: +43 1 533 50 50 – **Herstellung:** Satz: Dipl.-HTL-Ing. *Franz König*, BEB, Niederreiterberggasse 13/2/1, A 1230 Wien, Tel.: 0664/735 88 450; Druck: novographic Druck GmbH., Walter-Jurmann-Gasse 9, A 1230 Wien, Tel.: 01/888 26 73.

Bestellinformation: ISSN 1015-1516. Erscheinungsweise: monatlich. Bestellungen nehmen jede Buchhandlung oder der Linde Verlag entgegen. Jahresabonnement 2019: € 264 inkl. 10% Mehrwertsteuer zzgl. Versandkosten. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement automatisch zu den jeweils gültigen Konditionen auf ein Jahr weiter. Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahrganges möglich und müssen bis jeweils spätestens 30. November schriftlich erfolgen. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Anzeigenaufträge werden vom Linde Verlag, Fr. *Hladik*, Tel.: +431 24 630-19, E-Mail: gabriele.bladik@lindeverlag.at, entgegengenommen.

Urheberrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe insbesondere durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendungen, im Magnettonverfahren oder auf elektronischem, digitalem oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.

Für den Fall der Annahme und Veröffentlichung des eingereichten Manuskriptes geht das zeitlich und räumlich unbeschränkte, ausschließliche Werknutzungsrecht für alle Sprachen vom Autor/von den Autoren an den Verlag über. Dies gilt insbesondere für das Recht auf Vervielfältigung in allen technischen Verfahren, der Verbreitung, öffentlichen Wiedergabe und Verwertung in jedweder, auch elektronischer Form. Letztere schließt insbesondere das Recht der Speicherung in Datenbanken, der Vervielfältigung auf Speichermedien aller Art, der Ausgabe aus Datenbanken in allen Formen einschließlich der Sendung sowie der Verbreitung von Vervielfältigungsstücken an die Benutzer von Datenbanken ein. Die Einreichung des Manuskriptes gilt als diesbezügliche Erklärung des Einverständnisses zur Einräumung sämtlicher Rechte durch den Autor/die Autoren. Bei Beiträgen von Arbeitsgruppen wird vorausgesetzt, dass die Publikation von allen beteiligten Autoren genehmigt wurde und dass alle mit der Einräumung sämtlicher Rechte an den Verlag einverstanden sind.

Mit dem für Artikel und druckfertige Entscheidungen an den/die Verfasser zu vom Eigentümer und Herausgeber festgesetzten Sätzen geleisteten Honorar ist die Übertragung sämtlicher Rechte abgegolten. Zugleich erlischt damit die Ausschließlichkeit des eingeräumten Verlagsrechts nicht mit Ablauf des dem Jahr des Erscheinens des Beitrags folgenden Kalenderjahres. Dieser Zeitraum gilt keinesfalls für die Verwertung durch Datenbanken.

Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Zeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, des Herausgebers oder der Autoren ausgeschlossen ist. Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in dieser Zeitschrift berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Waren- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benützt werden dürften.

Das ÖBA richtet sich an Leser beiderlei Geschlechts. Der einfacheren Lesbarkeit halber wird die männliche Form verwendet.

**IN ALLER KÜRZE**

23

THEMA

Reinhard Pesek: Die schadenersatzrechtliche Mietzinsminderung	24
Andreas Gerhartl: Feststellung des Deckungsanspruchs gegen den Haftpflichtversicherer	27

GESETZGEBUNG

Aktuelle Gesetzesvorhaben (Stand: 24. 1. 2019)	30
--	----

RECHTSPRECHUNG**»FAMILIENRECHT**

Haftung der Mutter für den Unterhaltsschaden des Scheinvaters wegen Ehebruchs	31
Rückwirkende Unterhaltserhöhung trotz Verjährung wegen listiger Verheimlichung von Einnahmen	31
Aufteilung einer hohen Einmalzahlung bei der Unterhaltsbemessung	32
Abzug berücksichtigungswürdiger Schulden von der Unterhaltsbemessungsgrundlage	32
Teilverwirkung des Ehegattenunterhalts in Zwischenurteil zu berücksichtigen	32
Klage auf Ergänzung des Verschuldensausspruchs	33
Unbedingte Erbantrittserklärung mit Vorsorgevollmacht	33
Neue Entscheidung in einem in dritter Instanz anhängigen Sachwalterbestellungsverfahren	33
Richtervorbehalt bei Bestätigung der Pfllegschaftsrechnung	33

»SACHENRECHT

Ersitzung eines Wegerechts durch eine Gemeinde	34
Weiderecht als Einforstungsrecht – Gebot der schonenden Ausübung	34

»SCHULDRECHT

Auslegung der Generalklausel eines Vergleichs	34
Fristen beim Rücktritt vom Bauvertrag wegen verweigerter Sicherstellung	35
Bücherliche Sicherstellung bei Bauträgervertrag über Wohnungseigentum	35
Entschädigungsbürgschaft als Ausfallsbürgschaft	36
Regressanspruch für Abzugssteuer	36

»MIET- UND WOHNRECHT

Richtwertmietzins – Zuschlag für überschießende Kategoriemerkmale	36
Kündigungsschutz bei Flächenmiete zwecks Superädifikaterrichtung	36
Studentenwohnheim einer gemeinnützigen Bauvereinigung – Verrechnung der Entgelte	36

»SCHADENERSATZ

Schadenersatz wegen Eingriffs in obligatorisches Veräußerungsverbot	37
Verjährung des Schadenersatzanspruchs für den Mangelschaden	37
Verkehrssicherungspflicht kann über behördliche Auflagen hinausgehen	37
Schutzzweck des Verbots, das Kfz ohne Zustimmung des Zulassungsbesitzers Dritten zu überlassen	37
120.000 € Schmerzensgeld nach Flugzeugabsturz	38

»VERFAHRENSRECHT

Fehlender Gemeinderatsbeschluss für Klagsführung der Gemeinde – Verbesserung	38
Kein Feststellungsbegehren zu Rechtsverhältnissen der Zukunft	39
Präklusionsbeschluss außerhalb der mündlichen Verhandlung	39

»EXEKUTIONSRECHT

Anerkennung und Vollstreckung eines ausländischen Schiedsspruchs	39
--	----

LITERATURÜBERSICHT

40

Herausgeber:

Hofrat des OGH Univ.-Prof. Dr. Georg E.
Kodek, LL.M.,
Vizepräsident des OGH Univ.-Prof.
Dr. Matthias Neumayr

Redaktion:

Mag. Wolfgang Kolmasch
E-Mail: wolfgang.kolmasch@lexisnexis.at

Impressum:

Offenlegung gemäß § 25 MedienG:

Medieninhaber und Herausgeber **ISD § 1 Abs 1 Z 8 und Z 9 MedienG:** LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co KG | Sitz: Marxergasse 25, 1030 Wien | Unternehmensgegenstand: LexisNexis ARD Orac ist ein führender Fachverlag in Österreich im Bereich Steuern, Recht und Wirtschaft, der die Tradition der Verlagshäuser Orac und ARD unter internationalem Dach fortführt, LexisNexis ARD Orac ist ein Tochterunternehmen der international tätigen Verlagsgruppe RELX Group, deren Legal Division weltweit unter dem Namen LexisNexis firmiert. | Blattlinie: Rechtsinformation und Wirtschaftsinformation; aktuelle rechtliche Neuerungen | Geschäftsführung: Alberto Sanz de Lama | Unbeschränkt haltender Gesellschafter: Orac Gesellschaft m.b.H., Marxergasse 25, 1030 Wien | Kommanditist: Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H., Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Beteiligungsverhältnisse: Alleiniger Gesellschafter der Orac Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg | Gesellschafter der Reed Messe Salzburg Gesellschaft m.b.H.: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam (0,1 %), Reed Elsevier Austria GmbH, Am Messezentrum 6, 5021 Salzburg (99,9 %) | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Austria GmbH: Reed Elsevier Overseas B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Alleiniger Gesellschafter der Reed Elsevier Overseas B.V.: Reed Elsevier Holdings B.V., Radarweg 29, 1043 NX Amsterdam | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings B.V.: RELX Group plc, 1-3 Strand (http://www.relxgroup.com/aboutus/Pages/Home.aspx), London WC2N 5JR (50 %), Reed Elsevier Holdings Ltd., 1-3 Strand, London WC2N 5JR (50 %) | Gesellschafter der RELX Group plc: RELX PLC (52,9 %), RELX NV (47,1 %) | Gesellschafter der RELX PLC: mehr als 75 % im Streubesitz | Gesellschafter der RELX NV: mehr als 75 % im Streubesitz | Gesellschafter der Reed Elsevier Holdings Ltd.: RELX Group plc (100 %) | Redaktion: Marxergasse 25, 1030 Wien.

Lektorat und Autorenbetreuung:

Mag. Viktoria Safer-Eckert, BA
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1121, Fax DW 146
E-Mail: viktorija.safer-eckert@lexisnexis.at

Abonnentenservice:

Tel. +43-1-534 52-0 | Fax DW 141
E-Mail: kundenservice@lexisnexis.at

Anzeigen & Mediadata:

Alexander Mayr
1030 Wien, Marxergasse 25
Tel. +43-1-534 52-1116, Fax DW 144
E-Mail: anzeigen@lexisnexis.at
http://lesen.lexisnexis.at/zs/zak/
mediadata.html

Derzeit gilt Anzeigenpreisliste Stand Jänner 2019 | Verlags- und Herstellungsort: Wien | Die Zeitschrift erscheint 22-mal im Jahr | Einzelheftpreis 2019: 20 €; Jahresabonnement 2019: 319 € inkl. MWST bei Vorauszahlung; Preisänderungen vorbehalten | Bankverbindung: Bank Austria, IBAN: AT84 1200 0504 2346 8600, BIC: BKAUATWW | Abbestellungen sind nur zum Jahresschluss möglich, wenn sie bis spätestens 30.11. schriftlich einlangen | Druck: Prime Rate GmbH, Megyeri út 53, H-1044 Budapest, ISSN 1996-2428.

Verlagsrechte: Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte bleiben vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm, Aufnahme in eine Datenbank oder auf Datenträger oder auf andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Das gilt auch für die veröffentlichten Entscheidungen und deren Leitsätze, wenn und soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung redigiert, erarbeitet oder bearbeitet wurden und daher Urheberrechtsschutz genießen. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopie hergestellt werden. Bitte beachten Sie: Für Veröffentlichungen in unseren Zeitschriften gelten unsere AGB für Zeitschriftenautorinnen und -autoren (abrufbar unter <https://www.lexisnexis.at/agb/agb-zeitschriften-autoren/>) sowie unsere Datenschutzerklärung (abrufbar unter <https://www.lexisnexis.at/datenschutzbestimmungen/>).

Trotz sorgfältigster Bearbeitung erfolgen alle Angaben ohne Gewähr. Eine Haftung des Verlages, der Herausgeber und der Autoren ist ausgeschlossen. Dies gilt auch für Inhalte, die exklusiv digital veröffentlicht werden.

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 4/2019



Inhalt

Aufsätze	<i>Ch. H. Seibt/Ch. Danwerth</i> , Ad-hoc-Publizitätspflichten beim Vorstandswechsel zwischen Börsenunternehmen 121	
	<i>C. Simons</i> , Zur Begründung(splicht) bei Gegenanträgen (§ 126 AktG) 127	
Bericht	<i>M. Eitelbuß</i> , 10. Österberg-Seminar zu aktuellen Fragen des Wirtschaftsrechts 133	
Zur Rechtsprechung	<i>L. Gerauer</i> , Ladungsmängel und Nichtigkeitsfolge im Beschlussmängelrecht der GmbH 137	
Literatur	St. Jung/P. Krebs/S. Stiegler, Gesellschaftsrecht in Europa (<i>S. Otte-Gräbener</i>) 140	
	W. Meyer-Sparenberg/Ch. Jäckle, Beck'sches M&A-Handbuch (<i>F. Stamer</i>) 141	
	F. Haase/K. Dorn, Vermögensverwaltende Personengesellschaften (<i>Red.</i>) 141	
Rechtsprechung		
<i>Personengesellschaftsrecht</i>		
OLG Hamburg 30. 11. 18 – 11 U 35/18	Durchsetzungssperre in Abwicklungsphase der Gesellschaft	142
KG 30. 11. 18 – 22 W 69/18	Beendigung der KG durch Übertragung der Gesellschafterstellung aller Gesellschafter auf einen Dritten	143
<i>Kapitalgesellschaftsrecht</i>		
OLG Stuttgart 27. 6. 18 – 14 U 33/17	Beschlussmängelklage bei Ladungsmangel nur gegenüber Mitgesellschafter und Zwangseinziehung ohne Abmahnung (Ls.)	144
OLG Köln 14. 6. 18 – 18 U 36/17	Einwände bei positiver Beschlussfeststellungsklage (Ls.)	145
OLG Stuttgart 20. 8. 18 – 20 W 1/13	Ausgleichszahlung in Form der Verrentung (Ls.)	145
OLG Düsseldorf 6. 9. 18 – 26 W 1/18	Bewertung eines Versicherungsunternehmens (Ls.)	145
<i>Kapitalmarktrecht</i>		
BGH 8. 11. 18 – III ZR 628/16	Verjährungsbeginn für Schadensersatzansprüche wegen Beitritts zu einer Fondsgesellschaft	145
<i>Handels- und Registerrecht</i>		
OLG Düsseldorf 19. 4. 18 – 6 W 2/18	Einladungsmangel trotz formell ordnungsgemäßer Einladung	148
OLG Düsseldorf 20. 3. 18 – 3 Wx 50/18	Keine Aufgabe inhaltlicher Änderungen einer Anmeldung mittels Zwischenverfügung	151
<i>Vereinsrecht</i>		
OLG Saarbrücken 5. 11. 18 – 5 W 74/18	Voraussetzungen für Nachtragsliquidation eines Vereins	152
<i>Verfahrens- und Kostenrecht</i>		
OLG Düsseldorf 15. 1. 18 – 26 W 10/17	Berechnung des Gegenstandswerts im Spruchverfahren (Ls.)	154
OLG Frankfurt a.M. 27. 9. 18 – 11 SV 58/18	Zuständigkeit der Zivilkammer für Klagen des Insolvenzverwalters einer Fonds-KG gegen Kommanditisten (Ls.)	154

Arbeitsrecht

LAG BW 9.10.18 – 19TaBV 1/18 Arbeitnehmerbeteiligung bei Umwandlung einer AG in eine SE (Ls.) 154

Steuerrecht

BFH 20. 9.18 – IVR 39/11 **Wirtschaftliches Eigentum an einem Mitunternehmeranteil – Gewinn aus der Veräußerung von Sonderbetriebsvermögen II (Anteil an einer Kapitalgesellschaft) als Bestandteil des Gewerbeertrags** 154

BFH 27. 9.18 – VR 45/16 **Forderungsverrechnung in der Insolvenz bei Eigenverwaltung** 157

BFH 11. 4.18 – IR 34/15 **Bewertung einer Sachausschüttung in Form einer offenen Gewinnausschüttung; keine Rückwirkung von § 8 b III 1 KStG (Ls.)** 160

Sonstiges Zivilrecht

BGH 15.10.18 – AnwZ (Brfg) 20/18 **Interne Datenschutzbeauftragte einer Rundfunkanstalt als Syndikusrechtsanwältin (Ls.)** 160

BGH 15.10.18 – AnwZ (Brfg) 68/17 **Zulassung als Syndikusrechtsanwältin im öffentlichen Dienst (Ls.)** 160

5% Frühbucher-Rabatt sichern!

Fachanwalts-Lehrgang Handels- & GesR

Frankfurt/M. Start: 11.04.2019 *mit Durchführungsgarantie*

Leipzig Start: 13.06.2019

Hamburg Start: 24.10.2019

München Start: 21.11.2019

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de

ARBER
seminare

Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBER-seminare.de
www.ARBER-seminare.de

Aus- und Weiterbildungsanzeigen auch online!

Ihre Aus- und Weiterbildungsanzeige erscheint auch online unter

www.beck-stellenmarkt.de/Veranstaltungen

- Erhöhte Reichweite durch Online-Präsenz von 6 Wochen
- Präsentation als Teaser- und Layout-Variante
- Verlinkung auf URL, falls angegeben



ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*,
Beethovenstraße 7 b, 60325 Frankfurt a. M.;
Telefon: (0 69) 75 60 91-0;
Telefax: (0 69) 75 60 91-49;
E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de. Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-398, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2019: Jährlich € 435,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift *NJW* € 399,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 15,50 (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare

können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Ausdruckenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

wohnrechtli blätter:

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS
D3 - Z175

wohnrechtliche blätter:wobl

Heft 1 Jänner 2019 (32. Jahrgang)

S. 1-41

Aufsatz

Mag. Dr. Clara Hochleitner, LL.M.

**Verkehrssicherungspflichten und Wohnungseigentum:
Ausgewählte Rechtsfragen**

1

Veranstaltungsbericht

Univ.-Ass. Mag. Matthias Knoll/

Univ.-Ass. Mag. Marco Scharmer, B.A.

**IWD – Die Wohnrechtsnovelle 2015 in der
höchstgerichtlichen Rechtsprechung**

13

Rechtsprechung

Nr. 1-16

• MRG

1. Dauernde Veränderungen an einem Mietgegenstand
infolge von Verbesserungsarbeiten an allgemeinen
Teilen des Hauses
(OGH 13. 3. 2018, 5 Ob 32/18v)

16

2. Entschädigung nach § 8 Abs 3 MRG bei
Verzögerung einer Schadensbehebung
(OGH 18. 1. 2018, 5 Ob 240/17f)

16

3. Keine Überwälzung der durch erhöhten
Mietzins mitfinanzierten Erhaltungsarbeiten
auf den Nachmieter
(OGH 20. 11. 2017, 5 Ob 198/17d)

17

4. Zum Fortbestand eines Rechts auf Untervermietung
durch die Umwandlung eines befristeten in ein
unbefristetes Bestandverhältnis
(OGH 25. 9. 2018, 4 Ob 174/18v)

19

5. Aufkündigung des Mietverhältnisses aufgrund
täglichen Fütterns von Tauben
(OGH 21. 2. 2018, 3 Ob 16/18a)

19

6. Kündigung wegen Weitergabe bei Überlassung
des Mietgegenstandes an Eintrittsberechtigte
(OGH 23. 8. 2018, 4 Ob 152/18h –
Univ.-Prof. Dr. Andreas Vonkilch)

20

7. Dringendes Wohnbedürfnis des Eintrittsberechtigten
trotz anderer Unterkunftsmöglichkeit
(OGH 23. 1. 2018, 4 Ob 210/17m)

21

• WEG

8. Neuparifizierung eines WE-Objekts nach
dem WEG 1948

(OGH 10. 4. 2018, 5 Ob 43/18m)

22

9. Begründung von zusätzlichem WE in Mischhäusern
trotz Umbaumaßnahmen und Auswirkungen bei
bestehenden WE-Objekten

(OGH 3. 10. 2018, 5 Ob 110/18i –

Univ.-Lektor RA Mag. Dr. Alexander Illedits)

24

10. Bindung des Zivilgerichts an einen Baubescheid
trotz Abweichung von den tatsächlichen baulichen
Gegebenheiten

(OGH 20. 11. 2017, 5 Ob 145/17k)

28

11. Rechtliche Existenz der Eigentümergemeinschaft
trotz nichtiger WE-Begründung

(OGH 29. 8. 2017, 5 Ob 137/17h)

31

• ABGB

12. Keine Sittenwidrigkeit des Kündigungsverzichts,
wenn die Möglichkeit einer außerordentlichen
Auflösung des Mietvertrags gegeben ist

(OGH 21. 12. 2017, 6 Ob 134/17z)

32

13. Vermieter beauftragt Winterdienst: Kein echter
Vertrag zugunsten des Mieters; keine Schutzwirkungen
zugunsten des Mieters wegen Subsidiaritätsthese

(OGH 30. 1. 2018, 9 Ob 69/17p)

35

14. Abgrenzung zwischen Bittleihe und Miete
(OGH 8. 11. 2017, 7 Ob 192/17m)

37

• Grundbuchsrecht

15. Voraussetzungen für die Urkundenhinterlegung
eines Superädifikats

(OGH 13. 2. 2018, 5 Ob 180/17g –

Öff Notar Univ.-Doz. Mag. DDr. Ludwig Bittner)

37

• Abgabenrecht

16. Instandsetzungs- oder Herstellungsaufwand,
begünstigte Absetzung nach § 28 Abs 3 EStG 1988

(VwGH 21. 3. 2018, Ra 2017/13/0012 –

Dr. Christian Lenneis)

39

Impressum 41

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier-TCF

Ausgewertet im Abstract Service IBZ

Aufsätze

Rüsing, Christian

**Die Aufsicht über Versicherungsvermittler nach Umsetzung der IDD
– Zuständigkeitschaos und Umsetzungsdefizite –**

129

Dumbs, Mathias

Dogmatik und Geschichte des Entschädigungsverfahrens für NATO-Truppenschäden

138

Tagungsberichte

36. Münsterischer Versicherungstag

146

Bücher

149

Literaturhinweise

149

Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht**Berufsunfähigkeitsversicherung**

KG 9. 10. 2018 (6 U 64/18)

KG 13. 11. 2018 (6 U 64/18)

**Grundlagen des im Nachprüfungsverfahren vorzunehmenden
Vergleichs**

150

Krankenversicherung

BGH 5. 12. 2018 (IV ZR 81/18)

OLG Zweibrücken 14. 11. 2018 (1 U 42/17)

Zulässigkeit einer Aufrechnung mit Prämienforderungen im Notlagentarif

152

Zeitliche Anwendbarkeit des § 17 Abs. 1 S. 5 KHG

154

Rechtsschutzversicherung

OLG Hamm 29. 6. 2018 (20 U 56/18)

**Ausschluss von Deckungsschutz bei Inanspruchnahme eines
Kommanditisten wegen Verletzung der Pflicht zum Erhalt der Haftsumme**

157

Hausratversicherung

OLG Düsseldorf 6. 2. 2018 (I-4 U 164/15)

**Urkundenfälschung als besonderer Verwirkungsgrund der arglistigen
Täuschung**

157

Vertrauensschadenversicherung

OLG Düsseldorf 21. 9. 2018 (I-4 U 101/17)

**Kein Schutz vor mittelbarer Minderung des Unternehmenswerts
mit Anmerkung: Dr. Sven-Markus Thiel**

159

Vertriebsrecht**Versicherungsvermittler**

EuGH 31. 5. 2018 (Rs C-542/16)

**Auslegung des Begriffs der „Versicherungsvermittlung“ in Art. 2 Nr. 3
der Richtlinie 2002/92/EG**

165

Haftungsrecht**Abtretung**

OLG Koblenz 28. 6. 2018 (1 U 952/17)

**Wirksamkeit einer Abtretung bei Feststehen des Sicherungsvolumens
und Bestimmbarkeit der erfassten Forderungen**

171

Allgemeine Geschäftsbedingungen

BGH 23. 8. 2018 (III ZR 192/17)

**Unwirksamkeit von Entgeltklauseln für den Versand und die Bereitstellung
der Möglichkeit des Selbstausdrucks von Eintrittskarten**

173

Anlageberaterhaftung

BGH 16. 10. 2018 (VI ZR 459/17)

**Schadensersatz nach fehlgeschlagener Kapitalanlage bei Abtretung
einer Kapitallebensversicherung an den Kapitalnehmer**

176

Bürgschaft

BGH	11. 9. 2018 (XI ZR 380/16)	Keine Sittenwidrigkeit von Arbeitnehmerbürgschaften wegen Verstoßes gegen das Leitbild des Arbeitsvertrags	178
-----	----------------------------	--	-----

Reisevertrag

BGH	29. 5. 2018 (X ZR 94/17)	Kein Anspruch auf Mehrkosten einer Ersatzreise neben dem Entschädigungsanspruch wegen Vereitelung der Reise	180
-----	--------------------------	--	-----

Sachverständiger

BGH	30. 8. 2018 (III ZR 363/17)	Unrichtiges Sachverständigengutachten muss für die Gerichtsentscheidung und den Schaden kausal geworden sein	183
-----	-----------------------------	---	-----

Tierhalterhaftung

OLG Köln	7. 2. 2018 (5 U 128/16)	Tierhaltereigenschaft des Eigenbesitzers eines Pferdes trotz fehlenden Rechts zum Besitz	183
----------	-------------------------	--	-----

Prozessrecht

Rechtsmittelfrist

BGH	23. 10. 2018 (III ZB 54/18)	Gebotene „Zeitreserve“ bei Übermittlung eines fristgebundenen Schriftsatzes per Telefax	187
-----	-----------------------------	--	-----

Streitwert

OLG Hamm	2. 3. 2018 (20 W 41/17)	Streitwert einer Klage auf Feststellung des Nichteintritts einer Berufsunfähigkeit L	188
----------	-------------------------	--	-----

Arbeitsrecht

Zusatzversorgung

OLG Karlsruhe	20. 9. 2018 (12 U 28/18)	Ausschlussfrist für den Anspruch auf Betriebsrente in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	188
---------------	--------------------------	---	-----

Auslandsrecht (Österreich)

Sämtliche Versicherungsweige

OGH	24. 5. 2018 (7 Ob 186/17 d)	Umfang des Einsichtsrechts des VN gegenüber dem Versicherer in nicht von diesem beauftragte ärztliche Gutachten	191
-----	-----------------------------	---	-----

Der Buchstabe L hinter dem Kurzinhalt bedeutet, dass von der Entscheidung nur der Leitsatz veröffentlicht wird.

→ Editorial	37
<i>Von Karl-Heinz Danzl</i>	

Beiträge

→ Automatisiertes Fahren, der Weg zur Testerlaubnis	40
---	----

Viele Wege, ein Ziel – automatisierte Mobilität

Die Zukunft des Automobils liegt in der zunehmenden Automatisierung. Selbstfahrende Fahrzeuge sollen sicherer, effizienter und damit umweltschonender und zusätzlich auch barrierefrei zugänglich sein. Doch bevor diese neuen Fahrzeuge in unser Verkehrssystem integriert werden können, müssen diese bzw die ersten Prototypen auch in realen Umgebungen und in der Interaktion mit VerkehrsteilnehmerInnen erprobt und getestet werden. Die gesetzlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für solche Erprobungsfahrten bzw Testfahrten werden anhand von konkreten Länderbeispielen aufgezeigt und diskutiert.

Von Marleen Roubik

→ Die Anrainerpflichten nach § 93 StVO im Winter	45
--	----

In der kalten Jahreszeit trifft die Anrainer eine gesetzliche Verpflichtung, Gehsteige und Gehwege entlang ihrer Liegenschaft von Schnee und Verunreinigungen freizuhalten bzw zu streuen. Der Beitrag beschäftigt sich mit dem konkreten Inhalt dieser Verpflichtung und deren Auswirkungen, ausgehend von der allgemeinen Norm des § 93 StVO und ortspolizeilichen Verordnungen unter Berücksichtigung der einschlägigen höchstgerichtlichen Rechtsprechung.

Von Nikolaus Authried und Tanja Tretzmüller

Bericht

→ Tagung der Sachverständigen für alpinen Skisport und Snowboarden	50
--	----

am 9. 11. 2018 in Bad Hofgastein

Von Marwin Gschöpf

Gesetzgebung und Verwaltung

→ Bundesrecht	53
-------------------------	----

Von Gerhard Pürstl

Rechtsprechung

→ Keine EKHG-Haftung nach Ausstieg aus einer Gondelbahn	55
---	----

33: OLG Innsbruck 11. 1. 2018, 1 R 120/17 g

→ Unberechtigter Entzug eines im EU-Ausland erworbenen Führerscheins	56
--	----

34: OGH 31. 1. 2017, 1 Ob 236/16 m

Mit Anmerkung von Christian Huber

→ Pflicht zur Unfallmeldung auch bei bloß geringfügigen Sachschäden	59
---	----

35: OGH 20. 4. 2018, 7 Ob 55/18 s

→ Selbst mehrfache Rückrufe des Herstellers eines sonst mangelfreien Kfz führen nicht zur Vertragsaufhebung	61
---	----

36: OGH 28. 6. 2018, 6 Ob 90/18 f

Judikaturübersicht Verwaltung

→ StVO	62
37: VwGH 12. 10. 2018, Ra 2017/02/0147 Erteilung von Ausnahmegewilligungen, strenger Maßstab ist anzulegen	
→ FSG	63
38: VwGH 10. 10. 2018, Ra 2018/11/0191 Rückwärtsfahren auf Autobahnen stellt Fahren entgegen der Fahrtrichtung dar	
→ KFG	64
39: VwGH 9. 10. 2018, Ra 2017/02/0218 Verstoß gegen die Pickerlpflicht ist Ungehorsamsdelikt	
40: VwGH 21. 9. 2018, Ra 2017/02/0201	64
„Wheelie“ mit Motorrad ist strafbar	
41: VwGH 16. 10. 2018, Ra 2018/02/0296	65
Verstoß gegen § 103 Abs 1 KFG ist grundsätzlich Dauerdelikt	

Kuratorium für Verkehrssicherheit

→ Lkw-Platooning in Österreich	65
--	----

Vorteile und (rechtliche) Herausforderungen

Die Technologie des Lkw-Platoonings hat viele Potentiale: Einerseits kann diese zu Einsparungen beim Kraftstoffverbrauch und bei Emissionen führen, andererseits kann sie aufgrund der geringeren gefahrenen Abstände zum Teil der alltäglichen Stauproblematik vorbeugen. Vor allem aber hat sie das Potential, zu mehr Sicherheit auf Österreichs Straßen zu führen und der „Vision Zero“ ein Stück näherzukommen. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte wurde das Leitprojekt „Connecting Austria“ Anfang 2018 in Österreich gestartet. Um jedoch das Lkw-Platooning auch unter realen Bedingungen auf Österreichs Straßen testen zu können, bedarf es Änderungen der StVO und der Automatisiertes Fahren Verordnung (AutomatFahrV).
Von Philipp Blass, Susanne Kaiser, Monika Romaniewicz-Wenk und Wolfgang Schildorfer

Standards

→ Impressum	37
→ Buchbesprechung	72

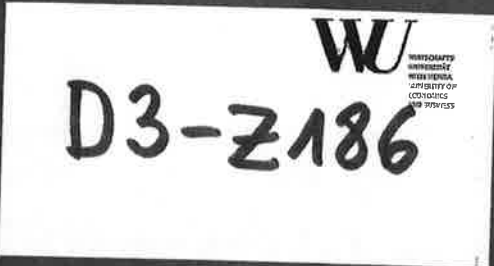
**www.manz.at/shop – der Webshop
für Recht, Steuer, Wirtschaft**

Jetzt portofrei bestellen!



MANZ 

JuS



2/2019

59. Jahrgang

Seiten 97–192

ZEITSCHRIFT FÜR STUDIUM UND REFERENDARIAT

AUS DEM INHALT:

AUFSATZ

Prof. Dr. Wolfgang Weiß

Die Integrationsverantwortung der Landtage

STUDIUM

Ass. iur. Jonas Bühler

Examensrelevante Probleme der Gebrauchsüberlassung an Dritte im Wohnraummietrecht

*Rechtsanwalt Prof. Dr. Thomas Grädler, LL. M.,
und Rechtsanwalt Kai-Klemens Weblage*

Anglizismen in der Unternehmenstransaktion

Prof. Dr. Thomas Rönau

Grundwissen – Strafrecht: Einverständliche Fremdgefährdung

REFERENDARIAT

Richter am BGH Prof. Dr. Andreas Mosbacher

Aktuelles Strafprozessrecht

FALLBEARBEITUNG

Wiss. Mitarbeiter Nils Schulz

Fortgeschrittenenklausur – Öffentliches Recht: Polizei- und Baurecht – Die Bruchbude unter dem Hammer

Richter am LG Dr. Christian Schlicht

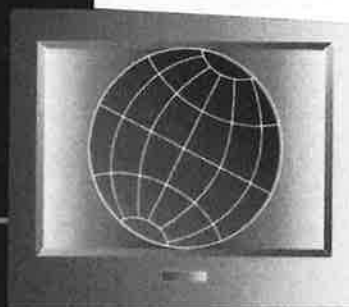
(Original-)Assessorexamensklausur – Zivilrecht:
Ein umsonst gedecktes Dach?



Kommunikation & Recht

D3-ZP7

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS



Betriebs-Berater für

● Medien ● Telekommunikation ● Multimedia

2
K&R

Editorial: OffeneGesetze.de – Zwischen Urheberrecht und Informationsfreiheit · *Dr. Nils Rauer*

- 73 Herausforderungen im E-Commerce durch das neue Verpackungsgesetz · *Johannes Citlau und Stella Weingartner*
- 77 Zur lauterkeitsrechtlichen Beurteilung von Hotelsternewerbung im Internet · *Tarek Alexander Issa*
- 82 Collaborative Clearing von Open-Source-Software
Dr. Hendrik Schöttle
- 88 Aktuelle Entwicklungen im Steuerrecht in der Informationstechnologie 2017/2018 – Teil 1
Prof. Dr. Jens M. Schmittmann und Julia Sinnig
- 95 Telekommunikationsrecht: Entwicklungen und aktuelle Fragen in der Rechtsprechung 2017/2018
Dr. Grace Nacimiento und Dr. Carolin Küll
- 102 Das Verhältnis des Informationsweiterverwendungsrechts zum Informationszugangsrecht am Beispiel des Verhältnisses des IFG zum IWG
Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff und Nicolas Seemüller
- 110 BGH: Schadensersatzberechnung wegen unberechtigter Fotonutzung nicht nach MFM-Tarif
- 116 BGH: keine-vorwerk-vertretung: Markenverwendung in Domain eines Wiederverkäufers erlaubt
- 141 OGH: Werbe-Einwilligung in AGB verstößt gegen datenschutzrechtliches Kopplungsverbot mit Kommentar von *Markus Schröder*

Beilage

Jahresregister 2018

22. Jahrgang

Februar 2019

Seiten 73 – 144

**ASSURANCE****KOMPAKT**

- APAS: Arbeitsprogramm 2019 » 121
- Prüfungsausschuss und Prüfungsqualität » 121
- Deggendorfer Forum für digitale Datenanalyse » 121

INTERVIEW

- Audit Clouds – Auswirkungen auf Prozesse in der Abschlussprüfung
Podiumsgespräch mit Stefan Groß und Prof. Dr. Oliver Thomas
unter der Moderation von Andrea Bruckner » 122

ANALYSE

- Die „Top Management“-Vergütung in der Wirtschaftsprüfung – Eine Auswertung
der Vergütungsstrukturen in Transparenzberichten im Vergleich zu etablierten
Profit-Sharing-Systemen
Prof. Dr. Thomas Loy, Philipp Jahn und Dominik Ulrich » 129

**RECHNUNGSLEGUNG****KOMPAKT**

- IDW zum Diskussionspapier des IASB „Financial Instruments with
Characteristics of Equity“ » 135
- Offenlegung klimarelevanter Informationen » 136
- Aus der Arbeit des FASB » 136

ANALYSE

- Quartalsberichterstattung in 15 EU-Mitgliedstaaten nach Umsetzung der
Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie
Gülcan Erkilet und Prof. Dr. Rainer Kasperzak » 137

**FINANCIAL SERVICES****KOMPAKT**

- Änderungsbedarf im Hinblick auf MiFID II und MiFIR? » 145
- Anlageberatung soll Nachhaltigkeitsaspekte stärker berücksichtigen » 145
- Offenlegungspflichten für Kreditinstitute überarbeitet » 146
- Ausfalldefinition und Schätzung von Risikoparametern: BaFin konsultiert
Rundschreiben » 146
- Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Groß- und
Millionenkreditverordnung » 147
- Auswirkungen von IFRS 9 bei Banken » 147

ANALYSE

- Übernahme des Expected-Loss-Ansatzes nach IFRS 9 in den HGB-Abschluss
von Banken?
Jan Klube, Andreas Schröter und Dr. Christoph Weber » 148



BRANCHEN

KOMPAKT

Redaktionelle Anpassung von IDW PS 610: Prüfung nach § 6b EnWG » 156

Rezension: Bilanzierung und Jahresabschluss in der Kommunalverwaltung » 156

ANALYSE

Staatliche Doppik: ein Mehrwert für unsere Demokratie! – Empfehlungen für die Gestaltung künftiger EPSAS

Dr. Karsten Nowak » 157



MANAGEMENT & BERATUNG

KOMPAKT

Im Mittelstand fehlen Unternehmensnachfolger » 164

Menschenrechtliche Beschwerdemechanismen: Leitfaden für Unternehmen verfügbar » 164

ANALYSE

Relevanz? Muss nicht sein! – Zu den Vorteilen des Total-Cashflow-Ansatzes

Dr. Kai Behling » 165



STEUERN & RECHT

KOMPAKT

Neuer EU-Insolvenzrahmen » 173

Besondere Ergebnisbeteiligung beim Eintritt in eine vermögensverwaltende Personengesellschaft » 173

Rezension: Jahresabschlussprüfung in der Insolvenz » 174

INTERVIEW

Whistleblowing – Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft – Eine Zeitreise mit Blick auf Auswirkungen für Unternehmen

Dr. Astrid Bauer und Eva Macherey » 175

N & R

Netzwerkirtschaften & Recht

Energie, Telekommunikation,
Verkehr und andere Netzwerkirtschaften

1/2019

S. 1-64

16. Jahrgang

- | | |
|--|----|
| ■ <i>Jürgen Kühling</i>
Netzwerkirtschaftsübergreifende Lerneffekte bei
neuen Gemeinwohlherausforderungen aktivieren | 1 |
| ■ <i>Robert Klotz/Michael Hofmann</i>
Entwicklungen des Unionsrechts in den Netzwerkirtschaften
im Jahr 2018 | 2 |
| ■ <i>Daniel Arjomand</i>
§ 1 Abs. 1 EnWG aus planungsrechtlicher Perspektive –
Kann das Ziel der umweltverträglichen Energie-
versorgung zur alleinigen Planrechtfertigung fruchtbar
gemacht werden? | 14 |
| ■ <i>Karsten Zippack</i>
Die Bewertung von Entflechtungsmaßnahmen aus
transaktionskostenökonomischer Perspektive
unter besonderer Berücksichtigung der Faktorspezifität | 17 |
| ■ <i>Bernd Holznagel/Christopher Pape</i>
Grenzen des Netzüberbaus durch Mitnutzung
passiver Infrastrukturen | 21 |
| ■ <i>Matthias Knauff</i>
Wettbewerb im Personenfernverkehr – Eisenbahn- und
personenbeförderungsrechtlicher Rahmen | 28 |
| ■ <i>Friedrich Wichert/Tilman Reinhardt</i>
Die Auswirkungen des Vorabprüfungsverfahrens
für Schienennetz-Nutzungsbedingungen
auf den Rechtsschutz | 32 |
| ■ <i>Stephan Gerstner</i>
Anmerkung zum Urteil des LG Berlin:
keine zivilgerichtliche Kontrolle der Entgelte
für die Nutzung von Personenbahnhöfen | 62 |

Herausgegeben von
Achim Berg
Wilhelm Eschweiler
Peter Franke
Andrees Gentzsch
Martin Henke
Jochen Homann
Alexander Kirschall
Wolfgang Kopf
Stephan Korehnke
Matthias Kurth
Barbara Minderjahn
Andreas Mundt
Birgit Ortlieb
Stefan Richter
Franz Jürgen Säcker
Geschäftsführender
Herausgeber
Christian Koenig
Schriftleitung
Institut für das Recht
der Netzwerkirtschaften,
Informations- und
Kommunikations-
technologie (IRNIK)
www.nundr.net

DER BETRIEB



WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

5

D3-Z12
+Red. WWT

197 - 256
bruar 2019
1. Jahrgang

www.der-betrieb.de

Herausgeber

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser
Prof. Dr. Johanna Hey
Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinshoff
Friedrich Merz
Dr. Thomas Wachter

Betriebswirtschaft

Norbert Roß
Handelsrechtliche Bilanzierung beim grenzüberschreitenden Formwechsel 197

Isabel von Keitz/Thomas Gloth/Clemens Pelster
F&E-Berichterstattung im Konzernlagebericht 201

Magazin

Gastkommentar

Jan Peter Schiller
Krankenschein per WhatsApp?

Interview

Peter Bömelburg
Steuerdeklaration: Sparpotenziale
nutzen und Qualität sicherstellen

Beilage

Wolfgang Kessler/Christoph Spengel
Checkliste potenziell EU-rechts-
widriger Normen des deutschen
direkten Steuerrechts

Steuerrecht

Cornelia Kraft/Uwe Hohage
Die Anwendung des Bankenprivilegs nach § 19 GewStDV auf Konzern-
finanzierungsgesellschaften 206

Olaf Dube/Dirk Schilling

Sicherung von Verlustvorträgen i.S.d. §§ 8c, 8d KStG 212

Zinslose Stundung einer Zugewinnausgleichsforderung (T. Wachter) 215

Sachbezugswert für arbeitstägl. Zuschüsse zu Mahlzeiten (BMF) 216

Erbaueinandersetzung bei zivilrechtlicher Nachlassspaltung –
Realteilung – Anschaffungskosten (BFH) 219

Wirtschaftsrecht

Christian Orth/Peter Oser/Katharina Philippsen/Ahmad Sultana
ReFE ARUG II: Zum neuen Vergütungsbericht und sonstige Änderungen
im HGB 230

Masseverbindlichkeiten in der vorläufigen Eigenverwaltung (R. Eckert) 237

Gemeinsame Verantwortlichkeit des Website-Betreibers mit Facebook für
die Datenverarbeitung durch ein eingebundenes Plug-In (C. Piltz) 238

Arbeitsrecht

Lukas Wionzeck
Übertragung der BGH-Rechtsprechung zu Schwarzarbeiterfällen
auf steuerrechtliche Regressmöglichkeiten? 246

Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall (D. H. Laskawy/P. Lomb) 249

Günstigkeitsvergleich von Tarifverträgen (C. Kampeter/V. Holzbauer) 250

Verzicht auf Wertguthaben aus Tarifvertrag (S. Schröder/C. Pockrandt) 251

Kein Anspruch auf Verzugspauschale bei verspäteter Lohnzahlung (BAG) 252

Im Abonnement enthalten:

**DER LIVE
BETRIEB**
ihre App - täglich aktuell

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

**Handelsblatt
FACHMEDIEN**

40. Jahrgang
Heft 5
1. Februar 2019

Herausgeber:
RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:
Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack

Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhricht
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

BGH zur Erhöhung der Berechnungsgrundlage für Insolvenz- verwaltervergütung	A 9	Nr. 28
BGH zur Provision für Vermittlung dynamischer Lebens- versicherungen	A 9	Nr. 29
BGH zur Veröffentlichung von Fotografien gemeinfreier Kunstwerke	A 9	Nr. 30
BAG zum Verbot sachgrundloser Befristungen bei Vor- beschäftigung	A 10	Nr. 31
OLG Köln: Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung durch Ab- gasmanipulation	A 10	Nr. 32
LAG Berlin zu Kündigungen von Air-Berlin-Piloten	A 10	Nr. 33

Aufsätze

<i>Peter Mankowski, Hamburg</i>	Griechische Staatsanleihen und der griechische Schuldenschnitt vor dem EuGH (Folge Zwei)	193
<i>Frank Weißhaupt, München/Mainz</i>	„Form follows function“ bei unternehmerischen Ermessensentscheidungen im Kompetenzgefüge der AG	202

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

OLG Schleswig	8. 5. 2018 – 2 U 6/17	Zur Angemessenheit des Entgelts für ein Basiskonto	212
---------------	-----------------------	--	-----

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

KG	30. 11. 2018 – 22 W 69/18	Eintragung des Ausscheidens der bisherigen Gesellschafter und des Übergangs des Gesellschaftsvermögens auf Dritten bei Übertragung der Gesellschafterstellungen aller Gesellschafter auf diesen Dritten	220
OLG Hamburg	30. 11. 2018 – 11 U 35/18	Anspruch eines Publikumskommanditisten gegen Fondsgesellschaft auf Erstattung einer Zahlung an Gesellschaftsgläubiger als unselbstständiger Posten der Auseinandersetzungsrechnung in der Liquidation der Gesellschaft	221
LSG Stuttgart	21. 11. 2018 – L 2 BA 1487/18	Keine Sozialversicherungspflicht des Verwaltungsrats einer monistisch organisierten SE	223

Vertrags- und Haftungsrecht

BGH	11. 4. 2018 – XII ZR 43/17	Unwirksamkeit mietvertraglicher Schriftformheilungsklauseln	227
-----	----------------------------	---	-----

Insolvenz- und Sanierungsrecht

BGH	20. 12. 2018 – IX ZB 8/17	Massezugehörigkeit von Ansprüchen auf die Versicherungsleistung einer Lebensversicherung des Schuldners bereits vor Eintritt des Versicherungsfalls	229
BGH	15. 11. 2018 – IX ZR 229/17	Zur Gläubigerbenachteiligung durch unentgeltliches Darlehen des Schuldners	233
OLG Frankfurt/M.	20. 8. 2018 – 21 W 136/17	Kostenerstattungsanspruch der Antragsteller im Spruchverfahren als Insolvenzforderung	236

Arbeits- und Sozialrecht

BVerfG	14. 11. 2018 – 1 BvR 1278/16	Verfassungsmäßigkeit tarifvertraglicher Differenzierungsklauseln	239
--------	------------------------------	--	-----

NJW

Neue Juristische Wochenschrift

In Verbindung
mit dem Deutschen Anwaltverein
und der Bundesrechtsanwaltskammer
herausgegeben von
den Rechtsanwälten
Prof. Dr. Peter Bräutigam
Prof. Dr. Wolfgang Ewer
Prof. Dr. Rainer Hamm
Dr. Hilke Herchen
Dr. Ulrich Karpenstein
Dr. Nathalie Oberthür

Aus dem Inhalt

- M. Selk*
Das Mietrechtsanpassungsgesetz 329
- D. Brzoza*
Die Grundsätze des (insolvenzrechtlich) unzulässigen
Druckantrags 335
- J. Taupitz*
Verbot der Eizellspende – „modern“ interpretiert? 337
- T. Langheid / C. Müller-Frank*
Rechtsprechungsübersicht zum Versicherungsvertragsrecht 341
- T. Lapp*
Informations- und Auskunftspflichten von Kanzleien 345
- BGH*
Verjährungsbeginn für Schadensersatzansprüche wegen
Beitritts zu Fondsgesellschaft (Anm. *D. Kräft*) 356
- BGH*
Keine Obergrenze für die Ersatzfähigkeit vermehrter
Bedürfnisse von Unfallgeschädigten (Anm. *W. Filthaut*) 362
- LG Frankfurt a.M.*
Erstattung von Anwaltskosten bei Flugverspätung
(Anm. *P. Degott*) 376
- BGH*
Untreuenachteil bei Verstoß gegen Haushaltsrecht –
Derivatgeschäfte (Anm. *C. Brand*) 378
- BAG*
Betriebliche Übung bei Entgelterhöhung – Vertrauensschutz 385



C.H. BECK

Aus NJW-aktuell

Interview

Angriffe auf
die Justiz

Forum

Über den
Irrtum

Ausbildung

Unzufriedene
Jurastudenten

6/2019

31. Januar 2019
72. Jahrgang S. 329–392
www.njw.de



INHALT

Aufsätze

Michael Selk

Das Mietrechtsanpassungsgesetz

329

Seit Jahresbeginn gilt das Mietrechtsanpassungsgesetz. Es enthält Regelungen zum „Nachschärfen“ der (landesrechtlich aufzusetzenden) Mietpreisbremse, zur Modernisierungsmieterhöhung, zum „Herausmodernisieren“ und zum Schutz einer sozial motivierten gewerblichen Weitervermietung. Der Beitrag unternimmt eine erste Bewertung.

Daniel Brzoza

Die Grundsätze des (insolvenzrechtlich) unzulässigen Druckertrags

335

Seit der Änderung des § 14 I InsO im April 2017 zeigt sich in der insolvenzrechtlichen Praxis eine Verunsicherung der Gläubiger, wenn sie im Rahmen des Insolvenzeröffnungsverfahrens Zahlungen des Schuldners erhalten und daher das Verfahren beenden möchten. Der Beitrag gibt hierzu Verhaltenstipps.

Zur Rechtsprechung

Jochen Taupitz

Verbot der Eizellspende – „modern“ interpretiert?

337

(LG Augsburg, NJW 2019, 382 Ls. = BeckRS 2018, 35087)

Bericht

Theo Langheid / Christoph Müller-Frank

Rechtsprechungsübersicht zum Versicherungsvertragsrecht im zweiten Halbjahr 2018

341

Kanzlei & Mandat

Thomas Lapp

Informations- und Auskunftspflichten von Anwaltskanzleien

345

Buchbesprechungen

Güllemann: Internationales Vertragsrecht (Harm Peter Westermann)

348

NJW-aktuell

Editorial Elektronisches Postfach für alle T. Hermesmeier	3	Interview Angriffe auf die Justiz R. Poseck	12	Rubrikenmarkt	23
Agenda	6	Forum Über den Irrtum C. Nix	15	web.report	24
Meldungen/Kolumne	7	Aus der Anwaltschaft Rechtspolitische Dürreperiode S. Göcken	17	Stellenmarkt	25
Gesetzgebung	8	Ausbildung & Karriere Auf dem letzten Platz J. Jahn	19	Beck'sche Zeitschriften	34
Rechtsprechung in Kürze	8			Buchhinweise	36
Entscheidung der Woche	9			Veranstaltungshinweise	38
				Heftvorschau/Impressum	40

INHALT

Rechtsprechung

Europäische Gerichte		LG Frankfurt a.M. 06.09.18 – 2 – 24 S 340/17	
EuGH 24.10.18 – C-595/17		Erstattung von Anwaltskosten bei Flugverspätung	
Anwendbarkeit einer Gerichtsstandsklausel auf Klage wegen Wettbewerbsverstoß	349	(Anm. P. Degott)	376
EuGH 12.09.18 – C-304/17		Strafgerichte	
Örtliche Zuständigkeit für Anspruch gegen eine Bank wegen mangelhafter Prospektangaben (Ls.)	351	BGH 19.09.18 – 1 StR 194/18	
		Untreuenachteil bei Verstoß gegen Haushaltsrecht – Derivatgeschäfte (Anm. C. Brand)	378
Verfassungsgerichte		BGH 10.07.18 – 1 StR 605/16	
BVerfG 26.11.18 – 1 BvR 318/17 ua		Feststellung der Zahlungsunfähigkeit bei Bankrott (Ls.)	382
Aufwandspauschale bei der Prüfung von Krankenhausabrechnungen	351	LG Augsburg 13.12.18 – 16 Ns 202 Js 143.548/14	
BVerfG 19.11.18 – 1 BvR 239/18		Vorwurf missbräuchlicher Anwendung von Fortpflanzungstechniken (Ls.)	382
Unzulässiges Einreichen einer Verfassungsbeschwerde per De-Mail (Ls.)	355		
		Verwaltungsgerichte	
Zivilgerichte		BVerwG 11.09.18 – 4 B 34/18	
BGH 08.11.18 – III ZR 628/16		Verwirkung eines nachbarlichen Abwehrrechts	383
Verjährungsbeginn für Schadensersatzansprüche wegen Beitritts zu Fondsgesellschaft (Anm. D. Kräft)	356		
BGH 05.12.18 – IV ZR 81/18		Arbeitsgerichte	
Aufrechnung mit Prämienforderung einer privaten Krankenversicherung	359	BAG 19.09.18 – 5 AZR 439/17	
BGH 28.08.18 – VI ZR 518/16		Betriebliche Übung bei Entgelterhöhung – Vertrauensschutz	385
Keine Obergrenze für die Ersatzfähigkeit vermehrter Bedürfnisse Unfallgeschädigter (Anm. W. Filthaut)	362		
BGH 13.09.18 – IX ZR 190/17		Finanzgerichte	
Anspruch auf Duldung der Zwangsvollstreckung in ein Grundstück	365	BFH 20.09.18 – IV R 6/16	
BGH 17.05.18 – III ZR 195/17		Betrieb eines Blockheizkraftwerks durch Wohnungseigentümergeinschaft	387
Verfassungsmäßigkeit der Entgeltbindung von „verbundenen“ Privatkliniken	368		
BGH 25.10.18 – III ZB 71/18		Vorlagebeschluss	
Entschädigungsklage wegen Verfahrensdauer – Rechtsmittel nach Verfahrensaussetzung	376	OLG Hamm 17.10.18 – 10 UF 178/17	
		Verfassungsmäßigkeit der Regelung über die externe Teilung von Betriebsrenten? (Ls.)	392



Triebel/Vogenauer
Englisch als
Vertragssprache
2018, XVII, 216 Seiten,
Gebunden € 49,-
ISBN 978-3-406-64165-7
beck-shop.de/10686360

Englisch als globale Vertragssprache beherrschen.

Der neue Band behandelt die Schwierigkeiten der Abfassung von Verträgen in englischer Sprache und bietet Lösungen für die Gestaltung. Besonderer Wert wird auf das theoretische Verständnis und die Umsetzung in der Praxis gelegt. Ein **ausführlicher Teil mit Beispielen** sensibilisiert für die Fallstricke und hilft rechtlich richtig zu formulieren.

”

eine wichtige Erkenntnisquelle, ein wertvoller Ratgeber und ein nützliches Nachschlagewerk ...
RA Prof. Dr. Siegfried H. Elsing, LL. M. (Yale), in: AG 18/2018

Erhältlich im Buchhandel oder bei: beck-shop.de | Verlag C.H. BECK oHG · 80791 München
kundenservice@beck.de | Preise inkl. MwSt. | 168951



ZE D3-Z215 ^{WU} WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS



GESAMTE VERSICHERUNGS- WISSENSCHAFT

Verantwortlicher Schriftleiter (Editor):
J.-Matthias Graf v. d. Schulenburg

Schriftleitungsassistenz (Managing Editor):
Ute Lohse

Bereichsschriftleiter (Co-Editors):
Manfred Wandt
Angelika May
Stephan Becher
Heinz-Dietrich Steinmeyer

Beirat (Associate Editors):
Peter Albrecht
Christian Armbrüster
Meinrad Dreher
Randy E. Dumm
Louis Eeckhoudt
Christian Hipp
Norbert Klusen
Klaus D. Schmidt
Peter Zweifel

Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft

Band 107 · Heft 4 · Oktober 2018

EDITORIAL

Brief des Schriftleiters an die Leser

J.-M. Graf von der Schulenburg 329

ABHANDLUNG

Solvency II und die Suche nach den Zwecken des VAG. Eine Zweckbestimmung unter historischen und aktuellen Gesichtspunkten

L. Böffel 333

Why fintechs cooperate with banks—evidence from germany

M. Bömer · H. Maxin 359

Early warning indicator systems for real estate investments: Empirical evidence and some thoughts from the perspective of financial risk management

M. Rodriguez Gonzalez · T. Basse · F. Kunze · G. Vornholz 387

Herausforderungen und Implikationen für das Cyber-Risikomanagement sowie die Versicherung von Cyberrisiken – Eine empirische Analyse

D. Wrede · T. Freers · J.-M. Graf von der Schulenburg 405

BUCHBESPRECHUNG

Schütze, Rolf A. (Hrsg.): Institutionelle Schiedsgerichtsbarkeit

C. Armbrüster 435

SCHRIFTTUM

Neuerscheinungen versicherungswissenschaftlicher Bücher – Ausführliche Hinweise

A. Über · I. Lipp-Krebs 439

e.V.

el von

edien

WM**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN****Zeitschrift
für Wirtschafts-
und Bankrecht****WU**
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS**D3-Z 187**

2019, Juni 2019

73. Jahrgang

Seiten 137-188

Redaktion:Rechtsanwalt
Dr. Christopher Kienle,
Frankfurt a. M.Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Tobias Lettl,
PotsdamRechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.Arne Wittig,
Essen**Redaktionsbeirat:**Rechtsanwalt
Thorsten Höche,
BerlinRechtsanwältin
Dr. Anna Heidelberg,
Frankfurt a. M.Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus J. Hopt,
HamburgRichter am BGH
Dr. Hans-Ulrich Joeres,
KarlsruheRichterin am BGH
Ilse Lohmann,
KarlsruheProf. Dr. Peter O. Mülbert,
Mainz**AUS DEM INHALT:**

Seite 137

Prof. Dr. Ingo Drescher, Vorsitzender Richter am
Bundesgerichtshof, Karlsruhe
Aktuelle Rechtsprechung des II. Zivilsenats des BGH zum
Kapitalmarktrecht

Seite 145

Rechtsanwälte Dr. Steffen Furché und Torsten Götz, Dresden
Bankseitige Kündigung von länger angelegten Sparverträgen
– am Beispiel des Prämiensparen flexibel –

Seite 156

EuGH, 4.10.2018 – Rs. C-571/16
Zur Auslegung von Art. 1 Nr. 3 und Art. 10 Abs. 1 der Richt-
linie 94/19/EG über Einlagensicherungssysteme sowie Art. 4
Abs. 3 EUV, insbesondere zum Begriff „nichtverfügbare
Einlage“ und zur Haftung eines Mitgliedstaates für Schäden,
die dem Einzelnen durch Verstöße gegen das Unionsrecht
entstanden sind

Seite 166

LG Stuttgart, 13.7.2018 – 22 O 348/16
Zur Frage der Berechtigung, vom Gericht genannte
Urkunden und Augenscheinsobjekte nach § 384 ZPO zu
verweigern (Dieselskandal)

Seite 180

BGH, 15.11.2018 – IX ZR 39/18
Zur Gleichstellung mit einem Gesellschafterdarlehen, wenn
ein an der darlehensnehmenden Gesellschaft lediglich
mittelbar beteiligter Gesellschafter an der darlehens-
gewährenden Gesellschaft maßgeblich beteiligt ist

Seite 182

BGH, 21.11.2018 – XII ZR 78/17
Option zur Verlängerung eines Mietvertrags während
bestehender Zwangsverwaltung des vermieteten Grund-
stücks gegenüber dem Zwangsverwalter auszuübenWERTPAPIER-
MITTEILUNGEN
TEIL IV



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Prof. Dr. Ingo Drescher, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe Aktuelle Rechtsprechung des II. Zivilsenats des BGH zum Kapitalmarktrecht	137
Rechtsanwälte Dr. Steffen Furche und Torsten Götz, Dresden Bankseitige Kündigung von länger angelegten Sparverträgen – am Beispiel des Prämiensparen flexibel –	145

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

EuGH	4.10.2018	Rs. C-571/16	Zur Auslegung von Art. 1 Nr. 3 und Art. 10 Abs. 1 der Richtlinie 94/19/EG über Einlagensicherungssysteme (in ihrer aktuellen Fassung) sowie Art. 4 Abs. 3 EUV, insbesondere zum Begriff „nichtverfügbare Einlage“ und zur Haftung eines Mitgliedstaates (hier: Bulgarien) für Schäden, die dem Einzelnen durch Verstöße gegen das Unionsrecht entstanden sind	156
LG Stuttgart	13.7.2018	22 O 348/16	Zur Frage der Berechtigung, vom Gericht genannte Urkunden und Augenscheinsobjekte nach § 384 ZPO zu verweigern (Dieselskandal)	166
VG Frankfurt a. M.	28.9.2018	7 L 3307/18.F	Zulässigkeit des Verbots der Zusammenarbeit von Onlineportal für Versicherungen mit Versicherungsunternehmen, insbesondere Zulässigkeit des Provisionsabgabeverbots für Online-Vergleichsportal für Versicherungen	176

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof	15.11.2018	IX ZR 39/18	Zur Gleichstellung mit einem Gesellschafterdarlehen, wenn ein an der darlehensnehmenden Gesellschaft lediglich mittelbar beteiligter Gesellschafter an der darlehensgewährenden Gesellschaft maßgeblich beteiligt ist	180
Bundesgerichtshof	21.11.2018	XII ZR 78/17	Option zur Verlängerung eines Mietvertrags während bestehender Zwangsverwaltung des vermieteten Grundstücks gegenüber dem Zwangsverwalter auszuüben; Ausübung einer Verlängerungsoption nicht schriftformbedürftig im Sinne des § 550 Satz 1 BGB	182

Sonstiges

Bundesgerichtshof	23.7.2018	NotZ(Brfg) 1/18	Zur persönlichen und fachlichen Eignung eines Bewerbers für die Bestellung zum Notar	184
-------------------	-----------	-----------------	--	-----



www.wm-seminare.de/PEVC

Private Equity & Venture Capital Summit 2019

27./28. März 2019 Le Méridien, München Informationen: Tel. +49 69 2732 567

WM Seminare



Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.
 Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.
 Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.
 Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)
Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelberg, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz
Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Axel Harms, Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
 Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Back@wmrecht.com; Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de
 Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85
 Druck: mt druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.
 Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 95,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,27) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.
 Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.
 Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
 Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.
 ©2019 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971
Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.
Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

Zeitschrift für

VERBRAUCHER- RECHT

D3-Z2P5

Chefredakteurin Petra Leupold
Redaktion Wilma Dehn, Alexander Klauser,
 Paul Oberhammer, Alexander Schopper

Jänner 2019

01

1 – 40

Beiträge

AGB-Recht und Verbandsprozesse: Judikatur-Überblick 2017/18 (Teil I)

Stefan Langer ↻ 4

Datenschutz neu: Individuelle und kollektive Rechtsdurchsetzung

Susanne Augenhofer ↻ 8

Dieselfahrverbote Stefan Storr ↻ 14

Die Zulässigkeit der Sammelklage österreichischer Prägung
am Beispiel der Verfahren VKI gegen VW

Alexander Klauser und Katharina Huber ↻ 19

Rechtsprechung

Onlinedating: Wertersatz bei Rücktritt ↻ 25

Währung bei Flugpreisangaben ↻ 30

Auskunftspflicht nach § 3 VersVG ↻ 32

Schneeballsystem: Rückabwicklung ↻ 33

Pro & Contra

DSGVO: Freiwilligkeit der Einwilligung bei Cookies?

Lukas Feiler und Thomas Rainer Schmitt/
Markus Kastelitz und Christof Tschohl ↻ 38

→ Editorial	1
Verbraucherrecht sine ira et studio <i>Von Paul Oberhammer</i>	
VbR-Aktuell	3
Beiträge	
→ AGB-Recht und Verbandsprozesse: Judikatur-Überblick 2017/18 (Teil I)	4
<i>Von Stefan Langer</i>	
→ Datenschutz neu: Individuelle und kollektive Rechtsdurchsetzung	8
<i>Von Susanne Augenhofer</i>	
→ Dieselfahrverbote	14
Europarechtliche Verpflichtungen, rechtsvergleichende Überlegungen und die Rechtslage in Österreich <i>Von Stefan Storr</i>	
→ Die Zulässigkeit der Sammelklage österreichischer Prägung am Beispiel der Verfahren VKI gegen VW	19
<i>Von Alexander Klauser und Katharina Huber</i>	
Rechtsprechung	
→ Allgemeines Verbraucherrecht	24
→ Bankrecht	27
→ Kapitalmarktrecht	28
→ Insolvenzrecht	29
→ Reiserecht	30
→ Versicherungsrecht	31
→ Wettbewerbsrecht	33
→ Wohnrecht	36
→ Zivilverfahrensrecht	37
Pro & Contra	
→ Die entkoppelte Einwilligungserklärung	38
DSGVO: Freiwilligkeit der Einwilligung bei Cookies? <i>Von Lukas Feiler und Thomas Rainer Schmitt</i>	
→ Die „derStandard.at“-E der Datenschutzbehörde kritisch betrachtet	39
DSGVO: Freiwilligkeit der Einwilligung bei Cookies? <i>Von Markus Kastelitz und Christof Tschohl</i>	
Standards	
→ Für Sie gelesen	40
→ Impressum	1
Beilage	
→ Jahresregister 2017–2018	

Mohr Siebeck
72010 Tübingen
Postfach 2040
ISSN 0022-6882

Redaktion:
72074 Tübingen
Wilhelmstraße 18
jz@mohrsiebeck.com

Telefon
(07071) 923-52
Telefax
(07071) 923-67
www.juristenzeitung.de

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z134



Juristen Zeitung

3

74. Jahrgang
1. Februar 2019
Seiten 105–160

Aus dem Inhalt:

Jörg Philipp Terhechte

Elemente und Wandlungen der Mitgliedschafts-
verfassung der EU – Beitritt, flexible Integration,
Austritt, Ausschluss

Herbert Roth

Zur Überwindung gesetzgeberischer Modell-
vorstellungen im zivilprozessualen Berufungsrecht
durch das bessere Argument der höchstrichterlichen
Rechtsprechung

Dorothee Einsele

Inhaberaktien vs. Namensaktien: Publizität und
Legitimation der Aktionäre

Björn Schiffbauer

Über Freiheit und Verbote von Vereinigungen

EuGH mit Anmerkung von

Peter Mankowski

Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen
– kartellrechtliche Schadensersatzklage

BGH mit Anmerkung von

Milan Kuhli

Unterstützung einer terroristischen Vereinigung
gemäß § 129a Abs. 5 StGB



Herausgeber

Professor Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg
Professor Dr. Matthias Jestaedt, Freiburg i.Br.
Professor Dr. Herbert Roth, Regensburg
Professor Dr. Astrid Stadler, Konstanz

Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster (bis 2000)
Professor Dr. Christian Starck, Göttingen (bis 2006)
Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürner, Freiburg i.Br. (bis 2012)

Redaktion

Martin Idler, Tübingen

Mohr Siebeck



Inhalt

Aufsätze

Professor Dr. **Jörg Philipp Terhechte**
Elemente und Wandlungen der Mitgliedschafts-
verfassung der EU – Beitritt, flexible Integration,
Austritt, Ausschluss **105**

Professor Dr. **Herbert Roth**
Zur Überwindung gesetzgeberischer Modellvorstellungen
im zivilprozessualen Berufungsrecht durch das bessere
Argument der höchstrichterlichen Rechtsprechung **115**

Professorin Dr. **Dorothee Einsele**
Inhaberaktien vs. Namensaktien: Publizität und
Legitimation der Aktionäre **121**

Besprechungsaufsatz

Dr. **Björn Schiffbauer**
Über Freiheit und Verbote von Vereinigungen **130**

Umschau

Glückwunsch
Karsten Schmidt zum achtzigsten Geburtstag
Professor Dr. **Tim Florstedt** **136**

Literatur

Martin Stierle: Das nicht-praktizierte Patent
Professor Dr. **Thomas Jaeger** **137**

Entscheidungen

EuGH, 24. 10. 2018 – C-595/17 Apple Sales International,
Apple Inc., Apple retail France EURL. ./ MJA
als Liquidator von eBizcuss.com
mit Anmerkung von

Professor Dr. **Peter Mankowski**
Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen
– kartellrechtliche Schadensersatzklage **139**

BVerfG, 13. 7. 2018 – 1 BvR 1474/12, 670/13, 57/14
Voraussetzungen von Vereinigungsverboten
gem. Art. 9 Abs. 2 GG **144**

BGH, 19. 4. 2018 – 3 StR 286/17
mit Anmerkung von
Professor Dr. Dr. **Milan Kuhli**
Unterstützung einer terroristischen Vereinigung
gemäß § 129a Abs. 5 StGB **155**

JZ Information

Aktuelles aus der Rechtsprechung/Aus dem Inhalt
der nächsten Hefte **59***
Gesetzgebung **60***
Entscheidungen in Leitsätzen **63***
Neuerscheinungen **73***
Zeitschriftenübersicht **85***
Sammelwerke **89***
Impressum **91***

In Kooperation mit:
 bitkom e.V.
 BvD e.V.
 davit im DAV
 eco e.V.
 VAUNET

WU
 UNIVERSITÄT
 WIRTSCHAFTS
 UNIVERSITÄT
 WIEN VIENNA
 UNIVERSITY OF
 ECONOMICS
 AND BUSINESS

D3-Z303

ZEITSCHRIFT FÜR
DATENSCHUTZ

Herausgeber: RA Prof. Dr. Jochen Schneider · Prof. Dr. Thomas Hoeren · Prof. Dr. Martin Selmayr · RA Dr. Axel Spies · RA Tim Wybitul

AUS DEM INHALT

- | | | |
|-------------------------------|----|--|
| Hackerangriff | 49 | AXEL SPIES
Diebstahl von Politikerdaten: Vertrauen zerstört – was nun? |
| Datenschutz-Folgenabschätzung | 51 | PAUL GÜRTLER
Praxisfragen der Auftragsverarbeitung |
| Joint Controllership | 55 | KRISTINA SCHREIBER
Gemeinsame Verantwortlichkeit gegenüber Betroffenen und Aufsichtsbehörden |
| Einwilligung | 61 | BEHRANG RAJI
Auswirkungen der DS-GVO auf nationales Fotorecht |
| Marktortprinzip | 67 | PHILIP UECKER
Extraterritorialer Anwendungsbereich der DS-GVO |
| Datenübermittlung | 72 | ÖOGH: Koppelung der Einwilligung in die Datenverarbeitung mit Vertragsschluss nach der DS-GVO |
| Meldedaten | 73 | BGH: Keine Befugnis des Gerichtsvollziehers zur Weitergabe einer gesperrten Meldeanschrift |
| Bildnisschutz | 74 | BGH: Rechtsschutzbedürfnis für gesonderte Unterlassungsklage gegen Vorlage von Fotos in einem Gerichtsverfahren |
| Personenbezogene Daten | 77 | OLG Dresden: Widerruf einer an die Schufa erfolgten Meldung |
| Löschungsanspruch | 92 | VGH Kassel: Behördeninterne Datenbank |

www.zd-beck.de

Seiten 49–96
 9. Jahrgang 1. Februar 2019
 Verlag C.H.BECK München

2/2019



0850201902

In Kooperation mit:

bitkom - Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.

BvD - Berufsverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands e.V.

davit im DAV - Arbeitsgemeinschaft IT-Recht im Deutschen Anwaltverein

eco - Verband der Internetwirtschaft e.V.

VAUNET - Verband Privater Medien



ZEITSCHRIFT FÜR DATENSCHUTZ

INHALT

2/2019 Seiten 49–96

Hackerangriff	Editorial
	49 AXEL SPIES Diebstahl von Politikerdaten: Vertrauen zerstört – was nun?
Datenschutz-Folgenabschätzung	Beiträge
	51 PAUL GÜRTLER Praxisfragen der Auftragsverarbeitung. Handlungsempfehlungen zur Verwendung von Altverträgen
Joint Controllership	55 KRISTINA SCHREIBER Gemeinsame Verantwortlichkeit gegenüber Betroffenen und Aufsichtsbehörden. Anwendungsbereiche, Vertragsgestaltung und Folgen nicht gleichwertiger Verantwortung
Einwilligung	61 BEHRANG RAJI Auswirkungen der DS-GVO auf nationales Fotorecht. Das KUG im Zahnradmodell der DS-GVO
Marktortprinzip	67 PHILIP UECKER Extraterritorialer Anwendungsbereich der DS-GVO. Erläuterungen zu den neuen Regelungen und Ausblick auf internationale Entwicklungen
Datenübermittlung	Rechtsprechung
	72 ÖOGH: Koppelung der Einwilligung in die Datenverarbeitung mit Vertragsschluss nach der DS-GVO Urteil vom 31.8.2018 – 6 Ob 140/18h
Melddaten	73 BGH: Keine Befugnis des Gerichtsvollziehers zur Weitergabe einer gesperrten Meldeanschrift des Schuldners Beschluss vom 10.10.2018 – VII ZB 12/15
Bildnisschutz	74 BGH: Rechtsschutzbedürfnis für gesonderte Unterlassungsklage gegen Vorlage von Fotos in einem Gerichtsverfahren Urteil vom 27.2.2018 – VI ZR 86/16
Versicherungsverhältnis	77 KG: Anspruch gegen die Berufsunfähigkeitsversicherung auf Übermittlung eines medizinischen Gutachtens Beschluss vom 23.10.2018 – 6 U 45/18
Personenbezogene Daten	77 OLG Dresden: Widerruf einer an die Schufa erfolgten Meldung Hinweisbeschluss vom 17.9.2018 – 4 U 713/18
Verlinkung	78 OLG Frankfurt/M.: Unterlassungs- und Löschanträge gegen Suchmaschinenbetreiber Urteil vom 6.9.2018 – 16 U 193/17
Elektronischer Schlüssel	80 OLG Hamm: Verantwortlichkeit für Datenerhebung durch elektronische Schließanlage einer Schule Urteil vom 9.3.2018 – 11 U 25/17

Datenaufbereitung	82 OLG Saarbrücken: Beweisverwertungsverbot bei Auswertung von Messdaten durch Private Beschluss vom 18.5.2017 – Ss Bs 8/2017 (8/17 OWi)
Datenschutzbestimmung	84 LG Nürnberg-Fürth: Voreinstellung des Nutzerprofils auf StayFriends Urteil vom 17.4.2018 – 7 O 6829/17
Bagatelverstoß	85 AG Diez: Anforderungen an Schmerzensgeldanspruch auf Grund Verstoßes gegen die DS-GVO Urteil vom 7.11.2018 – 8 C 130/18
Basisdaten	86 AG Köln: Umfang des Auskunftsanspruchs nach § 34 BDSG bei Versicherungsvertrag Urteil vom 15.11.2017 – 113 C 202/17
Auskunftserteilung	87 BayVGH: Datenerhebung zur Überwachung der Einhaltung von Sozialvorschriften Urteil vom 25.10.2018 – 22 B 17.1382
Verwertungsverbot	89 OVG NRW: Auskunftsanspruch der Presse zu Disziplinarverfahren gegen Beamten des BfV Urteil vom 20.9.2018 – 15 A 3070/15
Löschungsanspruch	92 VGH Kassel: Behördeninterne Datenbank Urteil vom 25.7.2018 – 6 A 673/15
Einwilligung	94 VG Saarlouis: Datenerhebung in Zahnarztpraxen durch telefonische Ansprache Urteil vom 9.3.2018 – 1 K 257/17

III-IV Inhalt

V-XIV ZD-Fokus

XIV Impressum

Beilagenhinweis

Mit dieser Ausgabe verbreiten wir Beilagen von:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden

TÜV NORD Akademie GmbH & Co. KG, Hannover

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin

WEKA MEDIA GmbH & Co. KG, Kissing

Verlag C.H.BECK oHG, München

Wir bitten unsere Leser um Beachtung!



IT-Recht Berater

D3-Z329



Informationsdienst für IT-Recht und Datenschutz

Jeder Blick lohnt sich!

Otto Schmidt online

Jetzt NEU!

Beratermodul
itrb

In Kooperation mit:



DAV IT-RECHT

Arbeitsgemeinschaft
IT-Recht

Rechtsprechung

- › BGH: Umregistrierung des Pfändungsgläubigers als Domaininhaber 31
- › OLG Nürnberg: Dringlichkeit bei Vorgehen gegen Onlinebewertungen im Eilrechtsschutz 32
- › OLG Frankfurt: Internationale Zuständigkeit bei Markenverletzung in Eilverfahren 33
- › OLG Köln: Haftung des Domain-Registrars 35
- › OLG Hamburg: Keine Nachforschungspflicht des Suchmaschinenbetreibers 36
- › LG München I: Transparenzverstöße in AGB einer Datingplattform 37
- › LG Frankenthal: Unzulässige negative Bewertung ohne belastbaren Tatsachekern 38
- › LG Frankfurt/M.: Unzulässiger Versand einer Werbe-E-Mail mit Gutschein 39

Beiträge für die Beratungspraxis

IT-Rechtsfragen aus der Praxis

- Gössling/Nagel*
- › Vorschlag für eine E-Evidence-Verordnung 41
- Schippel*
- › Online Fantasy Sport Games 45

Hinweise zur Vertragsgestaltung

- Söbbing*
- › Neue Methoden der Softwareentwicklung: DevOps 48



Inhaltsverzeichnis



Aktuelle Kurzinformationen

- › BVerfG: Keine prozessuale Schriftform durch De-Mail 29
- › BGH: Urheberrechtsschutz für Fotos gemeinfreier Kunstwerke 29
- › LG Frankfurt/M: Belehrungspflicht des Anschlussinhabers 29
- › LG München I: Keine zusätzlichen Zahlungsentgelte für gängige Zahlungsmethoden 30
- › Generalanwalt zum deutschen Leistungsschutzrecht 30
- › Sektoruntersuchung des BKartA zu Vergleichsportalen 30

Rechtsprechung

- › Umregistrierung des Pfändungsgläubigers als Domaininhaber
BGH, UrT. v. 11.10.2018 – VII ZR 288/17 31
- › Dringlichkeit bei Vorgehen gegen Onlinebewertung im Eilrechtsschutz
OLG Nürnberg, Beschl. v. 13.11.2018 – 3 W 2064/18 32
- › Internationale Zuständigkeit bei Markenverletzung in Eilverfahren
OLG Frankfurt, Beschl. v. 12.9.2018 – 6 W 81/18 33
- › Haftung des Domain-Registrars
OLG Köln, UrT. v. 31.8.2018 – 6 U 4/18 35
- › Keine Nachforschungspflicht des Suchmaschinenbetreibers
OLG Hamburg, UrT. v. 10.7.2018 – 7 U 125/14 36
- › Transparenzverstöße in AGB einer Datingplattform
LG München I, UrT. v. 11.10.2018 – 12 O 19288/17 37
- › Unzulässige negative Bewertung ohne belastbaren Tatsachenkern
LG Frankenthal, UrT. v. 18.9.2018 – 6 O 39/18 38
- › Unzulässiger Versand einer Werbe-E-Mail mit Gutscheinein
LG Frankfurt/M., UrT. v. 22.3.2018 – 2-03 O 372/17 39

Beiträge für die Beratungspraxis

IT-Rechtsfragen aus der Praxis

- Patrick Gössling und Jan-Philipp Nagel*
- › **Vorschlag für eine E-Evidence-Verordnung** – Zur EU-Verordnung für den grenzüberschreitenden Zugriff auf elektronische Beweismittel
Am 17.4.2018 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zum grenzüber-

schreitenden Zugriff auf elektronische Beweismittel in Strafsachen veröffentlicht. Der Beitrag gibt einen Überblick über die aktuelle Rechtslage sowie die bisherige tatsächliche Praxis beim grenzüberschreitenden Zugriff auf elektronische Beweismittel in Strafsachen und stellt den Verordnungsvorschlag der Kommission dar.

Robert Schippel, LL.M., München

- › **Online Fantasy Sport Games** – Rechtliche Einordnung und Konsequenzen
Fantasy Sport Games sind Sportmanagersimulationen, bei denen die Teilnehmer aus aktiven Kadern realer Mannschaften fiktive Mannschaften (sog. Line-ups) zusammenstellen. Diese fiktiven Mannschaften treten dann gegeneinander an, wobei die Teilnehmer auch um Geld spielen. Im Nachgang zu Backu (Backu, ITRB 2018, 230) soll die rechtliche Problematik hinsichtlich der Einordnung von Fantasy Sport Games hier vertieft werden. 45

Hinweise zur Vertragsgestaltung

- Dr. Thomas Söbbing*
- › **Neue Methoden der Softwareentwicklung: DevOps**
Hintergründe, rechtlicher Rahmen, Vertragsmodelle
Ist es bei der Wasserfallmethode noch relativ einfach, bestimmte Phasen bspw. unter das Dienst- oder Werkvertragsrecht zu subsumieren, gestaltet es sich für die Gerichte oft nicht leicht, die Betriebsphase einem einheitlichen, im BGB normierten Vertragstyp zuzuweisen. Bei neuen Methoden der Softwareentwicklung wie DevOps fällt das noch schwerer, daher sind hier individuelle Vertragsmodelle gefragt. 48

Literaturempfehlungen

- › Datenschutz-Usability 51

Vorschau auf die nächste Ausgabe

Beiträge zu folgenden Themen sind geplant:

- › Biometrische Anwendungen im Finanzsektor, *Kartheuser/Kohpeiß*
- › KI: Automatisiertes Fahren, *Bischof/Intveen*

Neues unter www.cr-online.de

Marosi, Die Schlussanträge in Fashion ID (EuGH C-40/17): Doppelt hält besser

Betriebs Berater

D3-Z 11

6 | 2019

Recht ... Wirtschaft ... Steuern ... „JStG 2018“ ... Betriebsänderung ... Recht ... Wirtschaft ... Steuern ...

4.2.2019 | 74. Jg.
Seiten 257–320

DIE ERSTE SEITE

Prof. Dr. Axel Pestke, RA/FAStR

EU-Dienstleistungspaket – Verbesserungen nun auch beim Notifizierungsverfahren möglich

WIRTSCHAFTSRECHT

Dr. York Schnorbus, RA, und **Dr. Felix Ganzer**, RA

Aufwendungsersatzansprüche der Aufsichtsratsmitglieder und Möglichkeit der Schaffung eines Aufsichtsratsbudgets | 258

STEUERRECHT

Gabriele Toepffer, StBin

Steuervorteile für Elektro-Dienstwagen ab 2019 | 279

Dipl.-Finw. **Harald Bott**, MR

BB-Rechtsprechungsreport Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht 2018 (Teil II) | 281

Frank M. Peter, RA/FAStrafR

Das Kompensationsverbot im Wandel der Zeit | 288

BILANZRECHT UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Prof. Dr. Guido Förster, StB, und **Felix Werthebach**, M.Sc.

Immer noch offene Fragen bei Verpflichtungsübernahmen, Schuldbeitritten und Erfüllungsübernahmen | 299

ARBEITSRECHT

Dr. Daniel Ludwig, RA/FAArbR, und **Julian Glau**

Betriebsänderung und gewillkürte Betriebsstruktur –
Worauf es in der Praxis ankommt! | 309

BB-Rechtsprechungsreport
Gemeinnützigkeits- und
Spendenrecht 2018 (Teil II)

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BVerfG: E-Mail-Diensteanbieter zur Übermittlung von IP-Adressen an Ermittlungsbehörden verpflichtet (20.12.2018 – 2 BvR 2377/16)

BGH: Vermittlung dynamischer Lebensversicherungen – Erhöhung der Versicherungssumme ist provisionspflichtig (20.12.2018 – VII ZR 69/18)

BGH: Zur Gleichstellung der Darlehensforderung eines Unternehmens mit einem Gesellschafterdarlehen (15.11.2018 – IX ZR 39/18)

LG München I: Fusion von Linde und Praxair – Mitwirkung der Hauptversammlung war nicht erforderlich (20.12.2018 – 5 HK O 15236/17)

LG München I: Zum Stimmrechtsverbot bei der Beschlussfassung im Aufsichtsrat über die Einforderung von Informationen beim Vorstand (31.7.2018 – 5 HK O 7878/18)

Verwaltung

EU-Kommission: Neue Datenschutzregeln – mehr als 95.000 Beschwerden wegen Verstößen gegen Datenschutz

Aufsatz

Dr. York Schnorbus, RA, und Dr. Felix Ganzer, RA

Aufwendungsersatzansprüche der Aufsichtsratsmitglieder und Möglichkeit der Schaffung eines Aufsichtsratsbudgets

Der Beitrag erörtert die Grundlagen und den Umfang von Aufwendungsersatzansprüchen, die sich aus der Arbeit des Aufsichtsrats als Organ sowie der Tätigkeit der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder ergeben. Als wesentlicher Punkt wird dabei auch analysiert, wer für die Entscheidung über den Aufwendungsersatz zuständig ist. Sodann geht der Beitrag auf die Möglichkeit der Schaffung eines Aufsichtsratsbudgets ein, das dem Aufsichtsrat einen direkteren Zugriff auf die für seine Arbeit erforderlichen Mittel ermöglicht und somit die Effektivität der Überwachung verbessert.

Entscheidungen

EuGH: Fernabsatzvertrag – Darstellung von Informationen bei nur begrenztem Raum auf dem Kommunikationsmittel (hier: Widerrufsrecht) (23.1.2019 – C-430/17)

OLG Hamm: Versicherung des GmbH-Geschäftsführers über Auschlussgründe – keine dynamische Verweisung auf Neuregelungen im StGB (hier: Sportwettbetrug) (27.9.2018 – 27 W 93/18 – dazu BB-Kommentar von

Karsten Haase, RA/FAArbR)

Steuerrecht

257 **Die Woche im Blick**

Entscheidungen

EuGH: Vorsteuerabzug bei Kreditinstituten mit Zweigniederlassungen in anderen Mitgliedstaaten (24.1.2019 – C-165/17)

BFH: Anwendbarkeit der Kapitalverkehrsfreiheit bei gesetzlicher Mindestbeteiligungsquote von 10 v. H. (24.7.2018 – I R 75/16)

BFH: Verwaltung von Fonds im Drittlandsgebiet (22.11.2018 – V R 21/17)

BFH: Erbauseinandersetzung bei zivilrechtlicher Nachlassspaltung – Realteilung – Anschaffungskosten (10.10.2018 – IX R 1/17)

Verwaltung

BMF: Haftung für Umsatzsteuer beim Handel mit Waren im Internet (§§ 22f, 25e und 27 Abs. 25 UStG) (28.1.2019 – III C 5 – S 7420/19/10002 :002)

BMF: Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei Bauleistungen nach § 13b Abs. 5 S. 2 i.V.m. Abs. 2 Nr. 4 UStG; Anwendung des § 27 Abs. 19 UStG; Auswirkungen des BFH-Urteils vom 27.9.2018 – V R 49/17 (24.1.2019 – III C 3 – S 7279/19/10001 :001/IV A 3 – S 0354/14/10001 :019)

Gesetzgebung

BReg: ErbSt-Vergünstigungen

258

Aufsätze

Gabriele Toepffer, StBin

„JStG 2018“

Steuervorteile für Elektro-Dienstwagen ab 2019

Loht sich überhaupt der Kauf oder das Leasen von Elektrofahrzeugen? Tatsache ist, dass die Anschaffungskosten für Elektro- und Hybridelektrofahrzeuge deutlich höher sind als für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Nichtsdestotrotz soll dank mehrerer Förderprogramme des Fiskus das Ziel erreicht werden, den Anteil an Elektrofahrzeugen auf mindestens 20% des Bestands zu erhöhen und dadurch den CO₂-Ausstoß zu senken. Dargestellt werden einzelne Maßnahmen mit ihren praktischen Auswirkungen, wie sie sich aus der Neuregelung im Rahmen des „JStG 2018“ ergeben.

Dipl.-Finw. Harald Bott, MR

BB-Rechtsprechungsreport Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht 2018 (Teil II)

Im Teil II werden Entscheidungen zu Zweckbetrieben (Krankenhaus: Abgabe von Faktorpräparaten zur Heimselbstbehandlung, Altbeihilfe; Auftragsforschung von staatlichen Hochschulen) und zur partiellen Steuerpflicht (Ausstellungsflächen, Gewinnpauschalierung nach § 64 Abs. 6 AO) zur Kenntnis gebracht. Der Beitrag endet mit einer Übersicht zu einschlägigen anhängigen Verfahren.

Frank M. Peter, RA/FAStR

Das Kompensationsverbot im Wandel der Zeit

Zugleich Anmerkung zu BGH, Urteil vom 13.9.2018 – 1 StR 642/17

Nach einem kurzen Überblick über die Thematik und Entwicklung des Kompensationsverbotes wird detailliert auf den Paradigmenwechsel durch das Urteil des BGH vom 13.9.2018 – 1 StR 642/17 eingegangen.

Entscheidungen

BFH: Duldungsbescheid wegen auf Vorauszahlungsbescheid beruhender Steuerforderung (23.10.2018 – VII R 44/17)

EuGH: Voraussetzungen für die Verzinsung zu erstattender Einfuhrabgaben ab deren Entrichtung (18.1.2017 – C-365/15 – dazu BB-Kommentar von

Dipl.-Finw. Georg Eder, RA)

273

276

27

281

288

Gesundheitsschutz

Band 2 des Praktikerhandbuchs



Lukas/Dahl

Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten

Band 2 - Gesundheitsschutz

2018, Handbuch, Recht Wirtschaft Steuern, 312 S., Geb., ISBN 978-3-8005-3291-9, € 149,-

www.shop.ruw.de

info@suedost-service.de

dfv Mediengruppe

RW
Praktiker Recht und Wirtschaft

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

297

Rechnungslegung

EFRAG: Entwurf einer Stellungnahme zu vorgeschlagenen Änderungen an IAS 37

DPR: Tätigkeitsbericht 2018

Mercer: Rechnungszins sorgt für Entlastung bei den Pensionsverpflichtungen

Wirtschaftsprüfung

IDW: Fragen zu den Änderungen des EEG 2017 an BMWi und BAFA

IDW: Forcierung einer raschen Umsetzung der Modularisierung des WP-Examens

IDW: Podcast zum Prüfungsauftrag nach Insolvenzeröffnung

IDW: Stellungnahme zum Entwurf der Erbschaftsteuerrichtlinien 2019

Zentrale Stelle Verpackungsregister: Prüfleitlinien Vollständigkeitserklärungen

WPK: Mitgliederstatistik Januar 2019

WPK: Ihre WPK für unterwegs

WPK: Neue Imagebroschüre

Aufsatz

Prof. Dr. Guido Förster, StB, und Felix Werthebach, M.Sc.

299

Immer noch offene Fragen bei Verpflichtungsübernahmen, Schuldbeitritten und Erfüllungsübernahmen

Bei der Übertragung passivierungsbeschränkter Verpflichtungen bestehen ungeachtet des BMF-Schreibens vom 30.11.2017 immer noch offene Fragen. Hierzu gehören die tatbestandliche Verknüpfung der §§ 4f, 5 Abs. 7 EStG, die Abgrenzung des verteilungspflichtigen Aufwands, Umwandlungen und Einbringungen, der Umgang mit Restverteilungen, die Fortentwicklung von Erwerbsgewinnrücklagen sowie die bilanzielle Abbildung von Schuldbeitritten und Erfüllungsübernahmen. Der Beitrag nimmt hierzu Stellung.

Entscheidung

BFH: Abwärtsverschmelzung mit ausländischer Anteilseignerin

304

(30.5.2018 – I R 31/16 – dazu BB-Kommentar von

Jens Thomas Otto, StB)

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

308

Entscheidungen

BAG: Unwirksamkeit einer arbeitgeberseitigen Kündigung wegen ungleicher Frist (18.10.2018 – 2 AZR 374/18)

BAG: Anspruch auf Urlaubsentgelt während eines „Sabbatjahres“ (18.9.2018 – 9 AZR 159/18)

BAG: Vorbeschäftigungsverbot bei sachgrundloser Befristung (23.1.2019 – 7 AZR 733/16)

Aufsatz

Betriebsänderung

Dr. Daniel Ludwig, RA/FAArbR, und Julian Glau

309

Betriebsänderung und gewillkürte Betriebsstruktur – Worauf es in der Praxis ankommt!

Haben die Tarif- bzw. Betriebsparteien von ihrem Recht aus § 3 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG Gebrauch gemacht, in einem Unternehmen mit mehreren Betrieben entweder einen unternehmenseinheitlichen Betrieb zu bilden oder mehrere Betriebe zusammenzufassen, so gelten diese gewillkürten Betriebe qua gesetzlicher Fiktion gemäß § 3 Abs. 5 S. 1 BetrVG als Betriebe im Sinne des BetrVG. Diese Rechtsfolge wirft in der betrieblichen Praxis eine Reihe von Fragen auf, die bisweilen auch von der Rechtsprechung noch nicht abschließend geklärt worden sind. In der Literatur wird überwiegend der Frage nach dem Schicksal von Betriebsvereinbarungen und Betriebsräten im Zusammenhang mit der Schaffung gewillkürter Strukturen nachgegangen. Kaum beleuchtet wird hingegen die Frage, wann eine Betriebsänderung im Sinne von § 111 BetrVG im Zusammenhang mit gewillkürten Betriebsstrukturen in Rede steht. Dies gilt insbesondere für die Schaffung bzw. die Beendigung von Strukturen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG und die Frage, welche Maßnahmen bei bestehenden Strukturen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG den Tatbestand der Betriebsänderung nach § 111 BetrVG erfüllen können und Beteiligungsrechte des Betriebsrats auslösen.

Entscheidung

EuGH: Verpflichtung des Arbeitgebers auf Hinweis auf die Stellung von Urlaubsanträgen

313

(6.11.2018 – C-684/16 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Martin Lüderitz, FAArbR)

Neuerscheinung Buch

Löwisch/Schlünder/Spinner/Wertheimer, KSchG Kündigungsschutzgesetz

11. Auflage 2018, 730 Seiten, Geb., € 149,-

ISBN: 978-3-8005-3290-2 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Neuerscheinung Buch

Rammert/Hommel/Wüstemann, Konzernbilanzierung case by case Lösungen nach HGB und IFRS

6. Auflage 2018, 386 Seiten, Kt., € 38,90

ISBN: 978-3-8005-0018-5 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Die Erste Seite

Prof. Dr. Axel Pestke

EU-Dienstleistungspaket – Verbesserungen nun auch beim Notifizierungsverfahren möglich

Impressum/Vorschau

VIII

Save the date

RdF-Workshop zum Frankfurter Kommentar:

Aktuelle Fragen des Kapitalanlagerechts

am 9. April 2019
in Frankfurt am Main

Recht der
Finanzinstrumente

Betriebs-Berater Kapitalmarkt

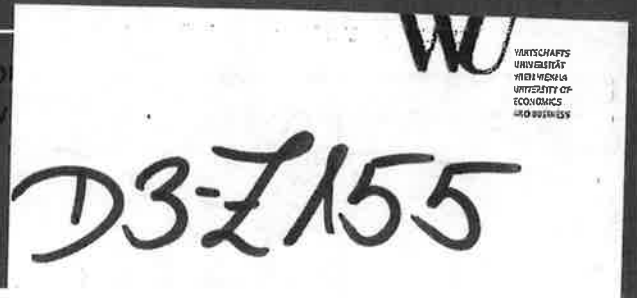
Workshop

<http://veranstaltungen.ruw.de/veranstaltungen/finanzmarkt>

KritV | CritQ | RCrit

Kritische Vierteljahresschrift
für Gesetzgebung und
Rechtswissenschaft

Critical Quarterly for
Legislation and Law



Herausgeber

Peter-Alexis Albrecht
Stefan Braum
Thomas Duve
Klaus Günther
Marc Jaeger
Stefan Kadelbach
Vincent Lamanda
Katja Langenbacher
Guido Pfeifer
Dean Spielmann
John Thomas
Tobias Tröger
Miloš Vec
Andreas Voßkuhle
Astrid Wallrabenstein
Manfred Weiss

Aus dem Inhalt:

Stefan Braum

Editorial : Zäsur für den demokratischen Rechtsstaat – Europas Dritte Gewalten im Zugriff exekutivischer Anmaßungen

Fritz Sack

Zur Aktualität des Staates für die Kriminologie

Christoph Gusy

Parlamentarische oder „neutrale“ Regierung? Eine Anfrage

Katerina Pantazatou

‘No taxation without representation’ or ‘No representation without taxation’? In search of democratic legitimacy for taxation in the post-crisis EU

Roland Broemel

Geldpolitischer Transmissionsmechanismus als rechtliches Argument

3 2018

Jahrgang 101
Seiten 183 bis 284
ISSN 2193-7869



Nomos

Inhalt

AutorInnen

- Editorial : Zäsur für den demokratischen Rechtsstaat – Europas Dritte Gewalten im Zugriff exekutivischer Anmaßungen** 185
- Fritz Sack*
Zur Aktualität des Staates für die Kriminologie 196
- Christoph Gusy*
Parlamentarische oder „neutrale“ Regierung? Eine Anfrage 210
- Katerina Pantazatou*
‘No taxation without representation’ or ‘No representation without taxation’? In search of democratic legitimacy for taxation in the post-crisis EU..... 236
- Roland Broemel*
Geldpolitischer Transmissionsmechanismus als rechtliches Argument 264

02244061 A10275558 31-DEC-18
WIRTSCHAFT UNIVERSITAET WIEN
UNIVERSITAETS BIBLIOTHEK - ZEITSCHRIFTEN
WELTHANDELSPLATZ 1 - HAUS LC
WIEN 1020
AUSTRIA

0002
P0001
001
187

34
Considering consulting?

28
Smashing barriers to employee engagement

22
Common technology mistakes

PLUS

Also: Tax season quick guide
(after page 16)

TCJA changes the rulebook
16

Tax season game plan

A Publication of the American Institute of CPAs
January 2019

JOURNAL OF ACCOUNTING

D3-Z1

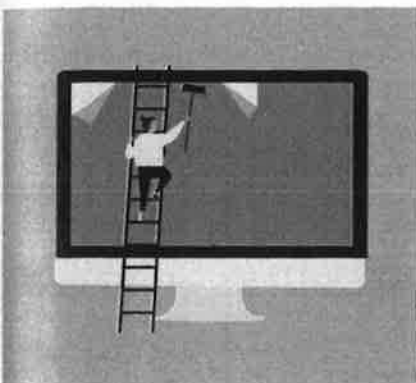




16 | COVER STORY

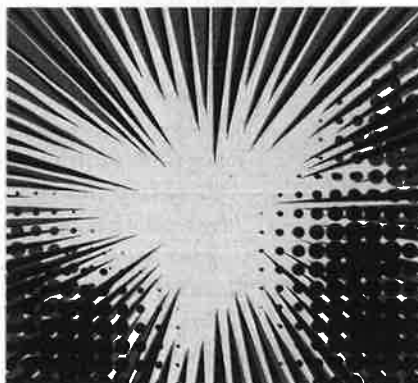
Tackling TCJA changes this tax season

An altered landscape awaits CPA preparers and their clients. **Plus:** The *JofA's* annual quick guide, a tear-out tax season reference highlighting dollar thresholds, tax tables, standard amounts, credits, and deductions.



22 | 12 common technology mistakes you should avoid

A typical technology review can uncover dozens of technological shortcomings at your organization. This article describes 12 common shortcomings and offers advice for avoiding them. 📱



28 | Smashing the barriers to employee engagement

Among accounting firms, staff retention is a top area of concern. This article looks at actions firms can take to inspire and engage their teams.



34 | Considering consulting? Ask these questions first

Many CPAs are drawn to consulting, often as a bridge to retirement or a short-term gig. Learn what you need to know before starting consulting work.



40 | Challenges continue for African-American accountants

Recently launched affinity programs have improved mentoring opportunities, but African-Americans feel left out of informal social networks and challenged in navigating corporate politics, a new survey shows.



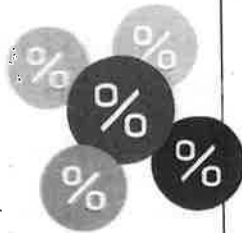
48 | Relief for small business tax accounting methods

The cash method and other favorable rules are now more widely available with Tax Cuts and Jobs Act changes.

CONTENTS

NEWS DIGEST

- 7 | *FASB expands private company consolidation relief*
FASB permits new benchmark rate for hedge accounting
FASB proposal addresses accounting for TV series
SASB publishes industry-specific sustainability accounting standards
IASB clarifies definition of 'material'
New guidance promotes resilience amid ESG risks
Key dates; Drafts outstanding



COLUMNS

12 | Checklist

Break your digital addiction
Is your smartphone distracting you at work and at home? It's possible to untether yourself.

14 | Professional Liability Spotlight

Cyber liability: Managing evolving exposures
Cyber liability exposures and regulations impacting CPA firms' duties to protect confidential information have evolved significantly in recent years.

56 | From The Tax Adviser

The IRS's private debt collection program
Taxpayers who have been contacted by an IRS-contracted private debt collection agency may need professional representation to preserve their full array of repayment options.

58 | Tax Practice Corner

Statutory employees and the QBI deduction
The hybrid nature of these specified occupations may allow taxpayers in them to claim the 20% deduction of Sec. 199A from qualified business income.

60 | Tax Matters

Taxpayer's change to foreign tax deduction is ruled untimely

Meals continue to be deductible under IRS guidance
Church members' donations to minister are denied gift treatment
Personal exemption claims are deemed for health care provisions
Suspension of moving expense reimbursement exclusion is clarified

64 | Technology Q&A

This month's column spells out how to improve voice recognition in several popular devices, addresses the problem of managing too many passwords, and shows how to deal with bullet and memory issues with Microsoft Excel.

70 | Tech Tools

Remote reboot: The ezOutlet2 way

72 | Inside AICPA

McKeever receives AICPA's highest honor
Young CPAs participate in 10th interactive Leadership Academy
3 high school students win online accounting game tournament
Sustained Contribution Awards recognize longtime volunteerism
Where to Turn

76 | The Last Word

Following your passion opens the door to a productive, enjoyable career, according to D. Scott Showalter, CPA, CGMA, director of the Master of Accounting Program at North Carolina State University.



CPE DIRECT

Another major benefit for *JofA* readers
Stay current through the *JofA* and earn CPE credit based on *JofA* articles — with the CPE Direct self-study subscription program. You can earn up to 48 CPE credits a year.
Quarterly CPE Direct study guides combine *JofA* article with supplementary materials and exam!
An annual subscription is \$189 for AICPA members or \$236.25 for nonmembers. For more information or to order, visit aicpastore.com/cpe or call 888-777-707



This symbol identifies articles in the CPE Direct self-study program.

IDWL *DB-ZF*

GEMEINSCHAFT SCHAFFT VERTRAUEN

THE FUTURE OF AUDIT

Digitalisierung in der Wirtschaftsprüfung (Interview) // Schuld sind die Bots // S. 80



Im Gespräch //////////////////////////////////////
mit Ingeborg Esser // S. 88

Neu in den **IDW** Fachnachrichten

IDW PS 610 // IDW EPS 650 n.F.
IDW PH 9.400.1 // IDW PS 830 n.F.

	Editorial	77	
	Inhaltsverzeichnis	79	
	Im Fokus	80	Digitalisierung in der Wirtschaftsprüfung: Reaktionen und Anpassungsmöglichkeiten (Interview) – The Future of Audit: Schuld sind die Bots (Beitrag)
<hr/>			
	IDW intern	88	Im Gespräch mit Ingeborg Esser
		89	Standpunkte
		91	Blick nach innen / außen
	IDW Veranstaltungen	93	Veranstaltungskalender
<hr/>			
	IDW Service	94	Zahl / Wort des Monats
		95	Die fachliche Frage
		97	Rechtsprechung
Verlautbarungen & Fachliche Hinweise		101	IDW Fachnachrichten



Impressum IDW Life und IDW Fachnachrichten

Herausgeber und Verlag
 Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
 Tersteegenstr. 14, 40474 Düsseldorf
 Postfach 32 05 80, 40420 Düsseldorf
 Tel.: (0211) 45 61-0, Fax: (0211) 4 54 10 97
 www.idw.de, info@idw.de

ISSN 2365-0303

V. i. S. d. P.
 WP StB Prof. Dr. Klaus-Peter Naumann,
 Sprecher des Vorstands

Redaktion
 Dipl.-Kfm. Dr. Karl-Heinz Armeloh (verantw.),
 Dipl.-Volksw. Cornelia Schrage (verantw.),
 RAin Annette Schmid, Lisa Galinski, M.A. (Layout),
 Stefan Beck, M.L.L.S. (Bildbearbeitung)
 E-Mail: schrage@idw.de

Abdruck, auch auszugsweise, nur mit
 Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Erscheinungstag:
 Immer zum 8. des Monats.

Anzeigen- und Beilagenaufträge
 IDW Verlag GmbH
 Jochen Kolb
 Tersteegenstraße 14, 40474 Düsseldorf
 Tel.: (0211) 4561-151, Fax: (0211) 4561-88-151
 E-Mail: kolb@idw-verlag.de

Anzeigenpreise
 Zurzeit gelten die Preise & Bedingungen der
 Mediadaten 2019. Anzeigenschluss: 14 Tage
 vor Erscheinen.

Bezugspreise
 Der Bezugspreis für ein Exemplar je Nummer ist im Mit-
 gliedsbeitrag enthalten. Zusatzexemplare je Nummer 5,- Euro
 zuzüglich Mehrwertsteuer.

Bildrechte
 Titel: @istock.com/BrianAJackson; S. 78 u. S. 135: @fotolia.com/
 kasto; S. 81: @istock.com/metamorworks; S. 85: @istock.com/
 gremlin; S. 86: @istock.com/iLexx; S. 89: @fotolia.com/scusi;
 S. 91: @istock.com/jamesjames2541; S. 92: @Frank Rossmann;
 S. 94 u. S. 100: @istock.com/erhui1979; S. 95: @istock.com/
 mustafahacalaki; S. 97: @istock.com/A-Digit

Druck:
 Bagel Security-Print GmbH & Co. KG, Mönchengladbach

ÖSTERREICHISCHES

Anwalt blatt

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z121

**80 ABHANDLUNG**

Vorbehaltene Nutzungsrechte mindern als außergewöhnliche Verhältnisse iSd § 26 Abs 3 GGG die Bemessungsgrundlage für die Grundbucheintragungsgebühr

78 PORTRAIT DES MONATS

Mag. Michaela Steinacker –
Politikerin aus Leidenschaft

**84 IM GESPRÄCH**

Dr. Birgitt Breinbauer, LL. M. –
150 Jahre RAK Vorarlberg

Inhalt 02_2019

- 69 Editorial
- 71 Wichtige Informationen
- 72 Werbung & PR
- 73 Recht kurz & bündig
- 77 Europa aktuell
- 78 Portrait des Monats
- 118 Inserate
- 120 Indexzahlen

AUTOREN DIESER AUSGABE:

- RA Dr. Manfred Ainedter, Wien
- RA Dr. Claudio Arturo, Wien
- Mag. Silvana Asen, ÖRAK
- em. RA Dr. Martin Attlmayr, LL.M., Innsbruck
- RA Mag. Gerold Bener, Wien
- RA Dr. Michael Buresch, Wien
- RA Mag. Franz Galla, Wien
- Mgr Lukas Holecek, Wien
- RA Dr. Adrian Eugen Hollaender, Wien
- Mag. Ursula Koch, ÖRAK
- RA Dr. Wolfgang Kropf, MBL, Wien
- RA Britta Kynast, ÖRAK Büro Brüssel
- RAA Dr. Florian Leitinger, Graz
- Univ.-Ass. Patrick Leyrer, MSc (WU), Wien
- Mag. Danijela Milicevic, ÖRAK
- Mag. Christian Moser, ÖRAK
- Kristin Resenig, LL.M. (WU), Wien
- RA Dr. Ullrich Saurer, Graz
- RA Dr. Wolf-Georg Schärf, Wien
- Mag. Elisabeth Schusterbauer, RAK Wien
- RAA MMag. Florian Schwetz, LL.M., Innsbruck
- Mag. Fabian Stegmayer, Bibliothek RAK Wien
- RA Dr. Rupert Wolff, Salzburg

79 ABHANDLUNG

- 80 Vorbehaltene Nutzungsrechte mindern als außergewöhnliche Verhältnisse iSd § 26 Abs 3 GGG die Bemessungsgrundlage für die Grundbucheintragungsgebühr
Patrick Leyrer und Kristin Resenig

83 SERVICE

- 84 Im Gespräch

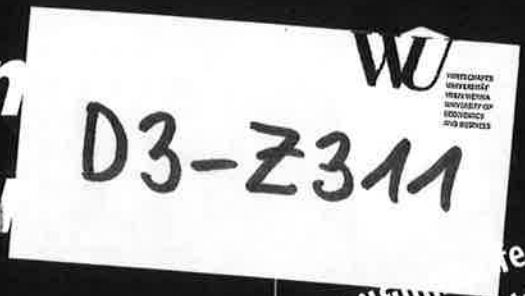


Präsidentin Dr. Birgitt Breinbauer, LL.M.
Foto: Milke Ranz

- 87 Termine
- 88 Chronik
- 92 Aus- und Fortbildung
- 98 Rezensionen
- 108 Zeitschriftenübersicht

113 RECHTSPRECHUNG

- 114 Abgrenzung Berufspflichtverletzung – Beeinträchtigung von Ehre oder Ansehen des Standes
Bemessung von Disziplinarstrafen
- 115 Treuepflicht zum Mandanten, Interessenkollision
- 116 Unsachliche oder beleidigende Äußerungen in der Hauptverhandlung



2.2.2019 4

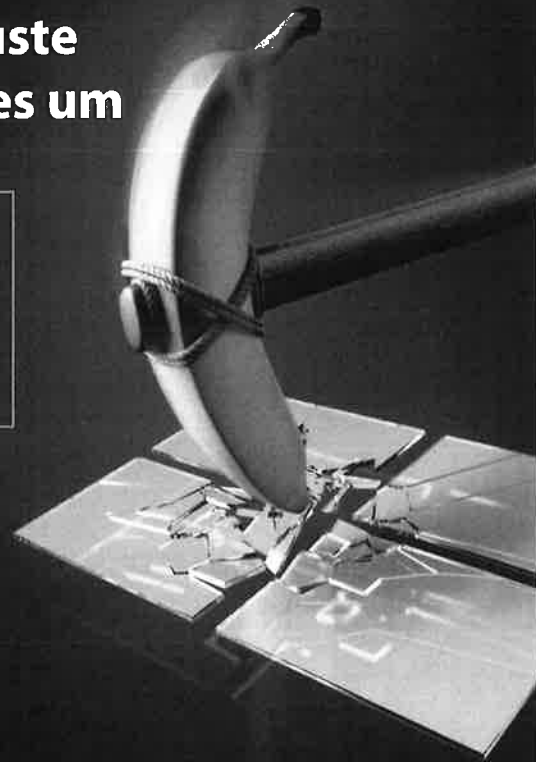
Mobilfunktarife von
10 GB bis Flatrate

Windows-Update-Misere im Griff

Treiberärger, Netzwerkausfall, Datenverluste
So gehen Sie mit defekten Zwangs-Updates um

IM
TEST

- Schwarzweiß-Drucker fürs Büro
- Die besten Smartphones unter 200 Euro
- Digitalisierer für Super-8-Filme
- Überzüchteter Gaming-PC mit Flüssigkühlung



Flexibler vernetzen mit Eigenbau-Router
Mini-PC statt Fritzbox

Android einrichten, Fallen vermeiden
DOSfuscation: Wie Hacker Schadcode verschleiern
Ausprobiert: Rechtssichere De-Mail jetzt brauchbar?
Office-PC-Bauvorschlag unter 400 Euro

€ 4,90
AT € 5,40 | LUX, BEL € 5,70
NL € 5,90 | IT, ES € 6,20
CHF 7,10 | DKK 54,00

Smart leben: ökologisch, autofrei, ohne Privatsphäre?

Trends 2020

So geht's mit 5G, 8K, AR und KI in die digitale Zukunft



Inhalt 4/2019

Trends & News

- 16 Sicherheit: 551.509.767 Passwörter nebst Benutzernamen geleakt
- 18 Tuya-Smart-Home-Hack: IoT-Komponenten von unsicherer Firmware befreien
- 19 Windows Server und SQL Server 2008: Support endet
- 20 Bit-Rauschen: Alte und neue Transistoren, KI-Chips, Intel sucht immer noch CEO
- 21 Hardware: Ryzen 2000X mit vier Kernen, GeForce GTX 1660 Ti, Profi-Mini-PC
- 22 Probleme mit DS-Records: Hunderte .nrw-Domains nicht erreichbar
- 23 Netze: Kompaktes Mesh-WLAN, Erster deutscher LoRaWAN-Provider
- 24 HDR für OLEDs: Neuer Standard für Notebook-Displays
- 25 Server & Storage: Server mit 16 KI-Beschleunigern, Statistik über Festplattenausfälle
- 26 Internet: Facebook unterstützt KI-Forschung, EU-Urheberrechtsreform wackelt
- 27 Apple: Sensorarmband für Apple Watch, App schnürt Schuhe
- 28 Anwendungen: Fotopräsentation, Datei-Commander 20 mit PDF-Editor
- 29 Unternehmensanwendungen: Wissensmanagement, Business Intelligence
- 29 Bewegungssteuerung: Spezialsoftware für komplexe Bewegungen, Toolbox für Sensoren
- 44 Bitcoin: Was der 35C3-Hack von Hardware-Wallets bedeutet
- 46 Überwachung: Streit in der Schweiz über die hohen Kosten von Staatstrojanern
- 48 USB: USB 3.2 kommt, Authentication-Prozess gestartet, Typ-C-Schnellladegeräte
- 49 Open Source: Gerangel um Lizenzen bei MongoDB
- 50 Informationsfreiheitsgesetz: Innenministerium ignoriert Rechtsprechung zur Höhe der Gebühren
- 52 Medizin: Herzschrittmacher auslesen per App
- 54 Schrödingers Katze: Forscher verwirklichen paradoxes Gedankenexperiment
- 55 Satellitentechnik: Europa im Krieg der Sterne, Week-Rollover bei GPS steht an
- 56 HDR10+ und Dolby Vision: Erste Ultra HD Blu-ray mit beiden dynamischen HDR-Formaten
- 57 E-Sport: Studie zeigt Gesundheitsrisiken auf
- 76 Web-Tipps: Designer-Tools, Schnitzeljagd, PWAs, Code-Snacks, Fourier-Transformationen

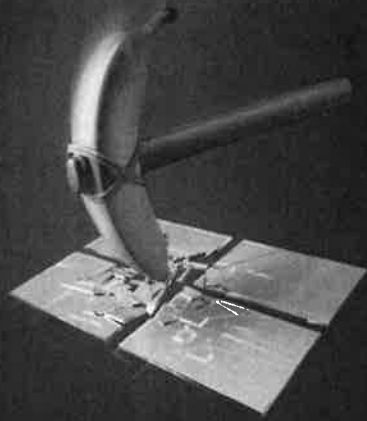
Test & Kaufberatung

- 78 Festplattengehäuse mit Thunderbolt 3: Drobo 8D
- 79 Günstiger Desktop-PC: Lenovo Ideacentre 720-18APR
- 80 Stabilisierte Mini-Kamera: DJI Osmo Pocket
- 82 **Überzüchteter Gaming-PC mit Flüssigkühlung**
- 84 Mini-PC mit Radeon-Grafik: Intel NUC8i3CYSM
- 86 Always-Connected-PC mit langer Laufzeit: Lenovo Yoga C630 WOS
- 88 Supervectoring-Modem: Draytek Vigor 165
- 88 Mesh-WLAN-System: D-Link Covr-2202
- 90 Schnelle PCIe-SSD mit 500 GByte oder 1 TByte: Samsung 970 Evo Plus
- 90 Wärmeleitpad für Prozessoren: IC Graphite Thermal Pad
- 91 Gaming-Display mit 27 Zoll: Dell S2719DGF
- 92 Ergonomische Maus: Orthovia OrthoMouse
- 93 Office-Tastatur Cherry MX Board 3.0
- 94 Smarterer Lautsprecher: Bose Home Speaker 500
- 94 DECT-ULE-Taster Fritz!DECT 400
- 96 Konsolen-Audioplayer für Linux: cmus 2.7.1
- 96 Adressbuchtool für Outlook: snapADDY Assistant
- 98 **Mobilfunktarife von 10 GB bis Flatrate**
- 104 **Schwarzweiß-Drucker fürs Büro**
- 114 3D-Druck: Fünf Slicer-Programme im Vergleich
- 122 **Die besten Smartphones unter 200 Euro**
- 128 Quiz-Brettspiel mit App: Ravensburger kNOW!
- 129 Ambisonics-Rekorder: Zoom H3-VR



Trends 2020

Digitalisierung verändert alles: Smartes Leben krepelt jeden Aspekt unseres Alltags um. Neue Infrastruktur wie 5G und Gadgets wie Faltphones ebnen den Weg zum smarten, jederzeit vernetzten Bürger. Ein Blick in die (nahe und ferne) Zukunft.



Windows-Update-Misere im Griff

Bananen werden grün geerntet und reifen beim Verbraucher. Genau so verfährt Microsoft derzeit mit Aktualisierungen für Windows. Der katastrophale Auslieferungszustand vieler Updates zwingt Anwender zum Handeln.

130 Digitalisierer für Super-8-Filme

132 Videobearbeitung mit Smartphone und PC: Adobe Premiere Rush

174 Bücher: Wie die Welt in den Computer kam, It Doesn't Have to be Crazy at Work

Wissen

30 Vorsicht, Kunde: Unübersichtliche Tarife bei Pyur

32 Trends 2020

35 5G für Mobilfunk, IoT und industrielle Netze

38 8K, AR, KI: Werkzeuge und Neuerungen für den digitalen Alltag

72 Ausprobiert: Rechtssichere De-Mail jetzt brauchbar?

176 DOSfuscation: Wie Hacker Schadcode verschleiern

180 Android- und iOS-Programmierung mit Flutter

Praxis & Tipps

58 Windows-Update-Misere im Griff

62 Wie sich Windows-Updates steuern lassen

66 Ursachenforschung zu Microsofts Bananen-Patches

134 Android einrichten, Fallen vermeiden

138 Docker: Container-Images in der Cloud bauen mit Docker Hub

142 Mini-PC statt Fritzbox

146 Kaufberatung: Sparsame Mini-PCs für Netzwerk-Aufgaben

150 Mini-PCs für energiesparenden Dauerbetrieb konfigurieren

152 Office-PC-Bauvorschlag unter 400 Euro

156 Tipps & Tricks

160 FAQ: SSDs

162 Smart Home: Präsenzerkennung per Bluetooth

164 Softwareentwicklung: README.md für GitHub verschönern

166 Mediacenter Kodi komfortabel bedienen

168 Linux und macOS parallel auf Macs installieren

172 Verschlüsselte Linux-Dateisysteme vergrößern und verkleinern

Rubriken

3 Editorial: Wohl und Wehe der Patientenakte

10 Leserforum

15 Schlagseite

186 Story: Rocky Mountain Blues von Martin Kreft

198 Stellenmarkt

200 Inserentenverzeichnis

201 Impressum

202 Vorschau



Mini-PC statt Fritzbox

Ihr Router will Smart-Home-Geräten kein eigenes Netz spendieren, mag kein OpenVPN oder andere Sonderwünsche? Dann brauchen Sie einen Router auf x86-Basis. Wir helfen bei der Hardware-Auswahl, geben Tipps zur optimalen Konfiguration und zeigen, wie das Betriebssystem draufkommt.

Inhaltsverzeichnis

SCHWERPUNKTTHEMA

Auf dem Weg zum europäischen Recht? – Eine Ode an die Freude

- 245 *Maike Herrlein*, Die Europäisierung des Rechts
 250 *David Kästle-Lamparter*, Europäisches Privatrecht
 257 *Bettina Weißer*, Die Europäische Staatsanwaltschaft im Kontext der europäischen Strafrechtsentwicklung
 264 *Maike Herrlein/Julia Suttorp/Gernot Sydow*, Einführung in das Europäische Verwaltungsrecht

FALLBEARBEITUNG

- 270 Zivilrecht – Grundstudium, Individualarbeitsrecht: *Andreas Feuerborn/Susanne Leitner*, „Der falsche Schaltknopf“
 277 Öffentliches Recht – Grundstudium, Verwaltungsrecht: *Lutz Friedrich*, „Befreiung von der Helmpflicht aus religiösen Gründen?“
 286 Strafrecht – Examen: Strafrecht BT und StPO: *Rhea Schuster*, „Eine blutige Nacht“

GRÜNDLAGEN

- 298 Wer war eigentlich...? *Kristin Boosfeld*, Hugo Grotius
 301 *Martin Zimmermann/Alexander Heitmann*, Konkurrenzen im Sachenrecht
 308 *Michael Gödde*, Repetitorium im Öffentlichen Recht: Leistungsverwaltungsrecht
 320 *Laura Sauer/Erik Weiss*, Die Beteiligung an einer Schlägerei gem. § 231 StGB

STUDIENPRAXIS

- 327 Der Jurist in der Praxis: Interview mit *Katrin Peitz*, ehem. Vorstandsassistentin, Hauptabteilungsleiterin der Westfälischen Provinzial, der Hamburger Feuerkasse und der Provinzial Nord Brandkasse
 330 Recht praktisch: *Patrick Rottler*, Anonyme Erpressung – Einsatz für den Sprachprofiler
 335 Recht praktisch: *Matthias Vollhase*, Jugendhilfe im Strafverfahren
 340 *Paul Schafmeister*, Paradigmenwechsel im Recht der Gefahrenabwehr? – Der Begriff der „drohenden Gefahr“ in der jüngsten Polizeigesetzgebung

AULINGER
RECHTSANWÄLTE | NOTARE

Talente fördern 2019

Mit dem Programm **Aulinger Fellows** fördern wir auch in 2019 wieder angehende Juristen – sowohl finanziell als auch persönlich.

Bewerbungen bis zum 31.01.2019 unter:
www.aulinger-stipendium.eu



Aulinger ist eine der führenden Kanzleien im Ruhrgebiet mit Standorten in Bochum und Essen.

Mehr unter
www.aulinger.eu

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

European Journal of Business Law · Revue Européenne de Droit Économique

EuZW 2/2019

28. Januar · 30. Jahrgang 2019 · Seite 49–96

Inhalt

Editorial	Peter Behrens Brexit: Was wird aus der Anwendung des EU-Kartellrechts auf britische Unternehmen?	49
Europa-Report	Binnenmarkt, Geistiges Eigentum und Handelsrecht	51
Aufsätze und Berichte	Ulrich Soltész Wichtige Entwicklungen im Europäischen Beihilferecht im Jahre 2018	53
	Benjamin Herz Die Entwicklung des europäischen Bankaufsichtsrechts in den Jahren 2017/2018 (Teil II)	60
	Claude Niedner/Stefan Städter Europäische langfristige Investmentfonds (ELTIF) in der Praxis – Sind die Anfangsschwierigkeiten überwunden?	68
Tagungsbericht	Cornelia Kibler/Simon Zechmann Private Enforcement of European Competition and State Aid Law: Current Challenges and the Way Forward	73
Zur Rechtsprechung	Thomas Thiede/Timo Floren Auswirkungen einer Klage gegen den Bußgeldbescheid vor europäischen Gerichten auf nationale Kartellschadensersatzprozesse	75
Rechtsprechung		
EuGH 24.10.2018 – C-595/17	Zivilprozessrecht: Anwendbarkeit einer Gerichtsstandsklausel auf Schadensersatzklage wegen Wettbewerbsverstoß (m. Anm. Oliver Seggewiß, S. 81)	79
EuGH 24.10.2018 – C-234/17	Gemeinschaftsrecht: Auslegung der Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität (m. Anm. Julius Buckler, S. 87)	82
EuGH 15.11.2018 – C-308/17	Zivilprozessrecht: Anwendungsbereich der EuGVVO bei staatlich angeordnetem Schuldenschnitt (m. Anm. Roman Kehrberger, S. 90)	88
EuGH 13.12.2018 – C-492/17	Beihilferecht: Deutscher Rundfunkbeitrag ist keine rechtswidrige staatliche Beihilfe	91
EuGH 22.11.2018 – C-625/17	Bankrecht: Österreichische Stabilitätsabgabe für Auslandsgeschäfte der Banken (Ls.)	96
EuGH 21.11.2018 – C-452/17	Handelsrecht: Einstufung als Handelsvertreter bei Ausübung einer unabhängigen Tätigkeit für einen Dritten (Ls.)	96
EuGH 07.11.2018 – C-432/17	Sozialrecht: Veränderte Rechtslage lässt Dienstzeiten bei Ermittlung der Rentenansprüche nicht entfallen (Ls.)	96

Inhalt

Aufsätze

Helge Hölken

Die Nichtigkeit von Rechtshandlungen nach den Grundsätzen der evidenten Insolvenzzweckwidrigkeit im (vorläufigen) Regelinsolvenzverfahren und in der (vorläufigen) Eigenverwaltung — 51

Johannes Rübbeck

Ausschließliche internationale Zuständigkeit für insolvenzbezogene Einzelstreitverfahren nach der EuInsVO. Besprechung des EuGH-Urteils vom 14. 11. 2018 – C-296/17 – Wiemer & Trachte, DZWIR 2019, 76 — 63

Dokumentation

Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen vom 27. 6. 2017 (BGBl. I S. 2074 vom 4. 7. 2017) – Auszug betreffend die Regelungen zur Steuerbegünstigung von Sanierungserträgen (Artt. 2, 3, 4, 6) — 67

Begründung des Gesetzes vom 27. 6. 2017 (BGBl. I S. 2074) in der vom Bundestag am 27. 4. 2017 beschlossenen Fassung des Finanzausschusses vom 26. 4. 2017 (BT-Drs. 18/12128). Auszug betreffend die Regelungen zur Steuerbegünstigung von Sanierungserträgen (Artt. 2, 3, 4, 6) — 70

Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 11. 12. 2018 (BGBl. I S. 2338 vom 14. 12. 2018). Auszug betreffend die Regelungen zur Steuerbegünstigung von Sanierungserträgen (Art. 2 Nr. 5, Art. 8 Nr. 5, Artt. 19, 20) — 74

Begründung des Gesetzes vom 11. 12. 2018 (BGBl. I S. 2338) in der vom Bundestag am 8. 11. 2018 beschlossenen Fassung des Finanzausschusses vom 7. 11. 2018 (BT-Drs. 19/5595). Auszug betreffend die Regelungen zur Steuerbegünstigung von Sanierungserträgen (in Artt. 2, 8, 19) — 75

Rechtsprechung

Europäische Gerichtsbarkeit

EuGH, Urteil vom 14. 11. 2018 – Rs. C-296/17 – Wiemer & Trachte

(Besprechung Johannes Rübbeck, S. 63)

Internationale Zuständigkeit für Insolvenzanfechtungsklage — 76

Zivilgerichtsbarkeit

BGH, Urteil vom 26. 4. 2018 – IX ZR 238/17

Haftung der Geschäftsleiter bei Eigenverwaltung — 80

BGH, Urteil vom 14. 6. 2018 – IX ZR 22/15

Anfechtung von Zahlungen auf der Grundlage eines behaupteten Sanierungskonzepts — 89

BGH, Beschluss vom 27. 9. 2018 – IX ZB 19/18

Eigenständig erwirtschaftete Einkünfte des Insolvenzschuldners — 92

BGH, Beschluss vom 11. 10. 2018 – I ZB 9/18

Schiedsgerichtlicher Verstoß gegen den verfahrensrechtlichen ordre public — 93

BGH, Urteil vom 11. 10. 2018 – IX ZR 217/17

Anspruch auf Vertragsabschluss als Insolvenzforderung — 96

Buchbesprechung

Dr. iur. Philipp Böcker

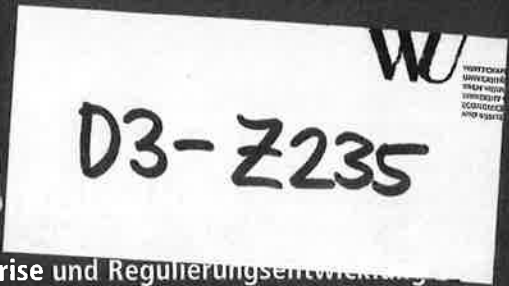
Illert/Ghassemi-Tabar/Cordes (Hrsg.), Handbuch Vorstand und Aufsichtsrat — 98

Veranstaltungen — 99

Nachrichten — 100

6/18

Beiträge | Co



Ursachen der Finanzkrise und Regulierungsentwicklung
Peter Nobel

Rolle der Zentralbanken
Thomas Moser

Ist die neue Finanzmarktregulierung funktionsfähig?
Rolf Sethe

TBTF
Rashid Bahar

Bankgeschäfte nach der Krise
Susan Emmenegger | Thirza Döbeli

Sanktionen
Franca Contratto

AIA: Ende des steuerlichen Bankgeheimnisses?
Urs Zulauf

Führen die neuen Technologien zur Disruption der Finanzmarktregulierung?
Rolf H. Weber

Validité et efficacité de la clause shotgun
Hubertus Hillerström | Laure Burrus

Berichterstattung | Comptes-rendus

Finanzmarktaufsichtsrecht
Urs Bertschinger

Bewilligungs- und Prospektpflicht anhand des Crowdfundings
Bundesgerichtsurteil 2C_860/ 2017 vom 5. März 2018
Mit Bemerkungen von Fleur Baumgartner und
Hans Caspar von der Crone



**SZW /
RSDA**

Herausgeber:
H. C. von der Crone (Vorsitz) | M. Amstutz | R. Bahar | U. Bertschinger |
J.-L. Chenaux | F. De Rossa Gisimundo | S. Emmenegger | I. Romy |
R. Sethe | W. A. Stoffel | L. Thévenoz | F. Thouvenin | R. H. Weber

Schriftleiterin:
Charlotte M. Baer

Schulthess §

Inhalt | Table des matières



Editorial

Rolf H. Weber | Charlotte M. Baer

585

Beiträge | Contributions

Ursachen der Finanzkrise und seitherige Regulierungsentwicklung

Peter Nobel

588

Die Rolle der Zentralbanken – 10 Jahre nach der Finanzkrise

Thomas Moser

598

Ist die neue Finanzmarktregulierung funktionsfähig?

Rolf Sethe

605

TBTF: Do increased capital requirements, bail-in powers and resolution authority solve the problem?

Rashid Bahar

619

Bankgeschäfte nach der Krise: Safer, simpler, fairer?

Susan Emmenegger | Thirza Döbeli

639

Sanktionen: Neue Gretchenfrage im Ringen um den Marktzugang in die EU?

Franca Contratto

653

Automatischer Informationsaustausch: das Ende des steuerrechtlichen Bankgeheimnisses?

Urs Zulauf

667

Führen die neuen Technologien zur Disruption der Finanzmarktregulierung?

Rolf H. Weber

684

Validité et efficacité de la clause shotgun en droit suisse

Hubertus Hillerström | Laure Burrus

696

Berichterstattung | Comptes-rendus

Das Finanzmarktaufsichtsrecht vom vierten Quartal 2017 bis ins vierte Quartal 2018

Urs Bertschinger

708

Die Bewilligungs- und Prospektpflicht im schweizerischen Recht anhand des Crowdfundings

Bundesgerichtsurteil 2C_860/2017 vom 5. März 2018 (Publikation nicht vorgesehen)

Mit Bemerkungen von Fleur Baumgartner und Hans Caspar von der Crone

726

Autorenverzeichnis | Liste des auteurs

735

RdE Rec **D3-Z298** Energiewirtschaft

**Herausgeber:**

Prof. Dr. Jürgen F. Baur
Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß
Markus Moraing (Schriftleitung)

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Achim-Rüdiger Börner
Prof. Dr. Joachim Bornkamm
Prof. Dr. Ulrich Büdenbender
Prof. Dr. Martin Burgi
Prof. Dr. Thomas v. Danwitz
Dr. Ludger Diestelmeier
Peter Faross
Peter Franke
Andrees Gentzsch
Helmut Herdt
Prof. Dr. Jörg Gundel
Dr. Walter Hohlefelder
Johannes Kindler
Dr. Wolfgang Kirchhoff
Prof. Dr. Michael Kloepfer
Prof. Dr. Torsten Körber
Dr. Jürgen Kroneberg
Dr. Bernd Kunth
Wiegand Laubenstein
Dr. Rolf Linkohr
Prof. Dr. Markus Ludwigs
Prof. Dr. Kurt Markert
Dr. Andreas Metzenthin
Dr. Peter Michael Mombaur
Dr. Dorothee Mühl
Andreas Mundt
Birgit Ortlieb
Prof. Dr. Johann-Christian Pielow
Dr. Kai Uwe Pritzsche
Andreas Röhling
Prof. Dr. Dr. Peter Salje
Michaela Schmidt-Schlaeger
Dr. Boris Scholtka
Prof. Dr. Stefan Simon
Prof. Dr. Dres.h.c. Klaus Stern
Prof. Dr. Hartmut Weyer

Prof. Dr. Walter Frenz

»Hambi bleibt« jedenfalls vorläufig – zu Recht? – Habitatschutz und Energieversorgungssicherheit –

Hendrik Burbach

Potentiale und Grenzen von Kundenanlagen zur dezentralen Quartiersversorgung

BGH

Urt. v. 07.02.2018 – VIII ZR 148/17

Zum Zahlungsverweigerungsrecht in Fällen ungewöhnlich hoher Verbrauchssteigerungen

BGH

Beschl. v. 09.10.2018 – EnVR 20/17

Zur Auslegung eines öffentlich-rechtlichen Vertrags (Offshore-Anbindung)

OLG Düsseldorf

Beschl. v. 11.07.2018 – VI-3 Kart 114/117 (V)

Zur Übergangsregelung des § 22 Abs. 4 EEG

OLG Düsseldorf

Beschl. v. 05.09.2018 – VI-3 Kart 80/17 (V)

Zu den Ausschreibungsvoraussetzungen für Bürgerenergiegesellschaften

OLG Düsseldorf

Beschl. v. 19.09.2018 – VI-3 Kart 113/17 (V)

Zu den Erfordernissen eines Verzichts auf den Zugang einer Verzichtserklärung in Schriftform

OLG Frankfurt a.M.

Urt. v. 14.12.2017 – 12 U 202/15

Zur unbefristeten Grunddienstbarkeit in einem Fernwärmeversorgungsverhältnis

OVG NRW

Urt. v. 04.09.2017 – 11 D 14/14.AK

Zur Rechtmäßigkeit eines Planfeststellungsbeschlusses für eine Erdgasleitung

RdE – Recht der Energiewirtschaft

Heft 2/2019

A. Beiträge

<i>Frenz</i>	»Hambi bleibt« jedenfalls vorläufig – zu Recht? – Habitatschutz und Energieversorgungssicherheit –	49
<i>Burbach</i>	Potentiale und Grenzen von Kundenanlagen zur dezentralen Quartiersversorgung	56

B. Rechtsprechung

<i>BGH</i>	Urt. v. 07.02.2018 – VIII ZR 148/17 Zum Zahlungsverweigerungsrecht in Fällen ungewöhnlich hoher Verbrauchssteigerungen	62
<i>BGH</i>	Beschl. v. 09.10.2018 – EnVR 20/17 Zur Auslegung eines öffentlich-rechtlichen Vertrags (Offshore-Anbindung)	65
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 11.07.2018 – VI-3 Kart 114/117 (V) Zur Übergangsregelung des § 22 Abs. 4 EEG	68
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 05.09.2018 – VI-3 Kart 80/17 (V) Zu den Ausschreibungsvoraussetzungen für Bürgerenergiegesellschaften	71
<i>OLG Düsseldorf</i>	Beschl. v. 19.09.2018 – VI-3 Kart 113/17 (V) Zu den Erfordernissen eines Verzichts auf den Zugang einer Verzichtserklärung in Schriftform	77
<i>OLG Frankfurt a.M.</i>	Urt. v. 14.12.2017 – 12 U 202/15 Zur unbefristeten Grunddienstbarkeit in einem Fernwärmeversorgungsverhältnis	82
<i>OVG NRW</i>	Urt. v. 04.09.2017 – 11 D 14/14.AK Zur Rechtmäßigkeit eines Planfeststellungsbeschlusses für eine Erdgasleitung	86

Beilagenhinweis:

Mit dieser Ausgabe verteilen wir je eine Beilage der Verlag C.H. Beck oHG und der Universität Bayreuth. Wir bitten freundlich um Beachtung.



GESELLSCHAFTS- & STEUERRECHT

Sigrun Adrian-Waltner: Aktuelle Gesetzesänderungen 2019	1
--	---

Um den Jahreswechsel treten zahlreiche Gesetzesänderungen in Kraft. So wird durch das IRÄG 2017 Gläubigern wieder die Möglichkeit eröffnet, Einsichtnahme in die Geschäftsbehalte des Exekutionsverfahrens zu nehmen, sieht das ENG im Zusammenhang mit GmbH-Gründungen die Errichtung eines elektronischen Notariatsaktes vor und können Genossenschaften künftig unter bestimmten Umständen ihr Vermögen im Wege einer Auf- oder Abspaltung auf andere Genossenschaften oder eine bestehende Tochtergesellschaft übertragen. Dies und weitere Gesetzesänderungen werden in diesem auszugsweisen Überblick behandelt.

JUDIKATUR GESELLSCHAFTSRECHT

Thomas Wenger: Reichweite des Stimmverbots des GmbH-Gesellschafters	8
--	---

JUDIKATUR STEUERRECHT

Werner Wiesner: Verdeckte Ausschüttung und Vorteilsausgleich	11
---	----

Alexandra Wild/Christoph Schlager: Keine teilweise Einschränkung des Besteuerungsrechts bei Einbringungen	13
--	----

RECHNUNGSWESEN

Romuald Bertl/Eva Eberhartinger/Klaus Hirschler: Neue Vorschriften für die Rechnungslegung	15
---	----

Mit 20. 11. 2018 ist die erste Override-Verordnung gem § 222 Abs 3 UGB in Kraft getreten. Diese regelt die Verteilung eines sich aus der erstmaligen Anwendung der neuen Rechnungsgrundlagen für Sozialkapitalrückstellungen ergebenden Unterschiedsbetrags. Fast zeitgleich wurde der erste Entwurf einer Sammelnovelle Gold-Plating veröffentlicht. In diesem Beitrag werden die wichtigsten Eckpunkte dieser beiden Vorschriften sowie deren Auswirkungen auf die Rechnungslegung dargestellt.

Markus Haslinger/Gerald Müller: Zeitpunkt der Vermögensbewertung bei rückwirkenden Umgründungen	25
--	----

Der Beitrag geht der oftmals diskutierten Frage nach, zu welchem Zeitpunkt das im Rahmen schuldrechtlich rückwirkender Umgründungen erworbene Vermögen zu bestimmen bzw zu bewerten ist, und setzt sich kritisch mit den im Fachgutachten KFS/RL 25 enthaltenen diesbezüglichen Ausführungen auseinander.

INTERNATIONALER RUNDBLICK

Katharina van Bakel-Auer/Maria Sumerauer	29
---	----

der gemein hausnait

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z313

1

2019

120. Jahrgang

Fachzeitschrift

für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht,
das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie
das gesamte kommunale Abgabenrecht

Inhalt

Aufsätze

Dr. Gerd Thielmann, Rechtsanwalt, Mainz

Gedanken und Thesen zu Beibehaltung oder Abschaffung von Straßen-
ausbaubeiträgen

1

Prof. Dr. Martin Richter, Professor an der Universität Potsdam

Zur Steuerungsfunktion von Rückstellungen – zugleich eine Replik auf „Zur
Sinnhaftigkeit der Bildung von Urlaubsrückstellungen“ von Ralf Klomfaß
(Ausgabe 8/2018, S. 187-188)

9

Christian Fritze, Regierungsrat, Dozent an der Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung NRW, Bielefeld

Die Vermögensbewertung nach dem Wirklichkeitsprinzip im Entwurf des
2. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes – eine Begriffsbestimmung

12

Veranstaltungshinweis

17

Aus der Rechtsprechung

18

Buchbesprechungen

23

BayVBI

3/2019 Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Schriftleiter Dr. Herbert von Golitschek, Präsident a. D. des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg, Am Sonnenhang 1, 97204 Höchberg, Tel. (09 31) 4 52 06 49, Fax (09 31) 4 52 09 21; E-Mail: bayvbl@boorberg.de



Inhalt

Abhandlungen

Herber/Wagner, Zur Systematik des Planungs- und Zulassungsrechts für Elektrizitätsnetze — 73

Ausbildung und Prüfung

Aufgabe 8 der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 2014/2 (*Grünwald*) — 103

Literatur

Schwerdtfeger, Legitimation von Quoren in der direkten Demokratie (Grabmeier) — 106

Haug/Zimmermann, Die Amtshaftung des Notars (Grziwotz) — 107

Badura, Staatsrecht. Systematische Erläuterung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (Rixen) — 107

Notizen

Geschäftsverteilungsplan des BayVGH 2019 — II

Vorschau, Impressum — XII

Rechtsprechung

BayVerfGH	E.v. 20.08.2018	Vf. 80-VI-15	Privatschulfreiheit; staatlich anerkanntes privates Gymnasium; Schutz- und Förderanspruch; inklusionsbedingter Mehraufwand — 82
BVerfG	B.v. 24.04.2018	2 BvL 10/16	Hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums; Lebenszeitprinzip; Beamtenverhältnis auf Zeit; Besonderheiten des betroffenen Sachbereichs; Aufgabenspektrum; Regelungsstruktur im Einzelfall; Hochschulkanzler nach brandenburgischem Hochschulrecht — 85
BayVGH	U.v. 27.02.2018	15 N 16.2381	Unangemessen verkürzte Auslegung (z.T. in Schulferienzeiten) nach erheblicher Änderung des Planentwurfs; Irrtum des Planungsgebers über die Reichweite der GRZ-Festsetzung; Abwägungsfehler; Bedeutung des Gleichheitssatzes in der Abwägung — 88
	B.v. 14.08.2018	22 C 18.583 und 22 C 18.667	Pflicht zur Aufnahme von Verkehrsverboten für Dieselfahrzeuge in die Fortschreibung des Luftreinhalteplans für München; diesbezügliche Vollstreckung gegen den Freistaat Bayern; wiederholte Androhung eines Zwangsgelds; Festsetzung eines angedrohten Zwangsgelds; Umfang der Rechtskraftwirkung eines Zwangsgelder androhenden Beschlusses; im Verfahren nach § 172 VwGO vom Vollstreckungsschuldner behauptete rechtliche Unmöglichkeit der Erfüllung der durchzusetzenden Verpflichtung; Verhältnis von streckenbezogenen zu zonalen Verkehrsverboten; Zulässigkeit von Verkehrsverboten für Dieselfahrzeuge bei Verschlechterung der Luftqualität auf Ausweichstrecken — 93
	B.v. 27.09.2018	4 ZB 16.2516	Gemeinderatsmitglied; Kostenerstattungsanspruch nach vorangegangener kommunalverfassungsrechtlicher Streitigkeit; kein Erstattungsanspruch bei offensichtlicher Aussichtslosigkeit des Rechtsbehelfs (hier: Verfassungsbeschwerde) — 97
BVerwG	B.v. 10.07.2018	6 B 79.18	Kleiner Waffenschein; Versagung; Widerruf; waffenrechtliche Zuverlässigkeit; Zugehörigkeit zu einer gewaltaffinen organisierten Gruppe; Verhältnismäßigkeit — 99
	U.v. 27.02.2018	7 C 26.16 (Ls.)	(Beschränkte) Verkehrsverbote für (bestimmte) Dieselfahrzeuge; Luftreinhalteplan Düsseldorf — 100
	U.v. 27.02.2018	7 C 30.17 (Ls.)	Verkehrsverbot (u.a.) für Dieselfahrzeuge in der Umweltzone Stuttgart — 101

Wissenswertes für den Rechtsanwalt

BayVGH B.v. 26.01.2018 22 C 17.1418 Erstattungsfähigkeit von Kosten eines Rechtsanwalts; Reisekosten eines auswärtigen Rechtsanwalts; ex-ante-Sicht eines juristischen Laien; einschlägige Spezialkenntnisse des auswärtigen Rechtsanwalts; besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Mandant und Anwalt — 101

INHALT

EDITORIAL

- 321 Brexit: Was tun mit den britischen Limiteds?

AUFSÄTZE

- 324 Nachhaftung des Unternehmers bzw Personengeschafters: Beginn der Sonderverjährung
Betina Winkler
- 332 BStFG 2015 – Ziele sowie erste Erfahrungen
Stefanie Steiner

JUDIKATUR

- 337 Rechtsmittellegitimation gegen die Eintragung eines Gesellschafter- und Geschäftsführerwechsels in das Firmenbuch – gespaltene Stimmrechtsausübung bei treuhändig gehaltenem Geschäftsanteil
OGH 31.08.2018, 6 Ob 154/18t
- 339 Kein eigener Schadenersatzanspruch eines Gesellschafters bei Schädigung der Gesellschaft durch Dritte
OGH 29.08.2018, 1 Ob 81/18w
- 340 Anstellungsverhältnis des Vorstandsmitglieds einer Aktiengesellschaft
OGH 30.08.2018, 9 ObA 67/18w
- 341 Stillschweigende Gründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts
OGH 26.09.2018, 6 Ob 117/18a

FIRMENBUCH-PRAXIS

- 342 Gesellschafteränderung bei einer vereinfacht gegründeten, gründungsprivilegierten GmbH
Wilhelm Birnbauer

ANGRENZENDES STEUERRECHT

AUFSÄTZE

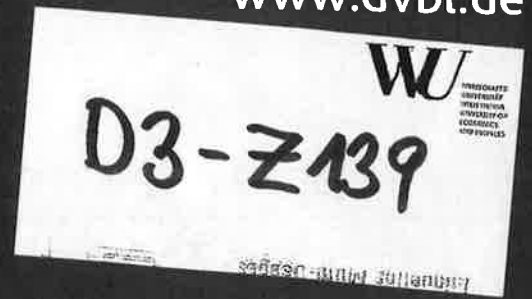
- 345 Neue Meldepflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen
Christoph Finsterer und Martin Lehner

JUDIKATUR

- 355 EuGH: Vorsteuerabzug für anlässlich eines gescheiterten Beteiligungserwerbs bezogene Dienstleistungen
EuGH 17.10.2018, Rs C-249/17, *Ryanair*
(Anmerkung von Thomas Bieber und Sebastian Trarlehner)
- 360 BFG zur Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln
BFG 29.6.2018, RV/7103076/2010
(Anmerkung von Valentin Bendlinger)

SERVICETEIL

- 363 Rezensionen
- 365 Bücherliste
- 367 Autorensseiten
- 368 Impressum



SCHRIFTLEITUNG

Prof. Dr. Bernhard Stüer, Münster/Osnabrück

HERAUSGEBER

Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas von Danwitz,

Luxemburg

Prof. Dr. Dr. Wolfgang Durner, Bonn

Marion Eckertz-Höfer, Leipzig

Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Berlin

Dr. Caspar David Hermanns, Osnabrück

Prof. Dr. Wolfgang Kahl, Heidelberg

Prof. Dr. Christoph Moench, Berlin

Prof. Dr. Hans-Werner Rengeling, Osnabrück

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert, Leipzig

Prof. Dr. Bernhard Stüer



Heft 3
1. Februar 2019
Seiten 133–196
134. Jahrgang
Art.-Nr. 56355903
PVSt 2421

3

AUS DEM INHALT

ABHANDLUNGEN

Klaus Rennert

Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zum Umweltrecht S. 133

Christoph Külpmann

Anmerkungen zum gegenwärtigen Stand des Umweltrechtsschutzes S. 140

Wolfgang Durner

Die integrierte Vorhabengenehmigung – Bilanz und Perspektiven S. 145

Christoph Schaefer

Die neue EASA-Verordnung: Eine europäische Behörde im Spannungsfeld zwischen erweitertem Auftrag und demokratischer Legitimation S. 153

BERICHTE

Boas Kümpfer

Abweichungsgesetzgebung im Raumordnungsrecht und im raumbedeutsamen Umweltrecht – Bericht über den Workshop des Arbeitskreises »Forum Planungsrecht« der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und des Bundesinnenministeriums am 27.11.2018 in Berlin S. 157

RECHTSPRECHUNG

EuGH, Ur. v. 26.06.2018 – C-451/16 –

Auslegung der Gleichbehandlungsrichtlinie bei Geschlechtsumwandlung unter Altersrente S. 166

BVerwG, Ur. v. 24.05.2018 – 3 C 18.16 –

Klagebefugnis gegen Schiffbarkeitserklärung S. 171

BVerwG, Ur. v. 29.08.2018 – 1 C 6.18 –

Hinweis in Rechtsbehelfsbelehrung auf Abfassung der Klage in deutscher Sprache S. 174

OVG NRW, Ur. v. 18.09.2018 – 8 A 1884/16 –

Geltungsdauer einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung bei Anfechtung von Nebenbestimmungen S. 178

Nds. OVG, Ur. v. 20.09.2018 – 1 KN 169/16 –

Überplanung von Wald S. 181

OVG NRW, Ur. v. 12.10.2018 – 6 A 384/16 –

Voraussetzungen für die Übernahme in ein Beamtenverhältnis bei einem Professor S. 185

Nds. OVG, Ur. v. 14.11.2018 – 2 LC 1768/17 –

Schülerbeförderung zu einer Förderschule S. 194

Carl Heymanns Verlag

NVwZ

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

B 1384

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z135

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen
Wochenschrift

herausgegeben von

Prof. Dr. Rüdiger Breuer

Prof. Dr. Martin Burgi

Prof. Dr. Christian Calliess

Dr. Josef Christ

Prof. Dr. Klaus-Peter Dolde

Dr. Frank Fellenberg

Dr. Andreas Heusch

Prof. Dr. Thomas Mayen

Prof. Dr. Hubert Meyer

Prof. Dr. Janbernd Oebbecke

Prof. Dr. Joachim Scherer

Dr. Heribert Schmitz

Prof. Dr. Friedrich Schoch

Dr. Thomas Schröer

Prof. Dr. Rudolf Streinz

www.nvwz.de

Aus dem Inhalt

S. Detterbeck

Folgenbeseitigungs- und polizeirechtlicher Ausgleichs-
anspruch beim Vollzug rechtswidriger Gesetze 97

T. I. Schmidt

Gesetzgebungskompetenz zur Neuregelung der
Grundsteuer 103

F. Schwill

Die Begrenzung des parlamentarischen Anfragerichts
durch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie
Verschwiegenheitsregelungen 109

Th. Voland

Zur Reichweite von Menschenrechten im Klimaschutz 114

M. Knauff

Deutschland im Takt? – Juristische Anmerkungen zur
Vernetzung von Bus- und Bahnverkehren 120

D. Wedel/A. Klenke/M. Hollands

Erweiterung des Rechtsschutzes in Nordrhein-Westfalen 125

J. A. Kämmerer

Das „Wightman“-Urteil des EuGH: Ein Freifahrtschein
für den Exit vom Brexit 129

EuGH

Widerruf/Rücknahme der Austrittserklärung eines
Mitgliedstaats aus der EU 143

EuG

Informationsrecht: Zugang zu den Dokumenten
über die laufenden Trilogie seitens EU-Parlament
(Anm. M. Jäkel) 150

BVerwG

Keine Klagebefugnis des öffentlich-rechtlichen
Entsorgungsträgers (Anm. M. Kment) 163



3/2019

1. Februar 2019

38. Jahrgang S. 97–176



2750201903

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M.

3 2019

Inhalt

Aufsätze		<i>S. Detterbeck</i> , Folgenbeseitigungs- und polizeirechtlicher Ausgleichsanspruch beim Vollzug rechtswidriger Gesetze 97	
		<i>T. I. Schmidt</i> , Gesetzgebungskompetenz zur Neuregelung der Grundsteuer 103	
		<i>F. Schwill</i> , Die Begrenzung des parlamentarischen Anfragerechts durch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie vertragliche und gesetzliche Verschwiegenheitsregelungen 109	
		<i>T. Voland</i> , Zur Reichweite von Menschenrechten im Klimaschutz 114	
		<i>M. Knauff</i> , Deutschland im Takt? – Juristische Anmerkungen zur Vernetzung von Bus- und Bahnverkehren 120	
Kurze Beiträge		<i>D. Wedel/A. Klenke/M. Hollands</i> , Erweiterung des Rechtsschutzes in Nordrhein-Westfalen 125	
		<i>G. Warg</i> , Den Verfassungsschutz im Ausland einsetzen ...! 127	
Zur Rechtsprechung		<i>J. A. Kämmerer</i> , Das „Wightman“-Urteil des EuGH: Ein Freifahrtschein für den Exit vom Brexit 129	
Mitteilungen		<i>A. Homeier</i> , 5. Symposium zur Informationsfreiheit in Berlin vom 13. bis 14.9.2018 131	
Buchbesprechungen		<i>T. Barczak</i> , BVerfGG (<i>M. Sachs</i>) 134	
		<i>C. Grube/V. Warendorf</i> , SGB XII Sozialhilfe mit Asylbewerberleistungsgesetz (<i>B. Glatzel</i>) 134	
Rechtsprechung			
EGMR	22. 10. 18 – 35553/12 ua	Präventivhaft für Fußballhooligans Anm. <i>J. M. Hoffmann</i>	135 141
EuGH	10. 12. 18 – C-621/18	Widerruf des Austritts eines Mitgliedstaats aus der EU	143
EuGH	13. 12. 18 – C-298/17	Pflicht zur Echtzeitübertragung (Live-Stream) von Fernsehsendungen	148
EuG	22. 3. 18 – T-540/15	Zugang zu Dokumenten über die laufenden Trilogie seitens EU-Parlament (Ls.) Anm. <i>M. Jäkel</i>	150 150
BVerfG	16. 10. 18 – 2 BvL 2/17	Absenkung der Eingangsbesoldung in Baden-Württemberg verfassungswidrig	152
BVerfG	11. 12. 18 – 2 BvE 1/18	Unzulässiges Organstreitverfahren gegen Flüchtlingspolitik	159
BVerfG	7. 12. 18 – 2 BvQ 105/18 ua	Unzulässige Rechtsschutzanträge gegen Zustimmung zum Migrationspakt	161
BVerfG	19. 11. 18 – 1 BvR 2391/18	Unzulässigkeit des Einreichens einer Verfassungsbeschwerde per De-Mail	162
IV	NVwZ 2019, Heft 3		

BVerwG	27. 9.18 – 7 C 23/16	Keine Klagebefugnis des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers	163
		Anm. M. Kment	165
BVerwG	29. 8.18 – 1 C 6/18	Hinweis in Rechtsbehelfsbelehrung auf Abfassung der Klage in deutsch	167
VGHMünchen	26. 9.18 – 5 CS 18.1157	Übermittlung gehashter E-Mail-Adressen zu Werbezwecken	171
OVGMagdeburg	31. 5.18 – 2 L 6/17	Kosten für die Abgabe von Geobasisdaten	174

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NVwZ-Blog	VII
NVwZ-RR, NJW, Rechtsprechung in Pressemitteilung	VIII
Rechtsprechung in Leitsätzen	IX
EU-Nachrichten, Gesetzgebungsverfahren und Veranstaltungen	X

Aus- und Weiterbildungsanzeigen auch online!

Ihre Aus- und Weiterbildungsanzeige erscheint auch online unter

www.beck-stellenmarkt.de/Veranstaltungen

- Erhöhte Reichweite durch Online-Präsenz von 6 Wochen
- Präsentation als Teaser- und Layout-Variante
- Verlinkung auf URL, falls angegeben



Fachanwalts-Lehrgang Verwaltungsrecht

5% Frühbucher-Rabatt sichern!

Leipzig Start: 13.06.2019

Frankfurt/M. Start: 24.10.2019

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBER-seminare.de



Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBER-seminare.de
www.ARBER-seminare.de

ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a. M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zur deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonsti-

gen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81

89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz.*

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2019: NVwZ ohne NVwZ-RR: jährlich € 339,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** für NJW-Bezieher: jährlich € 295,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis Studenten** (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) jährlich € 169,50 (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 18,- (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: jährlich € 535,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** NJW-Bezieher jährlich € 469,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis Studenten** (w.o.) jährlich € 267,50 (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 27,- (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene

Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Verandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenserviceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Bezieher kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.

GEWEL *D3-Z151* ARCHIV

ZEITSCHRIFT FÜR WIRTSCHAFTSVERWALTUNGSRECHT

Herausgeber

Dr. Frank Hüpers

Unter Mitwirkung von

Dr. Sabine Hepperle

Dr. Joachim Lang

Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert

Ulrich Schönleiter

Holger Schwannecke

Prof. Dr. Andreas Voßkuhle

Dr. Martin Wansleben

Schriftleitung

Dr. Frank Rieger

Aus dem Inhalt

KMU-Beihilfen

Prof. Dr. jur. Walter Frenz, Aachen

Die Bildung von Rücklagen durch die Kammern –
Maßgaben nach der neueren verwaltungsgerichtli-
chen Rechtsprechung

Dr. Andreas Heusch, Düsseldorf

Die Vergabe von IT-Leistungen – Besondere Anfor-
derungen und besondere Flexibilität? (Teil II)

Dr. Ingrid Reichling / Nina Kristin Scheumann, München

Der Zweitbescheid nach § 25 Schornsteinfeger-Hand-
werksgesetz und seine Vollstreckung

Klaus Weber, Chemnitz



2/2019

Februar

Seite 49 - 88

Gildebuchverlag

Abhandlungen

KMU-Beihilfen	Prof. Dr. jur. Walter Frenz, Aachen	S. 49
Die Bildung von Rücklagen durch die Kammern – Maßgaben nach der neueren verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung	Dr. Andreas Heusch, Düsseldorf	S. 53
Die Vergabe von IT-Leistungen – Besondere Anforderungen und besondere Flexibilität? – (Teil II)	Dr. Ingrid Reichling / Nina Kristin Scheumann, München	S. 58
Der Zweitbescheid nach § 25 Schornsteinfeger-Handwerksgesetz und seine Vollstreckung	Regierungsdirektor a.D. Klaus Weber, Chemnitz	S. 63

Rechtsprechung, Erlasse und Leitsätze

Verfassungsrecht, Europarecht, allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, allgemeines Gewerberecht

Gesetzliche Mitgliedschaft, Pflichtmitgliedschaft, Vereinbarkeit mit Europäischer Menschenrechtskonvention, Vereinigungsfreiheit	EGMR	13.09.2018	28433/18 u.a.	S. 67
Rundfunkbeitrag, Beihilfe, Vorabentscheidungsverfahren	EuGH	13.12.2018	C492/17	S. 67
Pflicht von Betreibern von Buslinien zur Kontrolle von Reisepässen und Aufenthaltstiteln beim Überschreiten von Binnengrenzen, Schengener Grenzkodex, Vorabentscheidungsverfahren	EuGH	13.12.2018	C412/17 u.a.	S. 70

Gewerbeordnung und sonstiges Gewerberecht

Funktionale Selbstverwaltung, Demokratiegebot, Grundsatz der Spiegelbildlichkeit, personalisierte Verhältniswahl, Wirtschaftsprüferkammer, Vorstand, Beirat, Haushaltsausschuss, Wahllisten, Interessengruppen	BVerwG	28.03.2018	10 C 2.17	S. 74
Spielhalle, Verpflichtung zur Entfernung des Begriffs „Casino“, Zwangsgeldfestsetzung, Handlungsverpflichtung, zukunftsgerichtete Frist, angemessene Frist	OVG Münster	20.09.2018	4 A 1396/16	S. 77
Spielhalle, glücksspielrechtliche Erlaubnis, vorläufiger Weiterbetrieb, unmittelbare Nähe zu einer Schule, Bestimmtheitsgebot, Abstandsgebot, unbillige Härte	OVG Weimar	23.03.2018	3 EO 640/17	S. 80

Handwerk, Berufsbildung

Gefälschte Zeugnisse, Internetseite, gewerbsmäßige strafbare Kennzeichenverletzung	AG München	05.06.2018	1121 Ds 63 Js 28388/14	S. 80
--	------------	------------	---------------------------	-------

Gaststätten, Handel, Dienstleistungen, Ladenschluss

Gelegenheitsverkehr mit Taxen, Genehmigung, erneute Erteilung nach Widerruf, Unzuverlässigkeit, keine Pflicht zur erneuten Betriebsprüfung, einstweiliger Rechtschutz	OVG Hamburg	16.10.2018	3 Bs 159/18	S. 81
Behördliche Aufsicht über die Einhaltung von Sozialvorschriften im Straßenverkehr, Verpflichtung des Auftraggebers eines Verkehrsunternehmers zur Auskunftserteilung, Firmennamen und -adressen von Subunternehmern, Rechtsgrundlage, Datenschutzrechtliche Zulässigkeit der Datenerhebung bei Dritten	VGH München	25.10.2018	22 B 17.1382	S. 83
Spielhalle, Sperrzeitverkürzung, Dauerverwaltungsakt, Widerruf, Widerrufsvorbehalt, Berufsfreiheit, Vertrauensschutz, Treu und Glauben	OVG Koblenz	23.08.2018	6 A 11730/17	S. 83
Anordnung der Bundesnetzagentur, regulierte Zugangsleistung, Intra-Building-Abschnitte, Zentrale Zeichengabekanäle, Kollokationsflächen, Zusammenschaltungsvereinbarung, fehlende Entgeltabrede, Entgeltgenehmigung, Hauptleistungspflicht, Mitwirkungspflicht, Grundsatz privatautonomer Gestaltung, Rückwirkung, Auswahlermessen, Regulierungsziele	BVerwG	19.11.2018	6 B 57.18	S. 84

Fortsetzung 4. Umschlagseite

Planungsrecht, Umweltrecht, sonstiges Wirtschaftsverwaltungsrecht

Luftreinhalteplan, Fortschreibung, rechtskräftige Verurteilung eines Bundeslandes, Verkehrsverbote für Dieselfahrzeuge als geschuldeter Mindestinhalt dieser Fortschreibung, Nichterfüllung dieser Verpflichtung, Erfolglosigkeit der wiederholten Androhung und Festsetzung von Zwangsgeldern, Antrag des Vollstreckungsgläubigers auf Festsetzung von Zwangshaft gegen Amtsträger des verurteilten Bundeslandes, verfassungsrechtliche Vorbehalte gegen die Festsetzung von Zwangshaft auf der Grundlage von § 888 ZPO, Einholung einer Vorabentscheidung des EuGH

VGH München 09.11.2018 22 C 18.1718 S. 86

Luftreinhalteplan, Klagen auf Anpassung, Zuständigkeit OVG

VG Hannover 25.10.2018 4 A 11790/17 S. 87

Baurechtliche Genehmigung, Bestimmtheit, Nachbarrechte, Gebietsgewährleistungsanspruch, Lärmgutachten

OVG Münster 10.07.2018 2 A 2504/16 S. 87

Sitzverlegung einer aufgelösten GmbH, Handelsregister, Anmeldung, Gläubigerinteresse, inländische Geschäftsanschrift, Sitzungssitz, Rechtfertigung der Sitzverlegung

KG Berlin 24.04.2018 22 W 63/17 S. 87

Aufgrund eines bedauerlichen Satzfehlers sind in Heft 1 des Gewerbearchivs 2019 fehlerhafte Angaben zu den Fundstellen der Leitsatzentscheidungen in GewArchO enthalten. Nachfolgend finden Sie die korrekten Fundstellen:

Verfassungsrecht, Europarecht, allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, allgemeines Gewerberecht

Akkreditierung, Befristung, Konformitätsbewertungsstelle, Verwaltungsvorschrift

BVerwG 19.09.2018 8 C 6.17 GewArchO 2019, 1

Gewerbeordnung und sonstiges Gewerberecht

IHK-Beitrag, Rücklagen, Mittelbedarf, Ausgleichsrücklage, Nettoposition, Ergebnisvortrag, Verjährung

OVG Lüneburg 17.09.2018 8 LB 128/17 GewArchO 2019, 3

Spielhalle, Verbundverbot, Erlaubnispflicht, Ablauf Übergangszeit, Härtefall, Mietvertrag, außerordentliche Kündigung, einstweiliger Rechtsschutz

OVG Bautzen 08.08.2018 3 B 351/17 GewArchO 2019, 19

Gaststätte, Nichtrauchererschutz, Zwangsgeld, vorläufiger Rechtsschutz, Streitwert

OVG Münster 08.10.2018 4 B 1181/18 u.a. GewArchO 2019, 21

Gaststätten, Handel, Dienstleistungen, Ladenschluss

Ladenschluss, Verordnung, Normenkontrolle, konkrete Veranstaltung, Anlass, Prognoseanforderungen, räumliche Wirkung

VGH München 09.08.2018 22 N 18.243 GewArchO 2019, 22

Planungsrecht, Umweltrecht, sonstiges Wirtschaftsverwaltungsrecht

Abfall, Öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, gewerbliche Sammlung, Gefährdung der Funktionsfähigkeit, keine Klagebefugnis

BVerwG 27.09.2018 7 C 23.16 GewArchO 2019, 26

Bebauungsplan, Veränderungssperre, Herabstufung eines Industriegebietes zu einem Gewerbegebiet, gemeindliches Einvernehmen

OVG Münster 08.05.2018 2 D 44/17.NE GewArchO 2019, 28

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

WIRTSC
UNL D3-Z/151
VERWALTUNG *Beit.*

THEMENHEFT ZUM GEWERBEARCHIV

**Aktuelle Fragen
des Friedhofs- und Bestattungsrechts**

Vorträge der 10. Speyerer Tage für Friedhofs- und Bestattungsrecht 2018

Prof. Dr. Ulrich Stelkens, Speyer
Prof. Dr. Dr. Tade Matthias Spranger, Bonn/Mannheim
Prof. Dr. Erik Gawel, Leipzig
Dr. Michael C. Albrecht, Hannover
Prof. Dr. Ansgar Hense, Bonn/Potsdam
Harald Walther, Speyer/Mainz
Prof. Dr. Cristina Fraenkel-Haeberle, Speyer

Leitung: Prof. Dr. Ulrich Stelkens

1/2019

Seite 1 - 88
Gildebuchverlag

Aktuelle Fragen des Friedhofs- und Bestattungsrechts

Vorträge der 10. Speyerer Tage für Friedhofs- und Bestattungsrecht 2018

Das Friedhofs- und Bestattungsrecht und das Allgemeine Verwaltungsrecht: Überlegungen aus Anlass der 10. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestat- tungsrecht

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens, Speyer S. 1

Aktuelle Rechtsprechung zum Friedhofs- und Bestattungsrecht

Prof. Dr. Dr. Tade Matthias Spranger, Bonn/Mannheim S. 7

Gebühren und Wettbewerb – Theoretische und praktische Herausforderungen

Prof. Dr. Erik Gawel, Leipzig S. 15

Praxisbericht: Grundsätze ordnungsgemäßer Friedhofsbewirtschaftung und Bestattung – Fachbeitrag zu den 10. Speyerer Tagen zum Friedhofs- und Be- stattungsrecht –

Dr. Michael Albrecht, Hannover S. 24

Satzungen für kirchliche Friedhöfe: Rechtsnatur und Gestaltungsmöglichkeiten

Prof. Dr. Ansgar Hense, Bonn/Potsdam S. 36

Der Familienkonflikt, die Friedhofsverwaltung, der Bestatter und die Mediation

Harald Walther, Speyer / Mainz S. 45

Das Bestattungsrecht in Italien

Prof. Dr. Cristina Fraenkel-Haeberle, Speyer S. 53

STEUER- UND WIRTSCHAFTSKARTEI

Zeitschrift für das gesamte Steuer- und Wirtschaftsrecht

In diesem Heft

Einleitung	129
Die Einkommensteuererklärung (E 1) für 2018	130
Wichtige Änderungen des Jahres 2018 im Überblick	130
Rechtsgrundlagen für die Einkommensbesteuerung	135
Musterformular E 1	165
Erläuterungen zum Musterformular E 1	173
Die Beilage L 1d (Sonderausgaben) für 2018	196
Musterformular L 1d	197
Erläuterungen zur Beilage L 1d	199
Die Beilage L 1ab (außergewöhnliche Belastungen) für 2018	200
Musterformular L 1ab	202
Erläuterungen zur Beilage L 1ab	204
Die Beilage L 1k (steuerliche Berücksichtigung von Kindern) für 2018	205
Musterformular L 1k	206
Erläuterungen zur Beilage L 1k	208
Die Beilage E 1a (betriebliche Einkünfte) für 2018	210
Musterformular E 1a	212
Erläuterungen zur Beilage E 1a	216
Die Beilage E 1a-K (vereinfachte Version für kleine Unternehmen) für 2018	226
Musterformular E 1a-K	227
Erläuterungen zur Beilage E 1a-K	229
Die Beilage E 1b (Vermietung und Verpachtung) für 2018	231
Musterformular E 1b	232
Erläuterungen zur Beilage E 1b	234
Die Beilage E 1c (Land- und Forstwirtschaft) für 2018 im Überblick	239
Die Beilage E 1kv (Kapitalvermögen) für 2018	239
Musterformular E 1kv	242
Erläuterungen zur Beilage E 1kv	245
Die Feststellungserklärung (E 6) für 2018	249
Die Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung (L 1) für 2018	253
Musterformular L 1	256
Die Körperschaftsteuererklärung (K 1) für 2018	260
Musterformular K 1	261
Erläuterungen zum Musterformular K 1	266
Die Umsatzsteuererklärung (U 1) für 2018	270
Wichtige Änderungen des Jahres 2018 im Überblick	270
Musterformular U 1	277
Erläuterungen zum Musterformular U 1	280
Stichwortverzeichnis	308

Impressum: Siehe letzte Umschlagseite

Diese SWK-Ausgabe ist auch einzeln, außerhalb des Abonnements, zum Preis von EUR 38,- inkl. MwSt, exkl. Versandkosten, erhältlich. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in diesem Heft trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Redaktion oder des Verlages ausgeschlossen ist.

SWK

Steuer- und Wirtschaftskartei

Redaktion: Prof. Gerhard Gaedke/Dr. Gerhard Kohler
Dr. Christa Lattner/Mag. Stefan Menhofer
Dr. Michael Tumpel

Tel. Redaktion: +43 1 24 630, **Fax:** DW 51

E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at

Tel. Verlag: +43 124 630 Serie, **Fax:** DW 23

Adresse: 1210 Wien, Scheydgasse 24

KoR^{IF}

D3-Z291



www.kor-ifrs.de



Internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung

Fachbeirat: Prof. Dr. Andreas Barckow • Prof. Dr. Axel Haller • Prof. Dr. Sven Hayn • Prof. Dr. Peter Kajüter • Dr. Harald Köster • Prof. Dr. Peter Leibfried • Prof. Dr. Martin Schmidt • Prof. Dr. Bernd Stibi • Prof. Dr. Isabel von Keitz • Prof. Dr. Patrick Velte • Prof. Dr. Johannes Wirth • Prof. Dr. Jochen Zimmermann • Prof. Dr. Henning Zülch

AUFSÄTZE

- Bernd Kliem/Jan Kosma*
DPR-Prüfungsschwerpunkte 2019: Fortwährender Fokus auf neuen Standards 53
- Tobias Stork genannt Wersborg/Svea Emmerich*
Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Bewertung von Marken im Zuge von Unternehmenstransaktionen nach IFRS, Handelsrecht und Steuerrecht 61
- Isabel von Keitz/Rainer Grote*
Angaben zur erstmaligen Anwendung von IFRS 15 73
- Josef Baumüller*
Erste Befunde zur Umsetzung der nichtfinanziellen Berichterstattung in Österreich 81

FALLSTUDIE

- Peter C. Lorson/Ellen Haustein/Felix Beske/Hans-Henning Schult/Jörg Poller*
Rechnungslegung im privaten und staatlichen Sektor (Teil 6) 91

TAGUNGSBERICHT

- Hans-Jürgen Hillmer*
Trends und Perspektiven der IFRS- und HGB-Rechnungslegung (Teil 2) 100

RECHNUNGSLEGUNG & INVESTOR RELATIONS

- Henning Zülch/Carl W. Weuster*
Online-Berichterstattung in Deutschland – Der Status Quo 105

Im Abonnement enthalten:

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

Handelsblatt
FACHMEDIEN

AUFSÄTZE

IFRS/Rechnungslegung

DPR-Prüfungsschwerpunkte 2019:

Fortwährender Fokus auf neuen Standards

WP/StB Dr. Bernd Kliem, München / WP/StB Jan Kosma, Hannover

Die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) hat in einer Pressemitteilung vom 15.11.2018 ihre fünf Prüfungsschwerpunkte für 2019 veröffentlicht und auf der 10. Jahrestagung Bilanzkontrolle und Abschlussprüfung: „Bilanzierung, Berichterstattung und Enforcement in Recht und Praxis“ des Deutschen Aktieninstituts e.V. (DAI) in Frankfurt/M. näher erläutert. Drei dieser Schwerpunkte bilden die am 26.10.2018 von der European Securities and Markets Authority (ESMA) bekannt gegebenen gemeinsamen europäischen Prüfungsschwerpunkte.

KOR1292702

S. 53

IFRS/Rechnungslegung

Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Bewertung von Marken im Zuge von Unternehmenstransaktionen nach IFRS, Handelsrecht und Steuerrecht

Dr. Tobias Stork genannt Wersborg / Svea Emmerich, beide Hamburg

Unternehmenstransaktionen sind nach verschiedenen Regelungen bilanziell abzubilden, die jeweils individuelle Wertkonzepte für die Bewertung umfassen. Der Beitrag beleuchtet die Frage, ob die Vorschriften nach IFRS, Handelsrecht und Steuerrecht dazu führen, dass das Bewertungsergebnis einer erworbenen Marke unterschiedlich ausfällt. Es zeigt sich, dass in den Einzelregelungen Unterschiede existieren, die zu verschiedenen Werten bei der Markenbewertung führen können. Insofern ist es ohne weitere Analysen nicht empfehlenswert, unreflektiert einen Wert für sämtliche Regelungssysteme zu verwenden.

KOR1276080

S. 61

IFRS/Rechnungslegung

Angaben zur erstmaligen Anwendung von IFRS 15

Prof. Dr. Isabel von Keitz, Münster / WP/StB Rainer Grote, Düsseldorf

Die Auswertung der Konzernhalbjahresabschlüsse per 30.06.2018 von 44 SDAX-Unternehmen hat gezeigt, dass sich die Reform der Ertragerfassung nur auf einzelne Unternehmen wesentlich auswirkt. Aufgrund der qualitativen Wesentlichkeit des IFRS 15 sollten u.E. aber auch Unternehmen, für die IFRS 15 zu keinen (wesentlichen) Änderungen hinsichtlich der Ertragerfassung geführt hat, zumindest ausführen, dass sie IFRS 15 erstmalig angewandt haben, was Gegenstand des IFRS 15 ist und dass die Erstanwendung zu keinen Auswirkungen/Änderungen geführt hat. Auf Basis der Analyse der Angaben in den Zwischenabschlüssen werden Empfehlungen erarbeitet, wie die nach IAS 8.28 bzw. IFRS 15.C geforderten Angaben in den Konzernabschlüssen 2018 gestaltet werden können.

KOR1291498

S. 73

Rechnungslegung

Erste Befunde zur Umsetzung der nichtfinanziellen Berichterstattung in Österreich

Mag. (FH) Josef Baumüller, Wien und Tulln an der Donau

Die Berichts-Saison 2017/18 war in Deutschland wie in Österreich gleichermaßen von der erstmaligen Umsetzung der nichtfinanziellen Berichtspflichten i.S.d. CSR-Richtlinie (2014/95/EU) geprägt. Obwohl diese auf vergleichbare Weise ins jeweilige nationale Recht transformiert wurde, weist die Berichterstattungspraxis in einigen Punkten bedeutsame Unterschiede auf. Deren in dem Beitrag erfolgende Gegenüberstellung für beide Länder soll das Bewusstsein für wichtige Detailbestimmungen und weiteren Handlungsbedarf schärfen.

KOR1277884

S. 81

FALLSTUDIE

Rechnungslegung

Rechnungslegung im privaten und staatlichen Sektor (Teil 6)

Prof. Dr. Peter C. Lorson / Dr. Ellen Haustein / Felix Beske, M.Sc. / Hans-Henning Schult, M.Sc., alle Rostock / Dr. Jörg Poller, Berlin

Die Fallstudienreihe führt fragengeleitet in die Rechnungslegung im privaten und öffentlichen Sektor auf Einzelabschlussenebene ein, wobei jeweils auf zwei nationale und internationale Normensysteme Bezug genommen wird: einerseits das HGB für Kaufleute bzw. für große KapGes. und die Standards staatlicher Doppik (SsD) für Gebietskörperschaften (hier Bundes- und Landesebene) sowie andererseits IFRS für kapitalmarktorientierte Konzerne und die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) für Einheiten des öffentlichen Sektors, wie Gebietskörperschaften, staatliche Einheiten der mittelbaren Verwaltung sowie internationale Organisationen (z.B. UNO, NATO, EU-Kommission und OECD). In Teil 6 wird das Bilanzierungsfeld Leasing behandelt.

KOR1291968

S. 91

TAGUNGSBERICHT

IFRS/Rechnungslegung

Trends und Perspektiven der IFRS- und HGB-Rechnungslegung (Teil 2)

Dipl.-Kfm. Dr. Hans-Jürgen Hillmer, Coesfeld

Viele einzelne Anwendungsprobleme bestimmter Standards und Vorschriften müssen die Verantwortlichen für die IFRS- bzw. HGB-Rechnungslegung derzeit lösen. Dies zeigte sich in Frankfurt/M. anlässlich des PwC-Expertenforums am 25./26.09.2018 zum einen hinsichtlich der Anwendung neuer IFRS und dazugehöriger Anhangangaben und zum anderen mit dem weiteren Vordringen nichtfinanzieller Elemente in die Finanzberichterstattung und deren digitaler Umsetzung.

KOR1289874

S. 100

RECHNUNGSLEGUNG & INVESTOR RELATIONS

Investor Relations

Online-Berichterstattung in Deutschland – Der Status Quo

Prof. Dr. Henning Zülch / Carl W. Weuster, M.Sc., beide Leipzig

Die Einführung eines HTML-basierten Online-Berichts bietet umfassende Möglichkeiten zur Verbesserung der Unternehmenskommunikation. Dennoch machen bisher nur wenige Unternehmen in Deutschland von dieser Möglichkeit Gebrauch. In dem Beitrag werden die Potenziale dieses neuen Mediums erörtert und Einblicke in den geltenden Status Quo gem. der Ergebnisse des Kapitalmarkt-Wettbewerbs Investors' Darling 2018 gegeben.

KOR1293481

S. 105

REPORTS

International

S. 107

National

S. 109

SERVICE

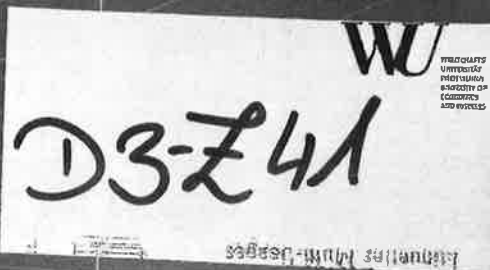
Neues aus der Owlit-Datenbank

M3

Neue Bücher/Impressum

M4

StuB



3

8.2.2019

www.nwb.de

STEUER- UND BILANZPRAXIS

- 97 Rückstellungsreport 2018
WP/StB Prof. Dr. Peter Oser und WP/StB Dr. Holger Wirtz
- 104 Veräußerung ausländischer Immobilienkapitalgesellschaften
StB Dr. Michael Hoheisel
- 111 Zu den Aufzeichnungspflichten gem. § 22f UStG und dem hierzu ergangenen BMF-Schreiben vom 17.12.2018
StB Benno L'habitant
- 118 Korrektur unzutreffender Rechtsanwendung in Bauträgerfällen
Regierungsrat Dipl.-Fin. (FH) Dirk Steiner
- 121 Zur Hinzurechnung transaktionsbezogener Zahlungen an Portalbetreiber von Computerreservierungssystemen
StB Prof. Dr. Tina Hubert



PRAXISFÄLLE

- 125 Künftige Vorteile bei der Bewertung von Sozialplanrückstellungen
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

- 126 Vorsteuerabzug und Repräsentationsaufwand
StB Michael Seifert

KURZNACHRICHTEN

- 129 Keine Gewinnrealisierung durch Bewilligung eines Vergütungsvorschusses für bilanzierenden Insolvenzverwalter
- 129 Betriebsausgabenkürzung bei Beiträgen zur betrieblichen Altersversorgung
- 130 Anwendung der Sanierungsklausel nach § 8c Abs. 1a KStG – Änderung durch das JStG 2018
- 131 Sachbezugswert für arbeitstäglige Zuschüsse zu Mahlzeiten

HERAUSGEBER:

WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

StuB

STEUER- UND BILANZPRAXIS

- 97 **Rückstellungsreport 2018**
Darstellung ausgewählter Rückstellungssachverhalte
WP/StB Prof. Dr. Peter Oser und WP/StB Dr. Holger Wirtz
- 104 **Veräußerung ausländischer Immobilienkapitalgesellschaften**
Ausweitung der beschränkten Steuerpflicht ab 2019
StB Dr. Michael Hoheisel
- 111 **Zu den Aufzeichnungspflichten gem. § 22f UStG und dem hierzu ergangenen BMF-Schreiben vom 17.12.2018**
Neue Aufzeichnungspflichten ab dem 1.1.2019
StB Benno L'habitant
- 118 **Korrektur unzutreffender Rechtsanwendung in Bauträgerfällen**
Anmerkung zum BFH-Urteil vom 27.9.2018 - V R 49/17
Regierungsrat Dipl.-Fin. (FH) Dirk Steiner
- 121 **Zur Hinzurechnung transaktionsbezogener Zahlungen an Portalbetreiber von Computerreservierungssystemen**
Anmerkungen zum BFH-Urteil vom 26.4.2018 - III R 25/16
StB Prof. Dr. Tina Hubert

PRAXISFÄLLE

- 125 **Künftige Vorteile bei der Bewertung von Sozialplanrückstellungen**
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach

AKTUELL BERATEN

- 126 **Vorsteuerabzug und Repräsentationsaufwand**
StB Michael Seifert

KURZNACHRICHTEN

- 128 Überlassung eines Datenträgers im Rahmen einer Betriebsprüfung
- 129 Keine Gewinnrealisierung durch Bewilligung eines Vergütungsvorschusses für bilanzierenden Insolvenzverwalter
- 129 Betriebsausgabenkürzung bei Beiträgen zur betrieblichen Altersversorgung
- 130 Gesellschaftsvertragliche Zuweisung des Einnahmen- oder Werbungskostenüberschusses einer vermögensverwaltenden GbR bei Gesellschafterwechsel
- 130 Anwendung der Sanierungsklausel nach § 8c Abs. 1a KStG – Änderung durch das JStG 2018
- 130 Betrieb eines Blockheizkraftwerks – Wohnungseigentümergeinschaft als gewerbliche Mitunternehmerschaft
- 131 Generationen- und betriebsübergreifende Totalgewinnprognose bei Übertragung eines Landwirtschaftsbetriebs (Pferdeponen) unter Nießbrauchsvorbehalt
- 131 Sachbezugswert für arbeitstägl. Zuschüsse zu Mahlzeiten
- 132 Allgemeinverfügung zur Zurückweisung der Einsprüche zur Einheitsbewertung
- 133 Kein Ausschluss der Berichtigung des Kapitalwerts eines Vorerwerbs nach § 14 Abs. 2 BewG durch die Fiktion nach § 10 Abs. 3 ErbStG
- 133 Gemeinnützigkeit eines Vereins zur Förderung des IPSC-Schießens
- 134 Vorläufige Steuerfestsetzungen
- 135 Nichtigkeit von Schätzungen
- VII Service/Impressum



Merksatz



Literatur



Weblink



Informationen



Audio



Siehe auch



Experten-Blog



Quelle



Video



Galerie



Berechnung

FOKUS

- 35 Vertragserfüllungskosten bei Drohverlustrückstellungen
Prof. Dr. Christian Fink und Prof. Dr. Nadine Antonakopoulos
- 40 Klassifikation von Untermietverhältnissen (subleases) nach IFRS 16
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach und WP Dr. Jens Freiberg
- 44 Vergleichbarkeit der Finanzberichterstattung kapitalmarktorientierter
Konzerne in der EU – Teil 3: Empirische Untersuchung
Prof. Dr. Janina Bogajewskaja und Prof. Dr. Nadja Jehle

PRO & CONTRA

- 51 Unvermeidbare Kosten nach ED/2018/2?
PD Dr. Andreas Haaker und WP Dr. Jens Freiberg

NEWS

- 53 IDW-Stellungnahme zu DP/2018/1

IFRS AKTUELL

- 54 IFRS 13: Ergebnisse des Post-Implementation Review
WP Dr. Daniel T. Fischer

KOMPAKTWISSEN

- 58 Aufdeckungsrisiko für die Bilanzierung sonstiger Steuerverpflichtungen
WP Dr. Jens Freiberg

PRAXISFÄLLE

- 60 Korrektur eines Fehlers in der Vorperiode
WP Dr. Jens Freiberg

HERAUSGEBER

WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach, WP Dr. Jens Freiberg



FOKUS

- 35 **Vertragserfüllungskosten bei
Drohverlustrückstellungen**
Änderungsvorschläge des ED/2018/2
Prof. Dr. Christian Fink und Prof. Dr. Nadine Antonakopoulos
- 40 **Klassifikation von Untermietverhältnissen
(subleases) nach IFRS 16**
Signifikante Unterschiede zu
„normalen“ Leasingverhältnissen
WP/StB Dr. Norbert Lüdenbach und WP Dr. Jens Freiberg
- 44 **Vergleichbarkeit der Finanzberichterstattung
kapitalmarktorientierter Konzerne in der EU**
Teil 3: Empirische Untersuchung
Prof. Dr. Janina Bogajewskaja und Prof. Dr. Nadja Jehle

PRO & CONTRA

- 51 **Unvermeidbare Kosten nach ED/2018/2?**
PD Dr. Andreas Haaker und WP Dr. Jens Freiberg

IFRS NEWS

- 53 **IDW-Stellungnahme zu DP/2018/1**

IFRS AKTUELL

- 54 **IFRS 13: Ergebnisse des Post-Implementation Review**
WP Dr. Daniel T. Fischer

KOMPAKTWISSEN

- 58 **Aufdeckungsrisiko für die Bilanzierung
sonstiger Steuerverpflichtungen**
WP Dr. Jens Freiberg

PRAXISFÄLLE

- 60 **Korrektur eines Fehlers in der Vorperiode**
WP Dr. Jens Freiberg

V Verlagsservice/Impressum

Inklusive Hinweis auf die **aktualisierte Arbeitshilfe
„IFRS-Regelungsvorhaben auf einen Blick“**
(Stand: 23.1.2019)

 Merksatz

 Siehe auch

 Literatur

 Experten-Blog

 Weblink

 Quelle

 Informationen